1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 16 vom 22 April 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Delegation der KPD besuchte Albanien

Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens besuchte eine Delegation der KPD unter Leitung des Genossen Ernst Aust, Albanien. Die Delegation der KPD sprach dort mit den Mitgliedern des Politbüros und des Sekretariats des ZK der PAA, Genossen Ramiz Alia und Simon Stefani, und mit dem Direktor der Auslandabteilung des ZK der PAA, Genossen Agim Popa. Bei den Gesprächen wurde über verschiedene Fragen von beiderseitigem Interesse diskutiert. Die Gespräche fanden in einer freundschaftlichen Atmosphäre statt und waren geprägt vom Geist des proletarischen Internationalismus.

Neue US-Pläne werden konkret:

NATO-Stützpunkt Türkei wird ausgebaut

Die amerikanische Regierung hat zu Beginn dieser Woche offiziell im Kongreß beantragt, die Militärhilfe für die Türkei fast zu verdoppeln: Rund 750 Millionen Dollar jährlich sollen künftig zur Aufrüstung der Truppen des Evren-Regimes ausgegeben werden. Zur selben Zeit wurde beschlossen, gleich fünf neue amerikanische Militärbasen auf einmal in der Türkei einzurichten.

Offensichtlich gehen diese neuen amerikanischen Maßnahmen und Beschlüsse davon aus, daß inzwischen die innenpolitische Lage in der Türkei im US-Sinne so weit stabil ist, daß man ohne irgendwelche Grenzen oder Einschränkungen das Staatsgebiet der Türkei endgültig zur Hauptdrehscheibe der NATO machen kann, sowohl für den Nahen Osten als auch für den südeuropäischen Bereich, wo man der griechischen Massenbewegung gegen US-Truppen weiterhin mißtraut.

Mit der Erhöhung der sogenannten Militärhilfe überholen die USA, was die gesamten dafür zur Verfügung gestellten Summen betrifft, den bisherigen Hauptgeldgeber Bundesrepublik. Was kümmert es Reagan, wenn dort Mordrazzien und Folter, Pressezensur und Militärgerichtsbarkeit herrschen, wenn massenhaft Todesurteile beantragt, Streiks und Gewerkschaften verboten werden? So wenig wie anderswo kümmert es die amerikanische Regierung. Auch nicht, daß in ganz Europa die Kritik am türkischen Regime so stark ist, daß die Regierungen immer wieder manövrieren müssen mit angeblicher Demokratisierung usw. Die Aufrüstung und Ausrüstung von Faschisten ist für Reagan nicht etwa ein dunkler Punkt, sondern selbstverständlicher Bestandteil seiner Politik.

Die Bundesregierung hat, wen wundert's, wie bisher alles auch diesen Schritt begrüßt und beteiligt sich weiterhin an der Stärkung der faschistischen Diktatur in der Türkei. Die Forderung an die Bundesregierung, Schluß zu machen mit der Unterstützung der faschistischen Junta, muß jetzt, da der große Schub beim weiteren Ausbau des NATO-Gebiets Türkei gemacht wird, erst recht verstärkt erhoben werden.

Aktionstag in Hamburg





Im Zentrum des Hamburger Aktionstages am Samstag, den 16. April, stand der Kampf der HDW-Belegschaft gegen das „Konzept" des Vorstandes. Dabei wurde deutlich, daß jenen Kräften in der IG Metall und der SPD, die versuchen, diesen ganzen Widerstand auf die sogenannte Werftenkonferenz vom 21. April zu richten, kein so leichtes Spiel haben werden, wie sie es vielleicht erhofften, oder wie es bei anderen Anlässen schon der Fall war. Der Hamburger Bürgermeister Dohnanyi jedenfalls mußte sich bei seiner Rede ein sehr lautstarkes Pfeifkonzert anhören, daß keineswegs nur von organisierten politischen Linken getragen wurde. Die Bereitschaft, den Kampf ohne diese Herren, die die bisherige Werftenpolitik mitgestaltet hatten, zu führen, sie zu entsprechenden Maßnahmen zu zwingen jedenfalls erscheint im Wachsen begriffen.

Das „neue" Programm der britischen Regierung

Arbeitsloser, werde Soldat!

Die britische Regierung, mit vielen ihrer Maßnahmen offensichtlich Vorbild der neuen Bonner Koalition, hat ein neues Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit beschlossen: 5200 Jugendliche sollen jährlich in die Armee gehen. Die Kosten dafür werden aus der Arbeitslosenkasse bezahlt.

Dieses Programm, das nicht nur für deutsche Begriffe nicht neu ist, ist in der Tat aus der „Denkschule" der Falkland-Eroberer geboren.

Jedes Jahr sollen also 5200 arbeitslose Jugendliche ab 16 sich für ein Jahr freiwillig melden können. Sie bekommen (neben „freier Kost und Logis") rund 60 Mark wöchentliches Taschengeld, und sie erhalten die „normale" Ausbildung, unterstehen dem Militärrecht (haben, als einzige Ausnahme, 14tägiges Kündigungsrecht). 50 Mädchen dürfen auch. Die Kosten von 27 Millionen Mark im Jahr werden aus dem Geld der Arbeitsbehörde (23 Millionen) und des Verteidungsministeriums (4 Millionen) bezahlt — wahrlich die billigsten Soldaten aller Zeiten.

Hier wird in der Tat der Übergang geschaffen zu einem faschistischen Arbeitsdienst, zum militaristischen Ausweg, die Arbeitslosen „von der Straße" zu holen. Daß ausgerechnet die Londoner Reaktionäre gerade auf diesen alten Weg verfallen, braucht denjenigen, der ihre reaktionäre Politik quer durch alle politischen Bereiche kennt, wahrlich nicht zu überraschen.

Ob auch dieses britische Vorbild in der Bundesrepublik in einiger Zeit nachgeahmt werden soll, wie die dortige Wirtschaftspolitik, bleibt natürlich abzuwarten, ausschließen jedoch kann man es wahrlich nicht. In England ist der Protest groß, hoffentlich auch erfolgreich. Bei uns wird man die Pläne, die Bundeswehr zu vergrößern, beachten müssen.

Angeklagte blieben weg

Seveso-Prozeß soll zur Farce werden

Am Montag dieser Woche, nach sieben Jahren, begann der Prozeß gegen die Tochterfirma des schweizerischen Chemiekonzerns Hoffmann La Roche, die für das Giftverbrechen in der italienischen Kleinstadt verantwortlich ist. Die persönlich angeklagten Manager, darunter zwei Deutsche, fehlten.

Die lange Verschleppung des Prozeßbeginns hat bei weitem nicht nur mit der üblichen bürokratischen Routine zu tun, mit der Gerichte in allen kapitalistischen Ländern zu arbeiten pflegen, wenn dann einmal ein Prozeß gegen die Reichen und Mächtigen oder ihre Statthalter unumgänglich wurde.

Nein, diese Verschleppung ist ganz direkt auf das Vorgehen des Schweizer Chemieriesen zurückzuführen, der von Beginn an alles getan hat, um zu sogenannten „außergerichtlichen" Vergleichen, sprich Abfindungszahlungen, zu kommen. Mit zynischem Stolz verweisen die Konzernherren auf die ausbezahlten fast 200 Millionen Franken. Wobei zu beachten ist, daß diese Vorgehensweise nur möglich war aufgrund der Billigung und Unterstützung italienischer Behörden und Institutionen.

Und mit Sicherheit wäre die Taktik des Unternehmens viel weitergehender von Erfolg gekrönt gewesen, wenn nicht die Sache mit den verschwundenen Fässern die Aufmerksamkeit eben nicht nur der bundesdeutschen und französischen sondern gerade auch der italienischen Öffentlichkeit erregt hätte — ein Vorgang, an dem deutlich wird, daß die Haltung der Kapitalisten und ihrer Politiker eben „international" ist. Verbrechen für den Profit werden unter schönen Reden und Beteuerungen im Paragrafendschungel beseitigt. Oder sollen es wenigstens werden.

Mai-Querelen

Der Bonner DGB hat also Minister Blüm ausgeladen. Dafür haben jetzt die CDAs, angekündigt, eine eigene Maikundgebung mit dem Minister zu machen. Zwei Kundgebungen in Bonn? Das ist die beginnende Spaltung des DGB, so tobt es in der NRW-Presselandschaft.

Dem Bonner „Provinzfunktionärstum" wird als Gegenbeispiel die „Weitsicht" des Adolf Schmidt gegenübergehalten: Er habe schließlich gerade eben den rheinischen CDU-Chef Worms zur Maikundgebung nach Marl eingeladen. Denselben Worms also, der weitere Zechenschließungen als Erster öffentlich forderte.



Nun hat sich bestimmt der DGB selbst durch seine ewige Praxis des „Regierungsmais" selbst in diese Lage gebracht. Wenn landauf, landab immer Minister die Taten ihrer Regierung für die Arbeiter gelobt haben, dann will sich die neue Regierung hier natürlich nicht verstecken.

Und der DGB hat sich erst recht in eine miese Lage hineinmanövriert mit der — immer wieder erneuten — Bekundung, der DGB könne sich nicht gegen die „demokratisch gewählte Regierung" stellen. Daß er das nicht tun will, hat ja auch der Maiaufruf nochmals deutlich unterstrichen, in dem viel über allgemeine Gefahren und nichts über die gefährliche Bonner Politik gesagt wird.

Wenn jetzt versucht wird, eine formale Debatte in Gang zu setzen, ob Regierungsvertreter auf Maikundgebungen sprechen sollen, dürfen, können usw., so hat der DGB aus diesen ganzen angeführten Gründen schlechte Karten.

Und damit sind vor allem diejenigen im DGB gemeint, die eben nicht formal, sondern inhaltlich Positionen beziehen wollen. Denen es darum geht, gegen die Unternehmerangriffe und die sie begleitenden Bonner Maßnahmen eine Widerstandsfront aufzubauen. Und die dabei sowohl vom DGB-Bundesvorstand als auch — beispielsweise — vom IGBE-Vorstand und den rechten Sozialdemokraten gehindert werden.

Und die — bekannterweise — nicht diejenigen sind, die auf eine Spaltung der Einheitsgewerkschaft ausgehen. Das bleibt der CDU (und vor allem der CSU) und denjenigen vorbehalten, die mit Gewerkschaftsausschlüssen arbeiten. Und so betrachtet ist richtig, weder Blüm noch Worms, aber auch nicht Jochen Vogel oder Helmut Schmidt da reden zu lassen. Wobei keiner bestreitet, daß Lohnpausen-Blüm ein Extremfall ist.

Kommunique der Zentralen Komitees von BWK und KPD

1. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD, die auf einer gemeinsamen Sitzung die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 beschlossen, trafen sich am 16. April erneut zu einer gemeinsamen Sitzung, um den Wahlausgang und die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zu erörtern.

2. Die gemeinsame Wahlkommission von BWK und KPD hat sofort nach dem 6. März in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 Stellung genommen. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD stimmen den dort getroffenen Einschätzungen zu.

3. Darüberhinaus stellen die Zentralen Komitees von BWK und KPD fest: Der politische Anspruch, mit dem BWK und KPD mit dem Bündnis revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl angetreten sind, kann seine Glaubwürdigkeit nur behalten, wenn BWK und KPD ernsthaft prüfen, wie auch über den 6. März hinaus die Möglichkeit besteht, die politischen Aufgaben, die sich das Bündnis in seiner Wahlplattform gestellt hat, gemeinsam zu lösen.

4. Das Bündnis revolutionärer Sozialisten wollte einen Beitrag zur Frontbildung gegen die Reaktion leisten. Der Wahlausgang hat die Notwendigkeit einer solchen Frontbildung nur noch dringlicher gemacht. BWK und KPD sehen hier nicht nur eine besondere Notwendigkeit, sondern auch die realistische Möglichkeit, einer weiteren Zusammenarbeit:

a. In der gemeinsamen Erörterung der politischen Fragestellungen, die im Hinblick auf die Frontbildung gegen die Reaktion unter den gegebenen politischen Verhältnissen existieren und von den revolutionären Sozialisten beantwortet werden müssen. Vordringlich erscheint uns hier die Erarbeitung einer korrekten Einschätzung der gegenwärtigen Rolle der SPD in Fortführung dessen, was dazu in der Wahlplattform bereits festgestellt worden ist.

b. In der verstärkten praktischen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Reaktion. Hier existiert bereits insofern eine gemeinsame Tätigkeit von BWK und KPD, als beide Organisationen die Volksfront unterstützen. Der Wahlausgang unterstreicht die Notwendigkeit, dies unbedingt fortzusetzen.

5. Die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl 1983 hat bewiesen, daß heute eine Zusammenarbeit revolutionärer Sozialisten — über konkrete Aktionseinheiten hinaus — möglich ist:

a. Indem BWK und KPD — wie die gemeinsame Wahlplattform zeigt — trotz bestehender Differenzen doch in wesentlichen Fragen der Strategie und Taktik gemeinsame politische Aussagen treffen konnten, die — zumindest in ihrer Substanz — keinen Kompromiß darstellen, sondern der Programmatik von BWK und KPD entsprechen. (Z. B. betreff der Frontbildung gegen die Reaktion, betreff der Unterstützung des Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse, betreff einer revolutionären Kritik am Kapitalismus, betreff der Kritik an der Gesellschaftsordnung in den Ländern des Warschauer Pakts, betreff grundsätzlicher Aussagen über den Sozialismus.)

b. Indem BWK und KPD in der Lage waren, auf dieser Grundlage — zumindest in gewissem Umfang — eine gemeinsame Politik zu entwickeln, wie die drei gemeinsamen Wahlinfos zeigen und auch gemeinsame Aktivitäten durchzuführen.

c. Dabei übersehen wir keineswegs, daß in vielen Fragen keine Übereinkünfte gefunden, andere bisher noch gar nicht erörtert wurden.

6. Durch die Erfahrung des Bündnisses revolutionärer Sozialisten ist theoretisch und praktisch in Frage gestellt, ob die historisch gewachsene Konkurrenz der revolutionären sozialistischen Kräfte in der BRD tatsächlich politisch und ideologisch zwingend und damit auch im Interesse der Arbeiterklasse ist. Andersherum ausgedrückt: Man muß heute nicht ernsthaft fragen, ob tatsächlich für den Kampf um den Sozialismus **wesentliche** Bestandteile der Politik der verschiedenen revolutionären sozialistischen Kräfte die Einheit dieser Kräfte in einer Partei verhindern? Handelt es sich dabei nicht vielleicht um Differenzen, die zwar durchaus bedeutsam sind, der Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei aber keineswegs entgegenstehen?

Die Zentralen Komitees von BWK und KPD sind bereit, die Frage, ob die Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei möglich ist, ernsthaft zu prüfen. BWK und KPD sind unbedingt dafür, das mit möglichst vielen revolutionären sozialistischen Kräften gemeinsam zu tun.

Um eine Verbesserung ihrer Arbeit auf Grundlage ihrer jeweiligen Porgrammatik zu erreichen, vereinbaren die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) was folgt:

a. Die Zentralen Komitees von KPD und BWK führen im halbjährlichen Abstand gemeinsame Beratungen durch.

Zeitpunkt und Tagesordnung der je nächstfolgenden Beratung werden von der gemeinsamen Versammlung beschlossen.

Eine Erweiterung der Tagesordnung oder eine Veränderung des Zeitpunktes kann einvernehmlich zwischen den ZKs von KPD und BWK beschlossen werden.

b. Zum Zwecke der Vorbereitung der Tagesordnung bildet die gemeinsame Versammlung Projektgruppen. Die Arbeitsergebnisse dieser Projektgruppen sollen den Mitgliedern der ZKs spätestens 14 Tage vor der gemeinsamen Sitzung zugehen.

c. Die Leitung der gemeinsamen Beratung obliegt einem Präsidium. Das Präsidium der gemeinsamen Beratung

- nimmt zwischen den Beratungen die Ergebnisse der Projektgruppen entgegen
- stellt bei Änderungswünschen hinsichtlich Termin und Tagesordnung die Einvernehmlichkeit zwischen beiden Parteien fest
- regelt die Frage der Veröffentlichung der Ergebnisse der je gewesenen Versammlung
- berichtet über die Ergebnisse der vereinbarten gemeinsamen Tätigkeit der Parteien.

d. Die gemeinsame Versammlung hält für denkbar, daß an ihren Beratungen Gäste teilnehmen. Sie beauftragt ihr Präsidium zu prüfen, ob seitens von Organisationen des revolutionären Sozialismus ein solcher Wunsch besteht.

e. Für die nächste gemeinsame Versammlung beschließt sie als Termin den Herbst 1983 und zur Tagesordnung die Punkte, die folgen:

- **Themenschwerpunkte für die geplante theoretische Zeitschrift im Hinblick auf die Klärung wesentlicher programmatischer Fragen unter Rücksicht auf die von den jeweiligen Organisationen bereits gesetzten Schwerpunkte der theoretischen Arbeit.**
- **Erörterung einer gemeinsamen Erklärung zu der Aufgabenstellung im gewerkschaftlichen Kampf (Lohnsenkung, Intensivierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit) wie sie im Herbst aktuell sein wird.**
- Erörterung einer gemeinsamen Erklärung gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD in der gegenwärtigen Weltlage.

Köln, 16.4.1983



Gemeinsame Erklärung der Zentralen Komitees von BWK und KPD zum „17. Juni"

Man kann feststellen: Die offene, reaktionäre Wiedervereinigungspropaganda strebt zum 17. Juni hin auf einen neuen Höhepunkt.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat ihren Anspruch auf Einverleibung der DDR und von Teilen der VR Polen und der Sowjetunion („Deutschland in den Grenzen von 1937") gleich als Verfassungsauftrag formuliert und durch mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, so durch das KPD-Verbotsurteil und die Ostvertragsbeschlüsse, bekräftigt. Sie hat sich nie mit der **Niederlage im zweiten Weltkrieg und dem Verlust ihrer Ausbeutungsfreiheiten** östlich der Elbe abgefunden und strebt die Wiederherstellung eines großdeutschen Reiches an, das ihr als Basis für die Beherrschung eines „wiedervereinigten" Großeuropas dienen soll.

Die BRD schreckt bei der Verfolgung dieses Ziels vor keiner Einmischung, keiner Erpressung, keiner Drohung **zurück. Ihre Weigerung, die bestehenden Grenzen anzuerkennen, und ihre Anmaßung, „alle Deutschen"** zu vertreten, sind eine beständige Bedrohung der osteuropäischen Länder, insbesondere der DDR, der VR Polen und der UdSSR. Immer deutlicher tritt heute zutage, was es mit dem „Gewaltverzicht" auf sich hat, zu dem sich die BRD erklärt: Der „Aggressor" wird festgelegt, die „Kriegsschuld" zugewiesen, der „Verteidigungsfall" ideologisch vorbereitet.

In der ideologischen Vorbereitung des Krieges, den die westdeutsche Bourgeoisie an der Seite ihrer NATO-Partner als großdeutschen Eroberungskrieg zu führen trachtet, hat der „17. Juni" gerade auch in diesem Jahr eine bedeutende Rolle: für die Propaganda der „Freiheit" des westdeutschen Kapitals, für die Mobilisierung von zu allem entschlossenem Fußvolk. Dieser Absicht dienen die Gründungen von „Bürgerinitiativen 17. Juni", die Welle von Veranstaltungen, die Propagandaumzüge, Sternmärsche, Revanchistentreffen und Faschistenaufmärsche.

2. Das ZK des BWK und das ZK der KPD stimmen darin überein,

- daß im Kampf gegen die Kriegsgefahr in der BRD und Westberlin dem Kampf gegen **die „Wiedervereinigungs"-Politik** der westdeutschen Bourgeoisie besondere Bedeutung zukommt;
- daß die revolutionären Sozialisten auch deshalb eine besondere Verantwortung haben, der reaktionären „Wiedervereinigungs"-Propaganda zum 17. Juni nach Kräften entgegenzutreten, weil das sonst nämlich niemand tut;
- daß also die Entfaltung einer Gegenkampagne zum 17. Juni notwendig ist, die das Ziel hat, die „Wiedervereinigungs"-Politik der westdeutschen Bourgeoisie in ihrem aggressiven Charakter zu enthüllen und anzugreifen und die Anhängerbildung unter großdeutsche Flagge zu stören. Gegen die deutsche Wiedervereinigung im imperialistischen Krieg! Die BRD muß endlich alle Ansprüche gegen die osteuropäischen Staaten aufgeben! Völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der polnischen und sowjetischen Grenzen! BRD raus aus der NATO!
- daß beide Organisationen bei der Durchführung von örtlichen und regionalen Veranstaltungen wie auch bei direkter Konfrontation mit der reaktionären „Wiedervereinigungs"-Propaganda zusammenarbeiten und auch die Zusammenarbeit mit anderen **revolutionären und fortschrittlichen** Organisationen suchen.
- daß alles, was sich zum 17. Juni gegen die revanchistische Propaganda regt, unsere Solidarität hat.

★★

Mai-Veranstaltungen

Köln

Freitag, 29. April, 19.20 Uhr
Gaststätte „Kölsche Boor", Eigelstein 121-123
„2. Mai 1933 — Die Fehler der Vergangenheit nicht länger wiederholen." Mit Tonbildschau, Rede, Diskussion, kulturellen Beiträgen

Bremen

Donnerstag, 28. April, 20.00 Uhr
Gaststätte „Zum Roten Falken", Woltmershausen, Westerberg

Stuttgart

Sonntag, 1. Mai, 16.00 Uhr
Gaststätte „Friedenau", Stuttgart-Ost, Rotenbergstraße

Hannover

Freitag, 29. April, 19.30 Uhr
Gaststätte „Gleenewinkel" Röthnerholzweg
Gemeinsame Meiveranstaltung des BWK und der KPD

Dortmund

Samstag, 30. April, 19.00 Uhr
Gaststätte „Haus Göbbeln", Schützenstraße 46
„Wirtschaftskrise, Wende, Widerstand" (Es spricht Horst Dieter Koch, Politbüro der KPD); Berichte aus Dortmund; Diskussionsrunde über den Kampf gegen die Reaktion (eingeladen sind Vertreter verschiedener revolutionärer Organisationen).



★★

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Das Seveso-Gift Dioxin...

Beim Seveso-Gift Dioxin handelt es sich um das sogenannte TCDD (2,3,7,8-Tetrachloridbenzopara-Dioxin). Es ist ein Giftstoff, der etwa hundertmal so stark ist wie Strychnin.

In geringen Dosierungen verursacht Dixoin Chlor-Akne, eine entstellende Hautkrankheit, die oft erst nach monatelangen Behandlungen geheilt werden kann, sowie Schädigungen von Leber, Nieren, Milz, Bauchspeicheldrüse, Herz und des Zentralnervensystems. Letztere führen zu psychischen Störungen, Depressionen und Gedächtnisschwäche. Nachgewiesen sind auch mutagene Wirkungen, also Veränderungen der Erbmasse, die mißgebildeten Kinder aus der verseuchten Region sind der traurige Beweis.

Weil sich das Gift auch in das Fettgewebe einlagern kann, ist es möglich, daß Vergiftungserscheinungen erst viel später auftreten. Erst in 10 bis 15 Jahren kann man die Auswirkungen auf Chromosomen, Nervensystem und Krebsanfälligkeit messen.

Für die „Qualität" dieses Giftes spricht auch seine Verwendung im „Agent Orange", im Kampfgas, das die US-Army in Vietnam einsetzte.

...und die Folgen:



Machtlos?

Sie geht reihum durch die bundesdeutsche Presselandschaft: Die Empörung über die Unternehmer, vom Großkonzern Mannesmann bis zum windigen Schieber, die „dem Staat" auf der Nase herumtanzen würden.

In der Tat: Der Dschungel aus Giftmüll, Lüge und Bestechung, der da zusammengewachsen ist, der läßt so manchen aufrechten Beamten, der sich anstrengen mag, die Sache aufzuklären hilflos wirken. Der andere Dschungel hilft da wenig. Der, der aus Erlassen, Gesetzen, Vorschriften und — Ausnahmen besteht, ist genauso undurchdringlich und offensichtlich nutzlos. Die verschiedenen Reformvorhaben der 70er Jahre ziehen da wenig.

Machtlos indessen bräuchte die Verfolgung der Vergifter nicht zu sein. Wenn es eine schärfere Aufsicht gäbe, wenn es klarere, auch Strafbestimmungen gäbe. Aber dies alles wird blockiert. So, wie weitergehende Maßnahmen von jeher blockiert wurden, und sei es, wenn es so weit kam, von der CDU-Bundesratsmehrheit früherer Regierungen.

An den Kern der Sache, an die eigentliche Giftproduktion, an die Giftmüllfrage, will man nicht ran. Steht zu vermuten, daß der Grund eventuelle Profiteinbußen von „Größen" wie Mannesmann oder den Chemie-Riesen ist.

Der Prozeß von Seveso, der dieser Tage beginnt, wird so nochmals auf schreckliche Weise aktuell — nicht nur für die Opfer der La-Roche-Chemie, dieses Konzerns im Besitz, wie es so schön heißt „biederer Basler Patrizierfamilien". Biedere, vornehme Kapitalisten aber waren schon immer zu allem fähig, wenn es um den Profit ging. Auch zu jedem Verbrechen. In der Chemie-Produktion wird dies immer am schnellsten deutlich.

Kann man noch deutlicher den Unterschied sehen zu einer Gesellschaft, in der auch die Chemie-Produktion den Bedürfnissen des Volkes dient und nicht den Profitinteressen einer Handvoll distinguierter Kuponschneider? Wer, außer ihnen selber und ihren bezahlten Handlangern kann eigentlich dagegen argumentieren, solche Leute, die natürlich immer unschuldig sind, einfach zu enteignen? Zum Wohle aller (außer ein paar, versteht sich).



Die abgebildete Tafel war von der Deutschen Städtereklame in Frankfurt an die Grünen vermietet worden. Die „Bürgervereinigung für saubere Luft und sauberes Wasser", die „Hoechster Schnüffler und Maagucker" gestaltete die Fläche, die direkt in Sichtweite der Hoechst AG stand.

Einen Tag nur konnte man sich daran freuen, dann waren durch den Vermieter und das Werk weiße Bögen drübergeklebt. Als Mitglieder der Bürgerinitiative die Bögen wieder entfernten, reagierte der Vermieter und das angegriffene Werk auch sauer: Das ganze Plakat wurde heruntergerissen.

Beim Versuch, die Grafik wieder anzubringen, wurden die Mitglieder der Bürgerinitiative von der Polizei kontrolliert, die Personalien wurden aufgenommen und der Werkschutz von Hoechst schrieb sich alle Nummern von Autos auf, die in der Gegen parkten, ferner wurden vom Werkschutz auch Fotografien gemacht.

Das neu entstandene Plakat war am nächsten Tag wieder zerstört. Die Grünen und die Bürgerinitiative stellten Strafantrag wegen Sachbeschädigung —, gegen Unbekannt.

Der, bzw. die Täter sind aber bekannt. Der Hoechst-Firmensprecher Klaus Weiss gab ganz offen zu, der Werkschutz habe, im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse des Notwehrrechts (!) das Plakat entfernt. Er gab auch unumwunden zu, daß man die Fotos gemacht habe, um identifizieren zu können, wer unberechtigterweise mit dem Firmenemblem arbeite.

Mit der Meinungsfreiheit ist es nicht weit her, meinten die Umweltschützer, die vor allem auf die Tatsache hinwiesen, daß hier der Werkschutz sich Polizeifunktionen herausnehme, und politisch Andersdenkende registriere und überprüfe.



Die Ölkatastrophe im Persischen Golf bedroht inzwischen Trinkwasseranlagen und Kraftwerke der Golf-Anrainer. Die Ölteppiche sind zusammen bereits größer als Nordrhein-Westfalen. Die Ölpest ist Folge eines irakischen Bombenangriffs auf iranische Quellen, die im Kriegsgebiet liegen.

Kriegsfolgen am Persischen Golf:

Umweltkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes

Der riesige Ölteppich, der den Persischen Golf verseucht, bedroht jetzt akut verschiedene Anreinerländer. Vor allem Saudi-Arabien, Kuwait, Barain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate sind von der Ölpest bedroht. Dabei steht diesen Ländern nicht nur eine einschneidende Veränderung des ökologischen Gleichgewichts ins Haus, die Ölpest bedroht auch die Lebensgrundlage von mindestens zehn Millionen Menschen.

Seit vier Wochen strömen ungeheure Ölmengen aus vermutlich sechs Quellen im iranischen Fördergebiet Noruz ins offene Meer. Die irakische Luftwaffe hatte die Ölfelder bombardiert und bis heute ist zwischen den kriegsführenden Parteien keine Einigung, auch nur über einen regional und zeitlich befristeten Waffenstillstand zustandegekommen, die die Verpestung der Region stoppen könnte.

Täglich strömen etwa zwei Millionen Tonnen Rohöl in den Golf. Wie der Koordinator der regionalen Organisation für den Schutz der Meeres-Umwelt erklärte, würden die Arbeiten zum Abdecken der Quellen mindestens fünf Wochen dauern. Natürlich ist an die Aufnahme dieser Arbeiten nicht zu denken, solange die irakische Regierung nicht den Schutz des Gebietes vor den Luftangriffen garantiert.

Indes wird der Golf weiter verseucht. Das aus dem iranischen Komplex strömende Erdöl ist besonders schwer und treibt unter der Wasseroberfläche. Mit der Zeit verdickt es sich zu einer festen Teerdecke, die mit den herkömmlichen chemischen Mitteln nicht aufzulösen ist. Je länger das Öl im Wasser treibt, desto fester wird diese Decke.

Mittlerweile ist fast ein Viertel der Gesamtfläche des Golfs verseucht, die Ölfelder bedrohen hunderte Kilometer der Küsten. Neben der — schon aus ähnlichen Fällen in Westeuropa bekannten — Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts, der Verseuchung des Meeres, dem Tiersterben und der Verpestung der Küsten — drohen in der Region am Golf noch ungleich größere Gefahren.

Denn die meisten Staaten der Golfregion sind im hohen Maße von einem „intakten" Meer abhängig.

So wird bis zu 70 Prozent des Trinkwassers der meisten Anrainerstaaten aus Meerwasserentsalzungsanlagen gewonnen. Treibt der Ölteppich an diese Anlagen heran, müssen sie sofort abgestellt werden, oder die Ölmassen zerstören die Anlagen.

Damit nicht genug, wird der größte Teil der Kraftwerke in den Golfstaaten abgestellt werden müssen, da sie sich fast ausnahmslos an der Küste befinden und mit Meerwasser gekühlt werden. Auch hier ist die Aufrechterhaltung des Betriebes mit dem verseuchten Wasser nicht möglich.

Eine dritte Gefahr ist die Einstellung der Schiffahrt. Sämtliche Staaten sind in hohem Maße importabhängig. Die meisten Güter kommen per Schiff. Die Ausbreitung des Ölteppichs allerdings wird irgendwann die Schiffahrt unmöglich machen. Die Gase, die sich über dem Ölteppich bilden, können Schiffe zur Explosion bringen.

Nicht zuletzt wird die Fischerei, traditionell in Küstenstaaten von hoher Bedeutung, zum Erliegen kommen. Eine ungeheure Katastrophe für die Menschen der Region steht bevor. Und welche konkreten Folgen die haben wird, ist noch gar nicht abzusehen. Geschäftemacher allerdings haben schon Hochkonjunktur. In Katar etwa liegt der Preis für Mineralwasser heute schon über dem des Erdöls.

Die eigentliche Ursache der sich anbahnenden Katastrophe ist der mörderische Krieg zwischen Iran und Irak. Und die bisherige Weigerung der Iraker, den Experten, die das allerschlimmste noch verhüten könnten, Sicherheit zu garantieren.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.



Auch in diesem Jahr waren Hunderttausende im Warnstreik — sie wollten Reallohnsicherung

Tarifabschlüsse

„In aller Stille"

Schlag auf Schlag ging es in den Tagen seit Ostern: Metall, Druck, Banken, Versicherungen, ein Einkommenstarif nach dem anderen wird abgeschlossen, mit ganz leichten Varianten zwar, aber doch ganz eindeutig orientiert am Abschluß der IG Metall.

Etwas sehr peinlich dürfte dieser Vorgang denn doch für die IG Druck und Papier gewesen sein: Nur ein Tag, nachdem das Zentralorgan der Gewerkschaft mit einem großangelegten Artikel die Notwendigkeit der Reallohnsicherung lauthals gefordert hatte, wurde der 3,2-Prozent-Abschluß unterschrieben. Widerspruch? Doch. Und zwar ganz offensichtlich. So deutlich immerhin, daß Detlev Hentsche die Verteidigung im Angriff suchte: Die IG Metall sei Schuld, die IG Drupa sei zu klein, um so etwas anderes durchsetzen zu können. Nun kann man solche Erwägungen nicht ganz abtun. Aber es erhebt sich ja schon die Frage, warum dann eigentlich die IG Drupa als eigenständige Organisation bestehen bleibt, wenn sie sich als unumstößlich einschätzt, ohne die IG Metall keinen Tarifkampf führen zu können. Und es hatte in der Vergangenheit ja auch schon Gegenbeispiele gegeben. Nein, die Führung der IG Drupa, im DGB-Spektrum mit verschiedenen profilierten Sprechern links angesiedelt, hat sich wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert. Von Reallohnsicherung keine Rede.

Ebensowenig, und dies sollte man aufgrund der gängigen „Geschäftslage"-Argumentation herausheben, kann davon für die Bankangestellten die Rede sein. Gerade die Banken gehören ja nun wirklich nicht zu den Betrieben, die klagen — im Gegenteil. In den Chefetagen wird offen zugegeben, daß man noch nie so gut verdient habe. Nicht, daß dies von allzu großer Bedeutung wäre: Aber wenn man sonst stets für die Rechtfertigung von Abschlüssen unterhalb der Teuerungsrate die ach so schlechte Gewinnlage herauskehrt, dann fällt es um so mehr auf, daß bei gegenteiliger Sachlage nichts dergleichen geschieht.

Auch die anderen Bereiche, Stahl und öffentlicher Dienst gehen offensichtlich in diese Richtung. Das zeigen nicht nur die Erklärungen der Kapitalisten und der zuständigen Politiker, sondern vor allem auch die langen Fristen, die bis zur jeweiligen nächsten Verhandlungsrunde angesetzt wurden — Ende April. Es wäre nicht das erste Mal, daß miese Abschlüsse kurz vor dem 1. Mai anstanden, die man ganz gerne auf danach verschoben hätte...

Auffällig ist auch, wie teilweise geradezu begierig die neuesten Nachrichten über das Sinken der Teuerungsrate von gewissen Gewerkschaftsführern aufgegriffen werden. So möchte manch einer im Nachhinein sich wohl noch als Reallohnsicherer feiern lassen. Da wird dann vergessen, daß man sonst, völlig zu Recht, auch von DGB-Funktionärsseite her den amtlichen Bekundungen nicht glaubt, Bekundungen, die schon immer systematisch schöngefärbt waren.

All dies zeigt, wie jetzt in aller Stille das Thema Lohn und Gehalt für dieses Frühjahr abgeschlossen werden soll. Mit einer weiteren Senkung des Reallohns, der vierten seit 1980. Die Rückzugsgefechte bei ÖTV einmal ausgenommen (und mehr ist es nicht, auch wenn trotzdem dringend nötig) dürften die Kapitalisten im wesentlichen aufatmen, sie haben ihre Ziele einigermaßen erreicht.

Obwohl es wahrlich für andere Gewerkschaftsführer nicht als Entschuldigung gelten kann, muß man sagen: Der NRW-Pilot-Abschluß der IG Metall, unter engster Beteiligung des IGM-Vorstandes zustande gekommen hat der Bewegung zur Sicherung des Reallohns diesmal direkt das Genick gebrochen. 700000 Kollegen, die sich an Warnstreiks usw. beteiligten, zeigen, daß es diese Bewegung — durchaus nicht von allen Seiten von vornherein erwartet — gegeben hat.

Die Metallgewerkschafter jedenfalls sollten diese Rolle des IGM-Vorstandes beim kommenden Gewerkschaftstag nicht vergessen, bei seiner Vorbereitung jedenfalls sollte man nicht ihm und seinen Parteigängern das Feld überlassen.

Diese ganzen Erfahrungen zeigen aber auch folgendes einmal wieder in aller Deutlichkeit: Eine konsequente Gewerkschaftspolitik, eine klassenmäßige Gewerkschaftspolitik ist nur durch den möglichst breiten Zusammenschluß aller daran Interessierten eine Chance, allmählich mehr Einfluß zu gewinnen. Und dies auch nur, wenn man bereit ist, auch den Rahmen, den die Vorstände setzen, zu durchbrechen. Daß die Loderer und Co. tun, was sie wollen, um ihre Ziele durchzusetzen, das hat eben jener Pilotbeschluß, den sie allen anderen Bezirken diktiert haben, erneut gezeigt.

Fregatten und Werftarbeitsplätze

Es werden Schiffe gebaut — im Ausland

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einer Stellungnahme des Arbeitskreises „Alternative Fertigung" der Blohm- und Voss-Vertrauensleute. Wir tun dies, weil darin deutlich gemacht wird, daß es sehr wohl eine Alternative zum Bau von Kriegsschiffen gibt, die auch eben gerade nicht außerhalb des Schiffbaus liegt. Diese Forderung nach Organisierung des Zivilschiffbaus hat unsere Partei von Anfang an vertreten — nun wird diese Forderung zunehmend stärker vertreten.

Von einigen Vorstandssprechern der Werften, der Boulevardpresse und einigen Politikern wird behauptet, daß die derzeitige Situation auf den Werften Blohm + Voss und HDW Hamburg und Kiel durch einen Auftrag über vier Fregatten für die Türkei entscheidend verbessert werden könnte. Was ist das für ein Auftrag?

Die Planung sieht folgendes vor: Konstruktion und Bau je einer Fregatte bei Blohm + Voss und HDW Kiel. Bau von zwei Fregatten in der Türkei, für das Material durch Blohm + Voss und HDW geliefert werden soll.

Abgesehen von den berechtigten moralischen Bedenken gegen derartige Rüstungsexporte, besteht bei diesem Projekt ein weiteres Problem. Die Türkei hat kein Geld, um diese Schiffe zu bezahlen. Geplant ist folgende „Finanzierungsabsicherung":

Anteilig der jeweils zu erbringenden Leistungen sollen die USA (Waffen und Elektronik) und die Bundesrepublik (sonst. Material und Bau von zwei Schiffen) die „Finanzierung" absichern. Da, objektiv gesehen, die Türkei zahlungsunfähig ist, wird eine „Ausfallbürgschaft" vermutlich in eine staatliche Finanzierung umgewandelt werden müssen. Ob und wann eine derartige Finanzierung von der Türkei zurückgezahlt werden kann, steht in den Sternen, da die Türkei z.Z. Schulden in Höhe von 24 Mrd US-Dollar (ca. 60 Mrd DM) hat und damit unseres Wissens höher verschuldet ist als z.B. Polen.

Im Ergebnis werden hier also unsere Steuergelder eingesetzt, um kurzfristig einige Arbeitsplätze zu sichern. Wie sieht dann aber das Verhältnis von eingesetzten Steuergeldern zu der dafür „gekauften" Beschäftigung aus?...

Das bedeutet, daß Hamburg jede Fertigungsstunde bei Blohm + Voss mit 150,— DM subventioniert. Ist das sinnvoll?

Am folgenden Beispiel wird die Unsinnigkeit, daß mit Fregatten Arbeitsplätze gesichert werden sollen, besonders deutlich:

Es werden zur Zeit zwei Containerschiffe (34000 tdw) für die Hapag Lloyd AG in Korea und zwei Bulk-carrier (38000 tdw) für die Hamburg-Süd in Brasilien gebaut.

Deutsche Werften waren rund 30 Prozent teurer als die ausländischen Anbieter. Schätzt man den Auftragswert eines Containerschiffes auf 100 Mio DM, den eines Bulk-carriers auf 70 Mio DM, so ergibt das einen gesamten Auftragswert von 340 Mio DM. Wären die 30 Prozent Preisdifferenz durch Steuergelder abgedeckt worden, hätten deutsche Werften die Aufträge bekommen. Mit 110 Mio DM Hilfe wären somit vier Handelsschiffe hier für deutsche Reeder gebaut worden...

Somit wären mit 110 Mio. DM Steuermitteln 1950000 Stunden gesichert und nicht, wie jetzt für die Fregatten geplant, 1000000 Stunden für 150 Mio DM überteuert gekauft.

Daß sinnvolle, beschäftigungsintensive Schiffbauaufträge realistisch sind, zeigt die Tatsache, daß z.Z. beim Bundesverkehrsministerium Anträge auf Schiffbauförderung für 139 Schiffe von deutschen Reedereien vorliegen. Es handelt sich hierbei um Aufträge für 100 Trockenfrachter, ein Dutzend Linienschiffe sowie einige Kühlschiffe, Massengutfrachter und Spezialtanker. Die Anträge entsprechen einem Auftragsvolumen von 1,1 Mio tdw (4,6 Mrd DM) und wären theoretisch in der Lage, die Beschäftigung der deutschen Werften für knapp zwei Jahre zu sichern. Dazu müßten allerdings Fördermittel des Staates von derzeit 230 Mio DM auf 575 Mio DM erhöht werden. (Zusätzliche Subventionen von 345 Mio DM gegenüber 600 Mio DM für zwei Fregatten!)...

Bremer ÖTV gegen SPD-Sparpläne

Am 7. April sandte die ÖTV/ Bremen dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion einen Brief, der vom Informationsdienst der Gewerkschaft verbreitet wurde, den wir im folgenden wiedergeben. Gerade in diesen Tagen, da in der Propaganda so viel gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gehetzt wird, da sie sozusagen als die Schuldigen am Defizit der Staatskasse dargestellt werden, halten wir diese sehr konkrete Stellungnahme für interessant. Aber auch, weil die SPD in diesem Brief sehr deutlich auf ihre eigenen Beschlüsse hingewiesen wird, die offensichtlich nur den Fernsehkameras galten...

„Sehr geehrter Herr Wedemeier, dem Weser-Kurier vom 24.03.1983 haben wir entnommen, daß die SPD-Fraktion und/oder die SPD in Bremen über gezielte Maßnahmen zur Senkung der Personalkosten nachdenken und in Kürze Entscheidungen treffen wollen.

Wir haben kein Verständnis dafür, daß der Senat der Freien Hansestadt Bremen und die ihn tragende Partei in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst des Landes Bremen mehr Arbeitsplätze vernichtet haben als jedes private Unternehmen. Der Vorwurf, der Staat sei in Bremen der größte Arbeitsplatzvernichter, ist leider berechtigt.

Ihre in der Presse wiedergegebenen Vorschläge zielen in dem im Weser-Kurier dargestellten Form auf massive Eingriffe in die Tarifautonomie und die Rechte der Personalräte ab. Zum Teil zeugen Ihre Vorschläge auch von Unkenntnis der tatsächlichen Bedingungen im öffentlichen Dienst.

Die im Entwurf des Bremen-Plans vorgesehene Streichung von weiteren 880 Stellen in der Legislaturperiode von 1983 bis 1987 wird die Arbeitslosigkeit im Lande Bremen weiter vergrößern. Unabhängig vom tatsächlichen Bedarf und entgegen zahlreicher Gutachten und politischer Aussagen wird mit dieser Maßnahme die Wirtschaftskraft des Landes Bremen weiter geschwächt. Umgekehrt sind sinnvolle Maßnahmen wie eine Aufstockung der Fortbildungsmittel für eine evtl. angestrebte Personalumschichtung unterblieben.

Das bisher gezahlte Essengeld basiert auf einer Dienstvereinbarung mit dem Gesamtpersonalrat. Die ursprüngliche Regelung von 1,50 DM je Beschäftigten ist erst vor wenigen Monaten reduziert worden. Die von Ihnen angeregte vollkommene Streichung des verbleibenden Restbetrages von 1,00 DM täglich trifft ausschließlich die Bezieher der unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Eine Abschaffung der Dienstaltersstufen wird von uns unterstützt. Auch wir halten es für ungerecht, daß ein Beschäftigter im öffentlichen Dienst erst nach vielen Berufsjahren das ihm zustehende Entgelt erhält. Die Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts hat bereits 1972 Änderungsvorschläge unterbreitet. Die Realisierung sowohl unserer Forderungen als auch der Vorschläge der Kommission ist leider gescheitert, weil der damalige Finanzminister und der damalige Innenminister aus Kostengründen an dem bisherigen System festhielten.

Das 13. Monatsentgelt ist für Arbeiter und Angestellte tarifvertraglich vereinbart. Das Land Bremen kann weder auf der Arbeitgeberseite allein über Änderungen entscheiden, noch sollte es sich der Hoffnung hingeben, die Gewerkschaft ÖTV werde eine Korrektur hier unten zulassen.

Das ‚Weihnachtsgeld' für Beamte ist bundesgesetzlich geregelt. Auch hier kann das Land Bremen nicht allein über Änderungen entscheiden. Daß Sie nunmehr schon über Kürzungen nachdenken, läßt den Schluß zu, daß die obrigkeitsstaatlichen Regelungen im Beamtenrecht auch von Sozialdemokraten gegen die Betroffenen genutzt werden sollen.

Wir erwarten statt dieser ‚Sparvorschläge' konkrete Maßnahmen, mit deren Hilfe die Arbeitslosigkeit im Lande Bremen zurückgedrängt wird. Alle Vorschläge, die darauf abzielen, daß die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst oder der privaten Wirtschaft durch den von oben verordneten Gehaltsverzicht im günstigsten Fall dazu beitragen, selbst neue Arbeitsplätze zu finanzieren, während die Unternehmer wieder einmal ungeschoren davon kommen sollen, sind gewerkschaftsfeindlich. Wir möchten Sie an dieser Stelle auf die Beschlüsse des Münchner Parteitages der SPD hinweisen, der u.a. beschlossen hat:

‚Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften zum Sündenbock für die Beschäftigungskrise zu machen, wird von uns entschieden zurückgewiesen. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Die Tarifautonomie ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung. Angriffe auf die Tarifautonomie stellen den sozialen und demokratischen Rechtsstaat in Frage.'

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern im Gesamtpersonalrat erwarten wir von Ihnen eine Klarstellung, ob dieser Beschluß auch von der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion in Bremen eingehalten werden soll."

Mit freundlichen Grüßen
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHE DIENST TRANSPORT UND VERKEHR
Bezirksverwaltung Weser-Ems



Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen zum Buhmann gemacht werden



Im Januar besetzten die NONA-Frauen zehn Tage und Nächte den Werkseingang.

Vereinte Kraft — Großes schafft!!!

NONA-Frauen lassen sich nicht verschenken,*
NONA-Frauen halten mehr vom kämpfen.

Eine NONA-Frau ist nichts —
zwei NONA-Frauen sind nichts —
72 NONA-Frauen boten dem Unternehmer die Stirn
mit ihrem kleinen Arbeitnehmergehirn

Nicht die Hände legen in den Schoß,
bringt den Frauen ein besseres Los.
Auf die eigene Kraft **Kolleginnen** müßt ihr bauen,
dann ist gesichert die Zukunft der Frauen.
Wer darauf wartet, daß andere für ihn **denken,**
wird den Anschluß aus 20 Jahrhundert verschenken,
und Männer haben für Frauen nie gedacht,
sie haben uns immer als „Dummchen“ verlacht.
Ein Betriebsrat ist für sie ein „Damenkränzchen“,
die Emanzipation ein zartes Pflänzchen,
daß jeder beliebig zertreten kann,
je wichtiger er sich fühlt, ganz „oben“ als Mann,
verschafft euch Wissen, denn Wissen ist Macht
und steigert somit die Kampfbereitschaft.

* Noch im Mai '82 versicherte der NONA-Chef, Mai, an all seinen Betrieben hänge er, wie an seinen eigenen Kindern! Er dächte gar nicht daran, sich auch nur von einem dieser Kinder zu trennen, zumal er gerade mit NONA gewinnbringend arbeite. Das änderte sich, als er meinte, in der Türkei gewinnbringender produzieren zu können. Jetzt meinte er, er wäre bereit, den Betrieb abzugeben und „seine Belegschaft zu verschenken“!

„Artikel I des Grundgesetzes war für Arbeitnehmer nie gedacht“

Nach 25 Tagen wurde in Dortmund-Eving die Kleiderfabrik NONA wieder geschlossen. — NONA-Frauen — in Dortmund inzwischen ein Begriff für Kampfbereitschaft, Nicht-unter-kriegen-lassen, auch in der Krise um jeden Arbeitsplatz kämpfen. (Siehe auch RM Nr. 7/83, S. 5)

Seit November letzten Jahres kämpften die Frauen um ihre Arbeitsplätze. Mit Unterschriftensammlungen, Demonstrationen — und im Januar mit der Blockade ihrer Firma, um den Abtransport der Maschinen zu verhindern. Inzwischen hatte das Unternehmen nämlich über Nacht Konkurs angemeldet. „Sie brauchen gar nicht zur Bank gehen um ihren Lohn zu holen, es gibt nämlich keinen.“

Durch die Aktion der NONA-Frauen — ihre zehntägige Besetzung und die darauf folgende breite Solidarität in Dortmund — wurde erreicht, daß sich die Stadt einschaltete, ein Unternehmer wurde gesucht, der das Werk übernehmen sollte.

Ein „Freund“ der NONA-Frauen

Es wurde einer gefunden. Steilmann — der Sponsor des Wattenscheider Fußballvereins. Aus „Begeisterung über den ungewöhnlichen Kampf der Evinger Arbeiterinnen“ wolle er die Firma übernehmen. Damit hatte er sein 31stes Werk. Von der Stadt mietete er die Firma für null! Für die Frauen hieß es erstmal — geschafft! — Genau 25 Tage! Steilmann jetzt über die Frauen: „Die Mitarbeiterinnen waren nicht bereit,der allgemeinen Leistung entsprechend einzusteigen, weil sie bei Stingl ihr Geld leichter verdienen können.“ Diese unverschämte Äußerung in der Presse kam, nachdem 13 Frauen „das Handtuch geworfen“ hatten —, um bei Stingl leichter an Geld zu kommen? Ganz bestimmt nicht, das hätten sie im Januar einfacher haben können —, sondern weil der Akkord nie und nimmer zu schaffen war. 100 Prozent waren 72 Mark, teilweise schafften die Frauen 20 Mark pro Tag (Stundenlohn von 2 bis 3 Mark!). Und das bei Näherinnen, die seit Jahren im Akkord arbeiten; die noch beim alten Unternehmer in den letzten drei, vier Jahren von 3,2 Kleidern pro Näherin auf 7 Kleider kamen: 270 Kleider pro Tag, die vor Jahren von 120 Leuten, dann von 74 produziert wurden. Der durchschnittliche Stundenlohn lag bei lag bei 8,95 Mark!

So, und jetzt plötzlich schafften die Frauen also keinen Akkord mehr, keine normale Leistung? Frauen, die schließlich wissen, wovon sie sprechen, wenn sie sagen, der Akkord ist zu hoch, der ist nicht zu schaffen. Frauen, die durch die lange Berufserfahrung die REFA-Richtlinien kennen, können wohl einschätzen, wann die Vorgabezeiten viel zu niedrig sind.

Durch die Übernahme von Steilmann fingen auch die Frauen wieder bei null an. Das heißt, Neueinstellung, Probezeit, kein Betriebsrat.

Die Rolle der „Arbeitnehmervertreter“

Die Frauen mußten bei der Übernahme durch Steilmann Aufhebungsverträge unterzeichnen, mit denen sie auf alle Ansprüche aus ihren alten Arbeitsverträgen verzichteten, ohne die neuen Arbeitsbedingungen- bzw. verträge gesehen zu haben. Das fand natürlich nicht die Zustimmung der Frauen. Wie es dazu kam, daß doch der größte Teil unterschrieb, erzählt uns die damalige Betriebsratsvorsitzende Amalie Gurski (jetzt in Rente): „Unser Gewerkschaftssekretär, Ullrich Rocholl, fuhr (...) mit zwei jungen und unerfahrenen Betriebsrätinnen persönlich zu jeder einzelnen Frau nach Hause. Dort wurden sie dann in Einzelgesprächen überredet zu unterschreiben. Dabei wurde regelrecht Druck ausgeübt. Mir persönlich hat der Gewerkschaftssekretär gesagt: ‚Wenn Du nicht unterschreibst, Kollegin, dann kannst Du Dich in dieser Stadt nicht mehr blicken lassen. Dann hast Du über 70 Arbeitsplätze auf dem Gewissen (...)‘. Aber ich habe dann trotzdem noch nicht sofort unterschrieben.“

Unterschrieben hatte sie dann,als sie nach einem Nervenzusammenbruch (!) im Bett lag. Bis auf drei Frauen unterschrieben schließlich alle Frauen. Dennoch ließen sich nur 54 Frauen von Steilmann übernehmen. — Das ist also das Ergebnis ihres Kampfes gewesen — von ihrer Gewerkschaft unter Druck gesetzt, die Bedingungen anzunehmen, erreichten sie nachher trotz Reinklotzerei ihren Akkord nicht. Aber die Gewerkschafts- und SPD-Bonzen stellten sich mit stolzgeschwellter Brust hin, und rühmten ihre Verhandlungsergebnisse, der Kampf der Frauen war in ihren Augen, wenn überhaupt, nur Nebensache. Die Frauen dagegen mußten erkennen, daß der Kompromiß immer mehr zu ihren Lasten ging.

Nachdem Amalie Gurski einen anonymen Anruf erhalten hat, angeblich von einer Mitarbeiterin im Dortmunder Arbeitsamt, woraus hervorging, daß Steilmann Zuschüsse für das „Anlernen“ von Näherinnen erhält, die seit 20 Jahren nähen (!), wollte sie dem natürlich nachgehen. Reaktion vom Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft, Hermann Pagen: „Kollegin, wenn Du nicht aufhörst in der Scheiße zu rühren, erkläre ich auf der nächsten Betriebsversammlung öffentlich, daß durch Deine Schuld kein Sozialplan zustandegekommen ist.“ Das also nochmal zur üblen Rolle der Gewerkschaft. Das muß sich eine Frau von ihren „Interessenvertretern“ sagen lassen, die seit Jahren gegen die unmenschlichen Bedingungen, die typisch sind für Frauenbetriebe, besonders in der Textilbranche, gefallen lassen. Sie, die sich ihr ganzes Leben für ihre Kolleginnen eingesetzt hat, die hauptverantwortlich war für den Kampf, den die Frauen um ihre Arbeitsplätze führten. Wenn sie erzählt, was in so einem Betrieb alles vor sich geht, kann man voll unterschreiben, wenn sie sagt:

„Wer über gewisse Dinge seinen Verstand nicht verliert, hat keinen“

Haarsträubend, was für Schikanen die Frauen ausgesetzt sind. „Man wird behandelt, wie Mädchen in einem schwererziehbaren Heim, völlig entrechtet, bevormundet entehrt“!

Wir haben alles gemeinsam gemacht,
gekämpft, gelitten, geweint und gelacht.

Sie haben uns gedemütigt, getreten, geschlagen,
wir haben ihren Druck und ihre Gemeinheiten ertragen.

Wir fühlten uns als Frauen entrechtet und entehrt,
wir waren ihnen nicht den Mindestlohn wert.

Sie behandelten uns wie unmündige Kinder,*
und waren am Fließband unsere Schinder.

Wie lange noch, fragen wir diese Welt,
wollen ertragen den Spuk wir — für wenig Entgelt.

Artikel I des Grundgesetzes
war für Arbeitnehmer nie gedacht.
Wer das nicht glaubt,
hat sein Leben im Nähsaal nie zugebracht.

*Das ging sogar so weit, daß private Briefe geöffnet wurden u.ä., von den dort üblichen dummen und frechen Witze gegen die Frauen ganz zu schweigen.

Letztes Jahr verschickte der NONA-Geschäftsführer übers Wochenende Briefe an die Frauen. — Kettenbriefe. —

...und dann war da noch der Heilige Antonius

„Wer diesen Brief nicht 20 mal vervielfältigt und an Verwandte oder Bekannte weiterschickt, hat mit schlimmen Dingen zu rechnen.“ Beispiele werden angeführt, was mit solchen „Verweigerern“ passiert ist — vom Verlust des Arbeitsplatzes, über Krankheit sogar bis zum Tod. Denn der hl. Antonius war nicht mehr mit ihnen!



Als daraufhin Amalie Gurski drohte, die Staatsanwaltschaft einzuschalten, bestellte der Betriebsleiter die fünf Betriebsratsmitglieder einzeln zu sich: „Haben Sie diesen Brief etwa nicht als Faschingsscherz aufgefaßt?“ Einige wurden dadurch verunsichert. Andere waren weiterhin empört. Diesen drohte er, wenn der Staatsanwalt eingeschaltet wird, werden alle Fünf entlassen. Der Betriebsrat konnte diesem Druck nicht standhalten, er trat zurück — wurde aber von der Belegschaft wiedergewählt. (Der hl. Antonius hinderte übrigens den NONA-Inhaber nicht, „seine Kinder zu verschenken“.) „Sie arbeiten immer mit der Angst der Arbeiter“, sagt Amalie Gurski.

Nach der zweiten Schließung von NONA kam an die Öffentlichkeit, daß der „Retter der Evinger Arbeitsplätze“ zur selben Zeit in seinem Ochtruper Zweigwerk über 100 Beschäftigte entlassen hat, die Firma in Konkurs ging. Wer glaubt noch daran, daß das den Stadtoberen und Herren der Gewerkschaft nicht damals schon bekannt war? Aber...

„Quäle nie ein Unternehmerherz...

...denn es fühlt wie Du den Schmerz“. An diesen Spruch von den Schmetterlingen fühlt man sich erinnert, wenn man hört, was der Dortmunder Wirtschaftsdezernent von sich gab, nachdem die Verhandlungen mit Steilmann abgeschlossen waren. Er möchte nie mehr etwas davon hören, daß der Betrieb besetzt war, sondern höchstens „beobachtet“. Die Frauen sollten doch auch einmal an das Herz des Unternehmers denken, nicht mehr drauf rumtreten. Für die Herzen der Frauen, die teilweise bis zum Zusammenbruch getrieben wurden, hat er, wen wunderts, natürlich nichts übrig.

Noch überlegen einige NONA-Frauen, was man jetzt, nachdem die Firma dicht ist, die Frauen zerstreut sind, machen kann. Viele sind resigniert, wer kann das nicht verstehen? Vielleicht sollte man diesem Steilmann mal in seiner Stadt, wo er als der große Förderer von Wattenscheid 09 und als integrer Geschäftsmann auftritt, auf den Pelz rücken.

C. St., Dortmund

(Alle Gedichte von den Dortmunder NONA-Frauen.)

Solidarität, was ist das?
NONA-Frauen ist 100 % Solidarität!!!

Solidarität heißt für NONA 100 % in der GTB organisiert seit...
Solidarität heißt für NONA Gleichschaltung von Mann und Frau
Solidarität heißt für NONA gemeinsam mit den ausländischen Mitarbeitern
Solidarität heißt für NONA gemeinsam mit den Auszubildenden
Solidarität heißt für NONA viele Freunde haben
Solidarität heißt für NONA Kolleginnen und Kollegen denken und fühlen mit dir
Solidarität heißt für NONA die Presse und Medien unterstützen deinen Kampf
Solidarität heißt für NONA eine ganze Stadt hält zu dir.

Solidarität, was ist das?
NONA-Frauen wissen es,
sie haben es gemeinsam erleben dürfen.
Wir danken Euch!

Ein verhängnisvoller Weg

Der Stationierungstermin für die amerikanischen atomaren Erstschlagswaffen in der Bundesrepublik rückt näher. Er muß verhindert werden — dafür wollen auch Tausende Gewerkschafter sorgen. Sie erwarten von ihren Vorständen und vom DGB-Vorstand einen vollen Einsatz und volle Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft, um dieses wichtige Ziel im Friedenskampf erreichen zu können.

Der DGB-Bundesvorstand aber übt sich in Abgrenzung zu vielen Organisationen und Vorstellungen in der Friedensbewegung und versucht, sowohl wirksame gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen die Nachrüstung als auch den bloßen Gedanken einseitiger Abrüstungsschritte der Bundesrepublik zu verhindern bzw. in Verruf zu bringen.

Im Gewerkschaftsorgan „Die Quelle", der Funktionärszeitung des DGB, zum Beispiel findet sich nach den Ostermärschen nicht etwa eine Orientierung der Gewerkschaftsfunktionäre auf verstärkten Einsatz im Kampf gegen die Stationierung, obwohl in der Aprilnummer durchaus zum Friedenskampf Stellung genommen wird. In einem Artikel mit dem Titel „Nachholbedarf für ein ‚informiertes Abrüstungsbewußtsein'" geht die Zeitung auf den Abrüstungskongreß der DGB-Jugend ein, der am 26. und 27. März in Köln stattfand.

Dazu heißt es unter anderem:

„Jene Gruppen in der Friedensbewegung wolle man stärken, die sich gegen ‚die einseitige Vereinnahmung' durch kommunistische Gruppen zur Wehr setzten. Diese Aussage von Ilse Brusis, im DGB-Bundesvorstand für Jugend zuständig, ist zweifelsohne ein **Schlüsselwort** für den DGB-Jugendkongreß. Ilse Brusis hat dies in ihrer Eröffnungsrede nicht ganz so deutlich gesagt wie bei der Pressekonferenz vor dem Kongreß in Bonn. Doch es paßt auch genau in die Linie, die der Ordentliche DGB-Bundeskongreß im Frühjahr 1982 vorzeichnete, als er die Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung stärker auf die sozialdemokratischen und christdemokratischen Quellen bezog, **die kommunistischen Ansprüche auf gemeinsame Herkunft zurückwies.**"

Insgesamt will der DGB offiziell aktiver werden in der Friedensbewegung. Das ist an sich zu begrüßen, wir fordern es zusammen mit engagierten Gewerkschaftern seit langem. Bedenklich sind allerdings sowohl Motive wie Ziele solcher Vorständler wie Brusis und zahlreicher anderer. Zu den Motiven zählt die Quelle den „Schock", der „Spitzen- und Jugendfunktionären des DGB (...) in den Gliedern" sitzt, seit die damals vom DGB mit Ablehnung bedachte Großdemonstration im Oktober 1981 einen riesigen Zulauf hatte und der Bundesvorstand harte Auseinandersetzungen, vor allem in der Gewerkschaftsjugend, heraufbeschwor. Nun will man dabeisein, aber hauptsächlich, um in der Bewegung mißliebige Vorstellungen besser bekämpfen zu können.

So wird denn, wie durch Ilse Brusis, erstmal auf Abgrenzung gesetzt. Die „Quelle" zeigt selbst die „Linie" auf, die dahintersteht, die Bekräftigung der Vorstellungen der Rechten, die Ausgrenzung aller, die sich als Kommunisten verstehen, die Aufgabe des Gedankens der Einheitsgewerkschaft. Diese Leute zeigen gleichzeitig, wie wenig sie aus der Geschichte gelernt haben, wie sie bereit sind, das Bekenntnis zur Einheit im antifaschistischen und Friedenskampf mit Füßen zu treten, für das Tausende Gewerkschafter in diesem Jahr zum 30. Januar auf die Straße gegangen sind. **„Nie wieder** Faschismus, nie wieder Krieg", war ihre Losung dabei. **Schon wieder** Spaltung der Arbeitereinheit, heißt es beim DGB, schon wieder schießt man vor allem gegen links statt gegen die, die Kriegsvorbereitung und reaktionäre Formierung betreiben.

Damit darf sich kein Gewerkschafter abfinden.

Sicher ist in den genannten Ausführungen mit „Kommunisten" vor allem die DKP gemeint, und hier kommt als Begründung immer deren Parteinahme für die sowjetische Supermacht. Die ist sicher falsch und schädlich. Aber das Verhalten der DGB-Führung dient vor allem dem Versuch, damit jeden Vorschlag zu einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der Bundesrepublik zu diskreditieren (und allgemein den verhängnisvollen Antikommunismus zu fördern). Es ist aber noch viel wichtiger, als in konkreten Aktionsaufrufen auch auf die Beteiligung der Sowjetunion an der Verschärfung der internationalen Lage hinzuweisen, den Feind zu benennen, dem wir gegenüberstehen, und die Forderungen herauszustellen, um die wir hier zu kämpfen haben, in deren Durchsetzung unser Beitrag zum Friedenskampf vor allem besteht.

So begrüßten alle DGB-Rechten besonders den Aufruf zu den Osteraktionen, der auf dem Jugendkongreß verabschiedet wurde, vor allem wegen seiner „Ausgewogenheit", seiner Absage an einseitige Schritte, seinem grundsätzlichen ja zur NATO. Noch nicht einmal gegen die Stationierung wird darin konsequent Stellung genommen. Zwar heißt es an einer Stelle: „Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben", aber gleich anschließend auch: „Falls bis Herbst 1983 Verhandlungsergebnisse über Mittelstreckenwaffen in Europa nicht vorliegen, ist nach einer Bestandsaufnahme neu zu entscheiden. Eine Nachrüstungsautomatik darf es nicht geben." Das ist kein bedingungsloses Nein. Damit bleibt auch die Demagogie der Kriegstreiber unwidersprochen, es handele sich tatsächlich um eine „Nachrüstung".

In den Vorständen von DGB und Einzelgewerkschaften gibt es Kräfte, die mit dem Friedenswillen der Gewerkschaftsmitglieder und der Kampfbereitschaft vieler von ihnen absolut nichts am Hut haben. Auch in der Friedensfrage gilt für sie die nach dem Regierungswechsel ausgegebene Parole, eine **grundsätzliche** Gegnerschaft zu den Schwarzen in Bonn dürfe es nicht geben, kein Orientieren auf außerparlamentarische Aktionen, zu denen ja auch Streiks gegen Aufrüstung zählen. „Dazu", so formulierte es beispielsweise Loderer, „ist uns unsere Demokratie zu wertvoll". Eine verhängnisvolle Auffassung. Diese Stillhaltepolitik hat schon einmal dazu geführt, daß ohne den notwendigen Widerstand das letzte Restchen Demokratie in Deutschland verrichtet werden konnte. Am Ende stand der Krieg mit Millionen Toten.

Das darf sich nicht wiederholen. Die ganze Kampfkraft der organisierten Arbeiterschaft muß im Friedenskampf zum Einsatz gebracht werden. Dabei sind Streikaktionen schon gegen die Nachrüstung kein Tabu, sondern Notwendigkeit.

EG als „Säule der NATO"

Die EG soll sich stärker als bisher mit der sogenannten Sicherheitspolitik befassen und zur „europäischen Säule der NATO" werden. Diese Auffassung vertritt das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zusammen mit den Instituten für internationale Beziehungen in Paris, Rom, Den Haag und London in einer gemeinsam erarbeiteten „Analyse der vordringlichen EG-Probleme".

Mit Besorgnis registrieren die Verfasser zunehmende Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und Amerika und fordern zu ihrer Überwindung eine „stärkere europäische Dimension der Sicherheitspolitik" innerhalb der NATO und in enger Zusammenarbeit mit den USA.

Gefordert werden unter anderem folgende Maßnahmen:

- „Verstärkung der konventionellen Verteidigungsstruktur in Westeuropa" (also Aufrüstung im nichtatomaren Bereich)
- „Europäisierung der nationalen Abschreckungssysteme" und
- „Errichtung einer europäischen Agentur für Rüstungsbeschaffung".

Auch außerhalb Europas soll eine so erstarkte europäische Kriegsmaschinerie zum Einsatz kommen. Das Papier regt an, die EG-Staaten, die dazu bereit seien, sollten „eine Kerngruppe bilden, die Maßnahmen wie zum Beispiel diplomatische Interventionen, wirtschaftliche Hilfe sowie Friedenswahrung und erforderlichenfalls militärische Kampfmaßnahmen, beispielsweise Eingreifverbände, plant und durchführt".

Wenn das vordringliche EG-Politik sein soll, dann wird für uns die Verwirklichung der Forderung immer vordringlicher: Bundesrepublik raus aus NATO und EG!

Volksversammlung für den Frieden

Am vergangenen Wochenende trafen sich zahlreiche Vertreter verschiedener Organisationen der Friedensbewegung in Köln. Dabei wurde über die nächsten Aktionen gesprochen und ein Aufruf beschlossen, mit dem zu Großaktionen im September mobilisiert werden soll.

Dieser Aufruf erreichte uns kurz vor Redaktionsschluß. Wir geben hier den Teil wieder, der auf die Aktionen eingeht.

Ausführlichere Informationen und Stellungnahmen zur Kölner Konferenz und zum Aufruf im nächsten „Roten Morgen".

Die Gruppen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik rufen für die Woche vom 15. bis 22. Oktober 1983, angesichts der drohenden Stationierung neuer Atomraketen und im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche, zu vielfältigen und gewaltfreien Aktionen und Veranstaltungen auf.

Während der ganzen Woche sollen Friedenscamps, Blockaden, Schweigestunden stattfinden:

Samstag, 15.10.: Dezentrale Auftaktaktionen in allen Städten und Gemeinden. Sonntag, 16.10.: Widerstandstag der Kirchen. Montag, 17.10.: Widerstandstag der Frauen. Dienstag, 18.10.: Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität. Mittwoch, 19.10.: Widerstandstag der Arbeiter, Betriebe, sozialen Einrichtungen und Landwirte. Donnerstag, 20.10.: Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen. Freitag, 21.10.: Widerstandstag der Parlamente, Stadträte, Verwaltung und Parteigruppen. Samstag, 22.10.: 3 parallele Großaktionen:

- ***„Volksversammlung für den Frieden" in Bonn;***
- ***in Norddeutschland;***
- ***in Süddeutschland.***

Ähnliche Aktionen werden im Oktober 1983 in den USA (8./9.10.), Belgien, Italien, Großbritannien, Österreich, Nicaragua, Dänemark (22./23.10.) und den Niederlanden (29.10.) stattfinden.

RGO für Streiks

In einer Stellungnahme zu den Ostermärschen betonen die „RGO-Nachrichten", die Zeitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, die Notwendigkeit gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampfmaßnahmen. Es heißt dort unter anderem:

Hunderttausende friedliebender Menschen beteiligten sich an den diesjährigen Ostermärschen im ganzen Bundesgebiet. Erfreulich, was gegenüber den vorangegangenen Jahren auch etwas Neues darstellt, daß Einzelgewerkschaften örtlich zur Teilnahme an diesen Protestaktionen gegen atomare Bewaffnung und Aufrüstung aufriefen. Zwar waren diese Aufrufe noch sehr vereinzelt, aber immerhin ein guter Anfang, den es mit aller Kraft voranzutreiben und auszuweiten gilt.

Sogar einige SPD-Ortsgruppen riefen in diesem Jahr erstmalig zu den Ostermärschen auf. Diese Tatsache wurde auf vielen Kundgebungen begrüßt aber richtigerweise wurde auch kritisiert, daß die DGB-Führung, wie auch der SPD-Vorstand, sich durch Untätigkeit und Schweigen aus der Sache heraushalten, was zwar nicht mehr so schlimm ist, wie in den Vorjahren, wo es den Mitgliedern untersagt wurde, an den Ostermärschen teilzunehmen. Oder hielten es die Verantwortlichen im Zuge der Zeit und der breiten Bewegung, die mittlerweile auch in den Gewerkschaften und in der SPD-Basis ihren Niederschlag findet, für taktisch ratsam, die Sache mit Schweigen zu übergehen. Jedenfalls wurde von da aus nichts für eine Mobilisierung getan.

Schließlich aber ist dieses Jahr ein besonderes Jahr, wo Reagan und seine neuen Bonner Freunde hier neue Atomraketen aufstellen wollen. Alle Erfahrungen aus der Geschichte dürften doch sehr deutlich gezeigt haben, welche bedeutsame Aufgabe im Friedenskampf der Gewerkschaftsbewegung zukommt, und von diesem Kampf dürfen wir uns auch nicht länger abhalten und isolieren lassen, Kollegen.

Die neue Regierung in Bonn ist entschlossen, die Raketen mit allen, auch gewaltsamen Mitteln aufzustellen. Was sie allerdings empfindlich treffen würde, das wäre ein breiter Protest mit massiver Unterstützung aus den Betrieben, nämlich Streiks, die von den Gewerkschaften organisiert werden müssen.

Oder ist es mittlerweile nicht eine Frage des Überlebens geworden, diesem Rüstungswahnsinn mit all den Mitteln entgegenzutreten, die tatsächlich die Aufstellung neuer Raketen verhindern können. Dafür müssen wir jetzt in den Gewerkschaften gehörig Dampf machen, gerade auch hinsichtlich unserer Forderungen für den 1. Mai!

1983 darf nicht zum Jahr neuer Raketen werden! Jetzt müssen wir alle gemeinsam, Gewerkschafter und friedliebende Menschen, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung entschlossen und sehr massiv unseren Protest vorbringen. Entsprechende Aktionen und Kampfmaßnahmen, gerade innerhalb der Gewerkschaften, müssen diskutiert und vorbereitet werden. An die Arbeit, die Zeit ist knapp!

CSU will Berufsverbote bundesweit verschärfen

Die bayerische Staatsregierung zeigt sich entschlossen, noch radikaler als bisher gegen engagierte Demokraten im öffentlichen Dienst vorzugehen. Nach Äußerungen von Finanzminister Max Streibl wird daran gedacht, demnächst das Bundesverfassungsgericht zu bemühen, um bundesweit eine rigorosere Anwendung des Radikalenerlasses durchzusetzen.

Die meisten Bewerber für den öffentlichen Dienst bekommen immer noch Recht, wenn sie gegen einen Ablehnungsbescheid vor Gericht gehen. So leichtfertig gehen die Radikalenjäger selbst mit ihrem eigenen Erlaß um, der wesentlich dazu beigetragen hat, der Bundesrepublik den Ruf eines der reaktionärsten Staaten in Europa einzubringen. Allerdings wird durch die jahrelange Dauer der Verfahren auch die berufliche Existenz dieser Bewerber gefährdet, die allermeisten müssen sich einen anderen Beruf suchen, um existieren zu können, bevor der endgültige Gerichtsentscheid in ihrem Berufsverbotsprozeß gefällt wird. Bayern steht bei dieser Verfolgung an der Spitze, da darf man — wenn es nach dem Willen der Regierung geht — nicht einmal als Friedensdemonstrant in Erscheinung treten, in der Deutschen Friedensgesellschaft organisiert sein, wenn man Lehrer werden will.

Das mit den verlorenen Prozessen wurmt die Rechtsaußen in München. Wenn die Gerichte den „Weg einer schleichenden Aushöhlung" der „Pflicht zur Verfassungstreue" im öffentlichen Dienst fortsetzten sollten, so Streibl im „Bayernkurier", dann werde die Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes „unumgänglich".

Das kann zweierlei heißen. Zum einen, und das wird vielleicht zunächst versucht werden, daß eine rechtsverbindliche Auslegung der Bestimmungen des Berufsverbotes zustandekommt, die generell jedem Mitglied in der DKP — in linkeren, wirklich kommunistischen Organisationen sowieso — und eventuell auch in anderen Organisationen, die die Strauß-Leute angeben oder charakterisieren werden, der Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehrt wird.

Zum anderen aber kann das auch heißen, daß die CSU erneut Verbotsanträge gegen demokratische Organisationen vorbereitet, um das Problem loszuwerden.

In Bayern werden derweil schon die Vorschriften über die „parteipolitische Zurückhaltung" von Beamten verschärft. Die neuen Vorschriften verbieten jede „Kritik an den Verfassungsorganen in gehässiger, agitatorischer und aufhetzender Weise " und gelten auch für die Tätigkeit in Bürgerinitiativen.

Damit sollen Beamte endgültig wesentliche Grundrechte verlieren, gehorsame und schweigsame Diener, willfährige Büttel des Obrigkeitsstaates sein. Und in diesem Sinne will Strauß ganz Deutschland „in Ordnung bringen". Jeder Demokrat ist aufgerufen, sich diesem Versuch in den Weg zu stellen.

Bochum:

Widerstand gegen NPD-Parteitag

Am 12. Mai will die NPD in Bochum ihren Landesparteitag abhalten. Antifaschisten aus dieser Stadt und aus ganz NRW bereiten sich darauf vor, den Nazis gebührend entgegenzutreten.

Mehr durch Zufall wurde das Vorhaben der Nazis bekannt. Der Mietvertrag zwischen NPD und Stadt war bereits abgeschlossen. In der Stadthalle soll das Nazi-Treffen steigen.

Dieser Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die Mentalität des Bochumer Oberbürgermeisters Eikelbeck, der vor kurzem noch — während der antifaschistischen Aktionen gegen die NPD-Zentrale in Wattenscheid — als NPD-Gegner auftrat.

Eikelbeck versucht den Schwarzen Peter ans Land weiterzugeben, und Innenminister Schnoor beruft sich darauf, daß die NPD schließlich eine legale Partei sei.

Stimmt leider. Wenn Schnoor allerdings wirklich etwas dagegen hätte, könnte er zum Beispiel einen Vorstoß unternehmen, um ihr Verbot zu beantragen. Tut er bisher aber nicht. Er könnte auch in eigener Zuständigkeit die faschistische Bürgerinitiative Ausländerstopp, deren Kontaktadresse die genannte NPD-Zentrale ist, verbieten lassen. Macht er aber auch nicht.

Nazis raus aus Wattenscheid!

Volksfront

Verhindert den NPD-Parteitag am 12. Mai

Bochumer Antifaschisten nehmen darum den Widerstand selbst in die Hand. Am Vorabend soll bereits eine Demonstration stattfinden, die Nacht hindurch bis zum geplanten Beginn der Nazi-Versammlung solle eine Mahnwache vor der Stadthalle stattfinden. Über weitere Aktionen wird noch beraten.

Die Bochumer können gut Unterstützung gebrauchen. Alle Antifaschisten aus NRW, die die Möglichkeit dazu haben, sollten sich den Aktionen gegen den Landesparteitag der NPD anschließen.

Volkszählung vorerst abgesetzt

Ein Erfolg des massenhaften bundesweiten Protestes: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat gegen die Volkszählung '83, die am 27. April über die Bühne gehen sollte, eine einstweilige Anordnung erlassen. Sie findet zumindest vorerst nicht statt.

Innenminister Zimmermann und die Unionsregierung hatten fortwährend versucht, die Volkszählungsgegner in eine kriminelle Ecke zu drängen oder wenigstens glaubhaft zu machen, das seien alles Staatsfeinde. Um den "Normalbürger" einzuschüchtern, um die demokratische Protestbewegung zu spalten.

Er hat sich geschnitten. Tausende von Menschen, die ansonsten gar nicht besonders politisch aktiv sind, haben hier gesagt: Halt, stopp. So weit darf der Staat nicht gehen. Hier wird unter dem Deckmantel einer statistischen Erhebung eine Bürgerdurchleuchtung durchgeführt. Die Erhebung ist nicht anonym, nicht anonymisierbar (achtstellige Kennziffern auf jeder Seite des Fragebogens), persönliche Daten werden weitergegeben, Mißbrauch ist absehbar. Und für viele Demokraten war eine Garantieerklärung des Herrn Zimmermann, der wegen eines berühmt gewordenen Meineids „Old Schwurhand" genannt werden darf, absolut keine Beruhigung!

Deshalb hatte auch die KPD aufgerufen: Verhindern wir die Volkszählung!

Der massenhafte Protest hat die Politiker ins Rotieren gebracht. Ihr Wunsch zur Totalerfassung ist gefährdet. Die Unternehmer hatten ebenfalls eine schnelle Durchführung der Volkszählung verlangt. Allerdings erst, nachdem sie selbst eine Boykottdrohung vorgebracht — und damit Erfolg gehabt hatten: Eine Frage nach dem Unternehmerumsatz bei der Betriebsstättenzählung (nach dem Gewinn wurde gar nicht erst gefragt) wurde gestrichen ...

Zahlreiche Gewerkschaftsgremien hatten sich dem Widerstand angeschlossen, teilweise direkt zum Boykott aufgerufen (wie zum Beispiel der Bezirksverband Dortmund der IG Bau), zuletzt waren Gewerkschaftsgruppen sogar dazu übergegangen, ihren Mitgliedern Rechtsschutz zuzusichern. In zahlreichen Gewerkschaftszeitungen erschienen Aufklärungs- und Protestartikel, besonders ausführlich in „metall" und „druck und papier". Der gewerkschaftliche Protest knüpfte meist an den bösen Erfahrungen an, die Arbeiter und Angestellte mit betrieblichen Informationssystemen (PAISY) machen mußten. Sie hatten am eigenen Leibe gemerkt: Von den Unternehmern werden Daten nicht zum Nutzen der Allgemeinheit gespeichert und verknüpft, sondern zur Profitsteigerung. Wer öfters mal krank ist, wer nicht mehr so viel leistet — besser erfaßt, schneller gefeuert. Dieser Staat geht da nicht anders vor, im übertragenen Sinne natürlich. Aber ist es nicht lächerlich, daß man uns einreden will, mit den Ergebnissen der Erhebungen wolle man zum Beispiel Mängel im Versorgungssystem, im Verkehrsnetz, beim Wohnungsangebot beseitigen, wo die Grundlinie der Politik heute schon heißt: Kürzen, kürzen, kürzen?

Wie wenig für die neue Regierung selbst Verfassungsrechte zählen, machten ihre Sprecher noch zwei Tage vor der Entscheidung des BVG deutlich. Die stellten sich doch hin und sagten: Der Intimbereich des Menschen werde durch die Volkszählung nicht berührt. Selbst, wenn das Gesetz sich später als verfassungswidrig erweisen sollte, sei eine einstweilige Anordnung überflüssig. Denn es werde auf keinen Fall ein „irreparabler Schaden" für die Bürger entstehen. — Die Daten hätten sie dann schon mal gehabt ... Da mochte selbst das BVG nicht mitziehen.

Mit der Entscheidung des BVG ist das Gesetz allerdings immer noch nicht endgültig vom Tisch. Die Richter wollen nur ohne Zeitdruck die Verfassungsmäßigkeit überprüfen, hieß es aus Karlsruhe. Dazu meinen wir: Daß die Volkszählung in der vorliegenden Form die Grundrechte der Bürger verletzt, steht bombenfest. Und wenn es nicht grundlegend entschärft wird, wenn nicht zumindest vollständige Anonymität verwirklicht und es tatsächlich eine reine statistische Erhebung wird, dann muß die Protestbewegung weitergehen, egal, wie das Gericht entscheidet. Diese Volkszählung muß verhindert werden.

Durch die Bewegung gegen die Volksaushorchung ist vielen Menschen auch bewußter geworden, was in diesem Staat so alles mit ihren Daten gemacht wird und gemacht werden kann.

Personalinformationssysteme, Polizeicomputer, amtliche Überwachungspläne, der für nächstes Jahr geplante computerlesbare Personalausweis — über dies und anderes wurde auf Treffen von Boykott-Initiativen, auf Informationsveranstaltungen über die Volkszählung usw. diskutiert.

Teilweise wird jetzt überlegt, hierüber weiter zu informieren, zum Beispiel gegen den neuen Personalausweis Stellung zu beziehen. Solche Überlegungen finden wird grundsätzlich gut.

Wir bitten unsere Leser um Zuschriften zu diesem Problem. Wie sehen die Ergebnisse dieser Diskussion an euren Orten aus?

15. April 1933:

Gewerkschaftsbund unterschreibt eigenes Todesurteil

Am 2. Mai vor 50 Jahren besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser. Noch einen Tag zuvor haben Massen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten hinter den Hakenkreuzfahnen der Nazi-Partei demonstriert. — Am „Tag der Nationalen Arbeit", wie der 1. Mai nun hieß. Die Hitler-Regierung hatte den Tag zum bezahlten Feiertag gemacht. Die ADGB-Führung zollte ihr dafür auch noch öffentlichen Dank.

Diese verhängnisvolle Politik formulierte der Bundesvorstand in einem Aufruf vom 15. April 1933 an die Mitglieder der Gewerkschaften.



Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Verantwortlich für die Schriftleitung: Lothar Erdmann.

Berlin, den 13. April 19[illegible]
Nr. 19

Für die Gewerkschaftspresse als Manuskript zu kostenlosem Abdruck

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des **1. Mai** habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des **1. Mai** erglühte stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai euch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir **begrüßen** es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum **gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit**, zum deutschen **Volksfeiertag** erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung **der deutsche Arbeiter** im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein **vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.** Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte **Solidarität mit der Arbeiterschaft** bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die **Pioniere** des Maigedankens. **Denkt immer daran und seid stolz darauf.**

In herzlicher Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 1. Mai demonstrierten die Gewerkschaften mit den Nazis...



...am 2. Mai gab es sie nicht mehr. (Hakenkreuzfahne auf dem Gewerkschaftshaus in Osnabrück.)

Über den Weg der Gewerkschaften in die Katastrophe und gewerkschaftlichen Widerstand unter der Nazi-Diktatur beginnt im nächsten „Roten Morgen" eine Artikelserie.

Vom 21. bis 23. Mai findet der III. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD) statt. Drei Tage Zeit, um Erfahrungen und Meinungen auszutauschen, um Mut zu schöpfen für den grauen (seit geraumer Zeit — schwarzen) Alltag.

Wir wollen an dieser Stelle einen kurzen Überblick geben, über die Themen, die unsere Diskussion auf dem Kongreß bestimmen werden.

Sie wollen nur unser Bestes — doch das kriegen sie nicht!

Die Schwarzen an der Macht



Seit dem 6. März sitzen die Schwarzen in Bonn fest im Sattel — daß die Kapitalisten diese Regierung wollten, haben sie nie verschwiegen. Und sie haben auch gesagt, was sie von Kohl und Strauß erwarten: Die Wende, an deren Ende eine „andere Republik" stehen soll. — Am 6. März rückte die „Republik" einen Schritt nach rechts. Wie rechts wird die „andere Republik" sein, die uns Kohl und Strauß angekündigt haben?

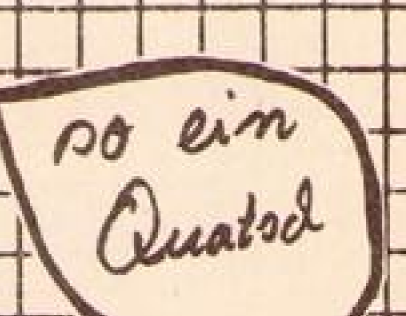
Was hat die Jugend von den Schwarzen zu erwarten? Neben den bekannten Sachen: Aus für die Gesamtschule, Anpassung des Bildungswesens an die „von Gott gewollten Unterschiede": für „dumme" Arbeiterkinder die Hauptschule, für „schlaue" Akademikerkinder das Gymnasium, Wehrkundeunterricht, verstärkter Zugriff der Kapitalisten auf die Berufsausbildung, Abbau „ausbildungshemmender" Vorschriften im Jugendarbeitsschutzgesetz, private Berufsschulen, Verkürzung des Berufsschulunterrichts, noch stärkere Verlagerung der Berufsausbildung in die Klitschen, Verlängerung der Wehrdienstzeit, Frauen zur Bundeswehr, Schaffung eines neuen Soldatenbildes: Soldat sein ist wieder schick, Kriegsdienstverweigerer und Pazifisten sind die Agenten Moskaus — müssen wir uns auf eine Offensive der „Gehirnwäsche" gefaßt machen. Die Schwarzen wollen an unsere Köpfe. *Na, dann ...*

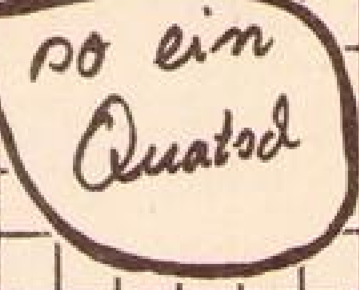
Sie haben gemerkt, daß ein großer Teil der Jugend der Gesellschaft entfremdet, distanziert, resignativ bis feindselig gegenübersteht. Für die Schwarzen ist das das Ergebnis 13jähriger „sozialistischer Kulturrevolution". Sie haben auf ihre Fahnen geschrieben, das Bewußtsein der Jugend zu ändern: Schluß soll sein mit dem Pazifismus, mit dem Anspruchsdenken, mit der Kritik und der Verweigerung. Wahrhaft „deutsche Tugenden" sollen Denken und Handeln der Jugend bestimmen: Selbstdisziplin, Leistungswillen, Pflichtbewußtsein, Opferbereitschaft, Fleiß, Gemeinsinn und Vaterlandsliebe. *so ein Quatsch*

Die Schulen sollen „deutsches Geschichtsbewußtsein" vermitteln und die Familien einen treuen Staatsbürger formen, der überzeugt zur Bundeswehr geht und mit Pflichtbewußtsein und Opferbereitschaft am wirtschaftlichen Aufschwung arbeitet. Die gute deutsche Jugend zeichnet sich durch ihr Bekenntnis zur Familie aus. Sie sagt uneingeschränkt Ja zur Ehe, die eine Gemeinschaft bis zum Tode ist. Sie „vernichtet" nicht ungeborenes Leben durch Abtreibung, sondern zeugt diesem Staat bewußt Kinder, damit die Rentenversicherung und die Verteidigungsfähigkeit nicht untergraben wird. — Kurz: Die geistig-moralische Erneuerung, der Mief der 50er Jahre soll unsere Köpfe erobern. *Es stinkt ganz gewaltig!!*

Doch täuschen wir uns nicht: Die Schwarzen haben uns nicht nur Mief zu bieten, sie können auch „modern" und „alternativ". Sie greifen Begriffe und Gefühle, die in der grünen und alternativen Bewegung vorhanden sind, auf und sprechen auch von einer anonymen Gesellschaft, von der Übermacht der Apparate und der Bürokratie, von einer unmenschlichen Planung usw. Sie beklagen, daß der Freiraum für Spontanität, Kreativität und die Entfaltung des Einzelnen immer kleiner wird. Sie gewinnen den alternativen Projekten und Betrieben sehr viel Sympathie ab und begrüßen die Bereitschaft zu Verzicht und Selbstausbeutung, mit der hier gearbeitet wird. — **Mit Zuckerbrot und Peitsche. Die Schwarzen bedienen sich vielfältiger Methoden, doch sie haben alle ein Ziel: Die Jugend für diesen kapitalistischen Staat zu gewinnen.**









Arbeitsgruppen

besser als auf dem II. Kongreß

Um auf unserem Kongreß eine gute Diskussion über die vielen Aufgaben, die in den nächsten zwei Jahren auf uns zukommen, zu ermöglichen, wollen wir zu verschiedenen Themen Arbeitsgruppen bilden:

Arbeitslos — doch nicht wehrlos?!

30000 Lehrstellen hat Kohl uns im Wahlkampf versprochen. Kommen sie? Kommen sie nicht? (Diesen billigen „Aufschwungtrick" werden sie sich schon nicht entgehen lassen). Jedenfalls, auch wenn es sie gibt, mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sind sie nicht. Nach wie vor warten mehrere hunderttausend Jugendliche auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Stehen Massenentlassungen auf den Werften, in der Stahlindustrie und im Bergbau weiter auf der Tagesordnung. Wird eine nie gekannte Rationalisierungswelle in den Büros, Banken und Versicherungen tausende Arbeitsplätze vernichten. Das Handwerk wird in gewissem Umfang durch verstärkte Lehrlingsausbeutung wieder „goldenen Boden" unter den Füßen bekommen. Und einige neue Arbeits- und Ausbildungsplätze wird die Verkabelung der Republik, wie überhaupt die Einführung neuer Technologien bringen. — Aufschwung? Wenn es überhaupt einen klitzekleinen Aufschwung gibt, so wird die Massenarbeitslosigkeit weiter anwachsen (England und die USA sind viel beredete Beispiele dafür). Kämpfen? Oder verzichten, opfern für die Hoffnung auf eine Besserung?

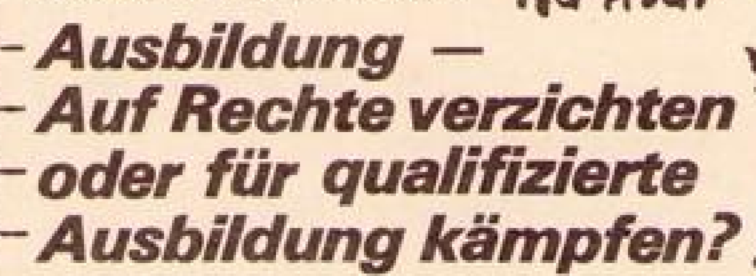
Kämpfen? Aber wie? Im Betrieb für die Übernahme, gegen Entlassungen? Als Arbeitsloser? Als Schulabgänger? Was bringen Arbeitsloseninitiativen? Wie stehen wir zum geplanten Marsch der Arbeitslosen auf Bonn im Juni? Mitmachen oder nicht? Wie mitmachen? *Na klar*



Ausbildung — Auf Rechte verzichten oder für qualifizierte Ausbildung kämpfen?

zu schwer?!

„Die hohen Ausbildungsvergütungen gefährden die Ausbildungsplätze", behaupten die Unternehmer. Die Chemielehrlinge gingen bei dieser Tarifrunde bereits leer aus — Ausbildungsvergütungsstopp. Und der Rappe-Clan in der IG-Chemie spielte, wie nicht anders zu erwarten, munter mit. *„Ausbildungshemmende Vorschriften müssen fallen"*, sagen die Schwarzen und erzwangen eine Abänderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Bäckerlehrlinge müssen jetzt bereits um 4 Uhr morgens auf der Matte stehen, Krankenschwesternschülerinnen um 6 Uhr. Von den Gewerkschaften zwar bemerkt, doch außer mit verbalen Protesten nicht bekämpft, hat die Wende in der Berufsausbildung schon längst begonnen. In Bielefeld wurde die erste private Berufsschule eröffnet, und die Bildungsministerin Dorothee Wilms signalisierte mit ihrer Forderung: Lehrlinge sollen wieder beim Meister bzw. Ausbilder wohnen, wie weit die Schwarzen gehen werden. *die spinnen*



Das ist was für Bettina

Auf Geld und Rechte verzichten, damit Ausbildungsplätze nicht gefährdet werden? Nur noch Schlimmeres verhindern oder raus aus der Defensive und eine echte Reform der Berufsausbildung, die die SPD zwar versprochen, aber nie durchgeführt hat, fordern? Verstaatlichung der Berufsausbildung? Und überhaupt: Wie muß eine gute, qualifizierte Berufsausbildung, die auch Spaß bringt, aussehen? *sehr wichtig!*

Frieden — Ist die Stationierung noch zu verhindern?

Im Dezember gibt's Raketen — das haben die Schwarzen uns versprochen. Die Friedensbewegung bereitet einen heißen Herbst vor: Internationale Friedenswochen, Warnstreiks in den Betrieben, Schulstreiks, Besetzung von Kirchen, Blockaden der Stationierungsorte und Waffendepots, Großdemonstrationen. Die Palette der Aktionen ist vielfältig, doch reicht das aus? Wie können wir die Stationierung der Raketen politisch undurchführbar machen?

Reicht die totale Fixierung auf die Raketenfrage aus? Sind nicht weitergehende Ziele notwendig, um den Frieden zu sichern, aber auch, um eine Welle der Resignation zu verhindern, wenn die Raketen trotz massivsten Widerstandes dennoch stationiert werden? Raus aus der NATO — wie kann sich diese Orientierung in der Friedensbewegung besser als bisher durchsetzen? Was kann und soll die KJD an Aktionen für den Herbst und darüber hinaus vorbereiten?

Mach ich mit

Ausländer — die Juden von heute??

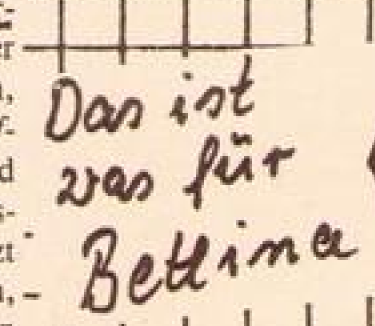
Nazis raus!

Noch bevor die Raketen stationiert werden, steht uns eine massive Türkenhetze ins Haus. „Türken raus", das ist inzwischen offizielle Regierungspolitik. Noch vor der Sommerpause soll diese „wichtigste innenpolitische Aufgabe" angepackt werden. Staatliche Abschiebungspolitik, gekoppelt mit steigender Ablehnung und Feindlichkeit in der Bevölkerung und alles verschärft durch faschistische Terroranschläge — das Leben wird für jeden Ausländer immer unerträglicher. In der Ausländerfrage haben die Reaktionäre heute die besten Möglichkeiten, ihren Vorstoß zur Faschisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Denn immer haben noch viel zu wenig begriffen, daß das, was heute mit den Ausländern passiert, schon morgen mit jedem anderen auch passieren kann. Wer hat den Mut, gegen den Strom zu schwimmen?

Was können wir machen — in der Schule, Betrieb, Jugendheim — um die Welle aus Uninformiertheit, Vorurteilen und Feindlichkeit zu durchbrechen? Was gegen die staatlichen Abschiebungsmaßnahmen? Wie können wir gleiche Rechte und Chancen für Ausländer durchsetzen?

1984 — Steht der Überwachungsstaat vor der Tür?

Die Volkszählung '83 hat vielen gezeigt, wie weit es mit der Verdatung und Überwachung bereits gekommen ist. Neue Maßnahmen sind in Vorbereitung: der neue Personalausweis, die Verkabelung der Republik, die uns nicht nur Kabelfernsehen, „Konsummist" gepaart mit massiver rechter Meinungsmache im Stile der Bild-Zeitung und des ZDF-Magazins bringt, sondern auch eine gigantische Weiterentwicklung in der Datenerfassung und Datenspeicherung. Parallel dazu formiert sich der Polizeistaat: neue Waffen, Vermummungsverbot, Polizeieinsätze müssen bezahlt werden, die Teilnahme an gewalttätigen Demos wird strafbar, Todesschüsse usw. Die Demokratie stirbt scheibchenweise. Stehen wir dem drohenden Polizei- und Überwachungsstaat machtlos gegenüber oder können wir das Ruder noch herumreißen?



Mädchen — Perle, Keule oder was bin ich überhaupt?

„Unser Titelmädchen ist 16 Jahre alt und geht noch zur Schule. Ihr einziger Kummer: Ein paar Pfund zuviel auf den Hüften!“ — *„Bunte Klamotten helfen gegen schlechte Laune. Sei ruhig mutig und zieh dich verrückt an ... Erlaubt ist, was gefällt und lustig macht.“* — *„Mein Freund hat keine Lust auf mich, solange ich soviele Pickeln im Gesicht habe ...“* So, oder so ähnlich steht es Ausgabe für Ausgabe in „Bravo“ und „Mädchen“. Hauptsache hübsch, gepflegt und charmant, Schlag bei den Jungs, und dann lösen sich alle Probleme von selbst. Lehrstelle? Ja, vielleicht Friseuse, Verkäuferin, Zimmermädchen oder Küchenhilfe — das kann ein Mädchen auch später als Hausfrau und Mutter gebrauchen. Perle, Keule, oder was bin ich überhaupt? — *„Wer als Familienpartner die Rollen von Mann und Frau nivelliert* (gleichmachen, Unterschiede ausgleichen) *und sie für austauschbar erklärt, nimmt den familiären Binnenverhältnissen die Kontur und damit die Haltbarkeit.* (...) *Wir können sogar noch weiter gehen und konstatieren, daß ein Teil der Gleichberechtigungsforderungen nichts anderes als die Vergewaltigung im Visier hat. Der Aufbruch der Emanzipation hat ja zunächst einmal überall die Vermännlichung befördert,“* Norbert Blüm. Frauen zurück an den Herd? Neue Mütterlichkeit? Ducken oder aufmucken? Mutig, aktiv und selbstbewußt für gleiche Rechte? — Frauen, erhebt euch und die Welt erlebt euch!

Die KJD stärken

Zwei Jahre KJD-Arbeit liegen hinter uns — was haben sie gebracht? Erinnern wir uns: Wie war die Ausgangslage zur Zeit des II. Kongresses? Wir hatten einen weitgehend lahmen Jugendverband. In den meisten Gruppen stand die Frage: Was sollen wir bloß machen? Wie muß ein kommunistischer Jugendverband arbeiten. Mitglied der KJD zu sein, war oft langweilig. Unsere Arbeit war zuwenig interessant und ansprechend. Die Mitgliederzahlen waren rückläufig. Der Jugendverband kam nicht richtig voran.

Der II. Kongreß bemühte sich um eine Bestandsaufnahme und gab neue Impulse: **Aktionen sind das A und O in der Jugendarbeit.** Diese klare Orientierung auf die Praxis, auf Aktionen, auf das Eingreifen in Kämpfe hat sich bewährt. Als erster Schritt wurden von der Zentralen Leitung zusammen mit den Gruppen Aktionsmöglichkeiten und Ideen ausgearbeitet. Sie wurden in der Praxis erprobt und erste Erfahrungen liegen vor. **Welche Aktionen bringen etwas?** Es reichen nicht nur Aktionen, die interessant und fetzig sind. Wir brauchen, interessante, fetzige Aktionen, die zum Mitmachen auffordern, mit denen wir Jugendliche organisieren können.

Unser Jugendverband hat ein neues Gesicht bekommen. Wir haben einen interessanten, ansprechenden Arbeitsstil gefunden. Wir haben neben den Aktionen Seminare, Fahrten und Zeltlager. Wir haben unsere Agitation verbessert. Unsere Flugblätter und der „Rote Rebell“ sind interessanter geworden. **Wir haben begonnen, Gruppen herauszubilden, die mehr sind, als nur ein lockerer politischer Zusammenschluß.** Es sind Cliquen, wo sich einer auf den anderen verlassen kann, wo Solidarität und ein fester Zusammenschluß existiert, wo politische Arbeit sich mit der Freizeit verbindet. Allerdings ist das noch nicht das durchgängige Bild. Es gibt noch Gruppen, die sich mehr oder weniger nur alle vierzehn Tage treffen, um die nächsten politischen Aufgaben zu besprechen. Was kann hier verbessert werden? Was können wir tun, damit die Gruppen mehr von einander lernen?

Gute Fortschritte gab es in der **Bildungsarbeit.** Die Zentrale Leitung hat im Berichtszeitraum 14 Seminare mit insgesamt über 300 Teilnehmern durchgeführt. Probleme bereitet noch die ständige politische Diskussion und Schulung vor Ort. Es gibt Aktionen, die durchgeführt werden, ohne vorher darüber zu diskutieren, was wir als KJD in dieser oder jener Frage sagen. Es gibt das Bedürfnis, besser in den Grundfragen des Marxismus-Leninismus Bescheid zu wissen. Wie könne wir diese Aufgabe so lösen, daß sie für jede Gruppe auch durchführbar wird?

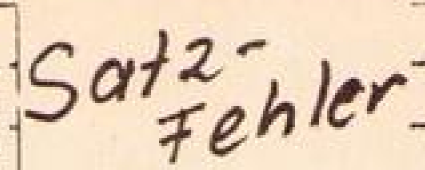
Auch in unserer **Arbeit an den Schulen, im Betrieb und in der Bundeswehr** gab es im Berichtzeitraum gute Beispiele, wie hier eine effektivere Praxis der KJD aussehen kann. Allerdings ist diese Arbeit immer noch von einem starken Auf und Ab geprägt. Die ehrgeizigen Ziele, die der II. Kongreß hier stekcte, konnten nicht erreicht werden. Wie können wir unsere Arbeit in diesen Bereichen effektiver gestalten?

Positiv ist auch, daß sich in den letzten Monaten **eine Reihe türkischer Jugendlicher in der KJD** organisierten. Das ist gut, aber immer noch zuwenig. Was können wir tun, um unsere Arbeit mit ausländischen Jugendlichen zu verbessern? Wie muß die KJD arbeiten, damit sich auch ausländische Jugendliche bei uns wohlfühlen?

Forschritte gab es auch in der **„Bündnispolitik“.** Wir haben an mehreren Orten zusammen mit anderen Jugendverbänden Aktivitäten durchgeführt.

Was können wir tun, um hier noch erfolgreicher zu arbeiten? Sind neue Impulse notwendig, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Jugendverbänden — Rote Maulwürfe, RJVD, Roter Jugendbund, Bund demokratischer Jugend — zu erreichen?

Alles in allem können wir auf zwei ganz erfreuliche Jahre zurückblicken. — Nach wie vor ist unser Jugendverband zwar viel zu klein. Wir konnten in der Mitgliederentwicklung noch keine großen Sprünge nach vorn machen, sondern zunächst nur eine Stabilisierung erreichen. Auch die Anzahl unserer Ortsgruppen ist noch nicht nennenswert gewachsen. Wir haben allerdings unseren Umkreis erheblich vergrößern können. Unsere Gruppen organisieren heute mit zahlreichen unorganisierten Jugendlichen zusammen Aktivitäten. Was hindert sie daran, sie bei uns zu organisieren? Was können wir verbessern? — Alles in allem haben wir heute einen aktiven Verband, der nicht kopflos vor der Wand steht, der weiß, wo es lang geht.





Sozialismus

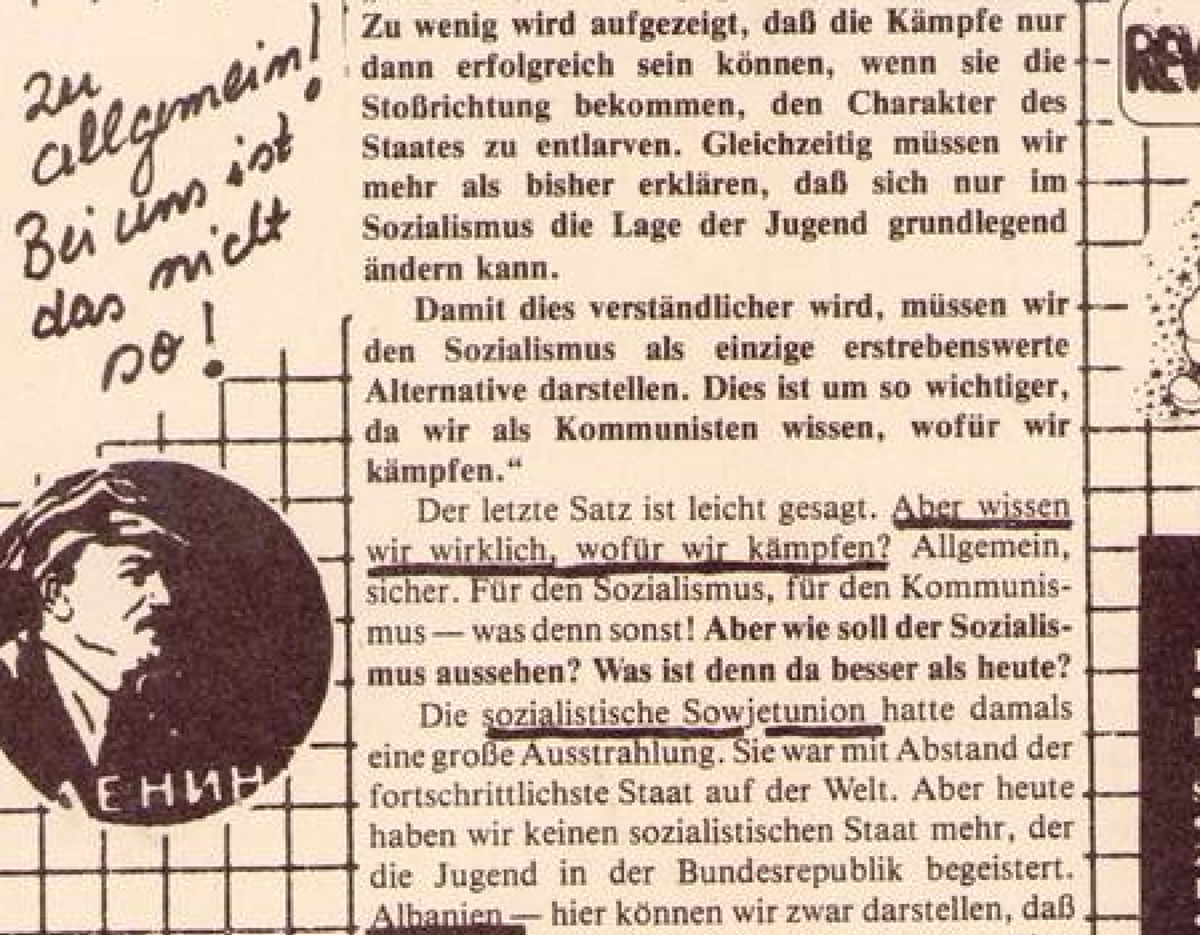
In einem Antrag auf dem II. Kongreß hießt es: **„Was fehlt, ist die Propagierung des Sozialismus. Zu wenig wird aufgezeigt, daß die Kämpfe nur dann erfolgreich sein können, wenn sie die Stoßrichtung bekommen, den Charakter des Staates zu entlarven. Gleichzeitig müssen wir mehr als bisher erklären, daß sich nur im Sozialismus die Lage der Jugend grundlegend ändern kann.**

Damit dies verständlicher wird, müssen wir den Sozialismus als einzige erstrebenswerte Alternative darstellen. Dies ist um so wichtiger, da wir als Kommunisten wissen, wofür wir kämpfen.“

Der letzte Satz ist leicht gesagt. Aber wissen wir wirklich, wofür wir kämpfen? Allgemein, sicher. Für den Sozialismus, für den Kommunismus — was denn sonst! **Aber wie soll der Sozialismus aussehen? Was ist denn da besser als heute?**

Die sozialistische Sowjetunion hatte damals eine große Ausstrahlung. Sie war mit Abstand der fortschrittlichste Staat auf der Welt. Aber heute haben wir keinen sozialistischen Staat mehr, der die Jugend in der Bundesrepublik begeistert. Albanien — hier können wir zwar darstellen, daß Sozialismus möglich ist, auch heute. Aber Albanien ist ein kleines Land, es gibt dort ganz andere Bedingungen als bei uns. Und der „reale Sozialismus“ wie in der DDR und der Sowjetunion schreckt die Jugend ab.

Wir wollen einen Sozialismus anders als in der DDR — aber wie soll der aussehen? Wir haben vor lauter Beteiligung an Aktionen unser Träumen von einer besseren Welt ganz schön eingestellt.



Sozialismus — das ist „in gewissem Sinne“ der Schritt des Menschen aus dem Tierreich heraus, schreibt Friedrich Engels in seinem Buch „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. **„Damit erst scheidet der Mensch endgültig aus dem Tierreich aus, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. (...) Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“**

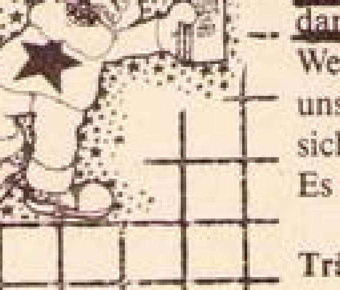
Werde Mensch — werde Sozialist! — Sozialismus, das ist Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, das ist Frieden! Alle Menschen werden gleich geboren, warum können sie nicht gleich nebeneinander leben und arbeiten? Sozialismus, das ist nicht nur eine Idee, das ist eine Notwendigkeit. Und Sozialismus ist Freiheit und keine preußische Zwangsjacke wie in der DDR.

Selbstverständlich: den Kapitalisten, den Mächtigen von heute nehmen wir die Freiheit. Wir schaffen das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Ursache für die Ungleichheit der Menschen ab. Doch dem Arbeiter, dem Jugendlichen, den Frauen, Ausländern und Kindern, die heute Unfreiheit, Unterdrückung und Ausbeutung ertragen müssen, gibt der Sozialismus Freiheit! — Gibt es da Streikrecht, Meinungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit? Kann man mit 14 von zu Hause ausziehen? Darf man das Land verlassen? Kann man Musikgruppen gründen und die Musik spielen, auf die man Bock hat? Gibt es Schülerzeitung ohne Zensur und vorherige Genehmigung? Auch dann, wenn sie nicht der Parteilinie entspricht? — **Aber Hallo! Die Freiheiten und Rechte, die wir uns hier trotz „tierischer Daseinsbedingungen“ erkämpft haben, sind im Sozialismus Selbstverständlichkeiten.** Oder etwa nicht?

Mehr noch! Wenn Engels vom Tierreich spricht, dann meint er damit nicht nur die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Sie werden in der Revolution zerschlagen. Das ist der Anfang, aber nicht das Ende. Engels stellt alles, was der Kapitalismus hervorgebracht hat, in Frage. Er fordert die revolutionäre Erneuerung in allen Bereichen des gesellschaftlichen und menschlichen Zusammenlebens.

Wir wird diese neue Welt aussehen? Gibt es einen Staat, eine Regierung? Gesetze? Wie stellen wir uns unsere Freiheit vor? Was darf man, was alles nicht? Welche Rechte haben wir? Pflichten? Ist Hasch verboten? Wie sehen die Räte aus, die da regieren sollen? Wie werden sie von den Wählern kontrolliert? Gibt es mehrere Parteien? Welche Rolle spielt die kommunistische Partei? Gibt es die Kirche noch? Wie ist das mit der Religion? Welche Rolle spielt die Familie? Gibt es sie überhaupt noch? Wie sieht unser Zusammenleben aus? Wo wohnen wir? In Jugendkommunen? Wie ist es mit der Hausarbeit? Wer erzieht die Kinder? Wie werden sie erzogen? Wie ist das mit der Kultur und Kunst? Wie sieht die Ausbildung aus? Gibt es Lehrer und Meister? Welche Rolle spielen sie? Gibt es Zensuren? Wenn wir jetzt schon die 35-Stunden-Woche fordern, gibt es dann die 30- oder 25-Stunden-Woche? Was machen wir mit der neuen Technik? Brauchen wir Mikroprozessoren? Wofür? Gibt es Großbetriebe oder nur kleine Kollektive? Selbstverwaltung oder Verstaatlichung? Was ist sinnvolle Arbeit, was nicht? Wie regeln wir das, wenn einer sozialistisches Eigentum klaut? Gibt es Knäste? Wie beseitigen wir jegliche Bürokratie? Was macht der sozialistische Staat für den Frieden? Hat er Atomwaffen? Eine Armee? Polizei? Hat dann jeder eine Knarre und Munition zu Hause? Welche Rolle spielt die Jugend? Wie können wir unsere Ideen und Meinungen verwirklichen und sicherstellen, daß uns niemand bevormundet? ... Es gibt bestimmt noch mehr Fragen!

Was sagte Lenin doch? „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen!“



Ablauf des Kongresses:

Freitag, 20. Mai:
- Abends Anreise der Delegierten

Samstag, 21. Mai:
- Tätigkeitsbericht der Zentralen Leitung — Diskussion
- Diskussion der Anträge
- Arbeitsgruppen zu den Themen: Arbeitslosigkeit, Berufsausbildung, Frieden, Ausländerfeindlichkeit, Polizei- und Überwachungsstaat, Mädchen
- Abends: Kongreß-Fete

Sonntag, 22. Mai:
- Fortsetzung der Arbeitsgruppen
- Sozialismus — kurzes Referat im Plenum, anschließend Arbeitsgruppen
- Abends: Kongreß-Fete

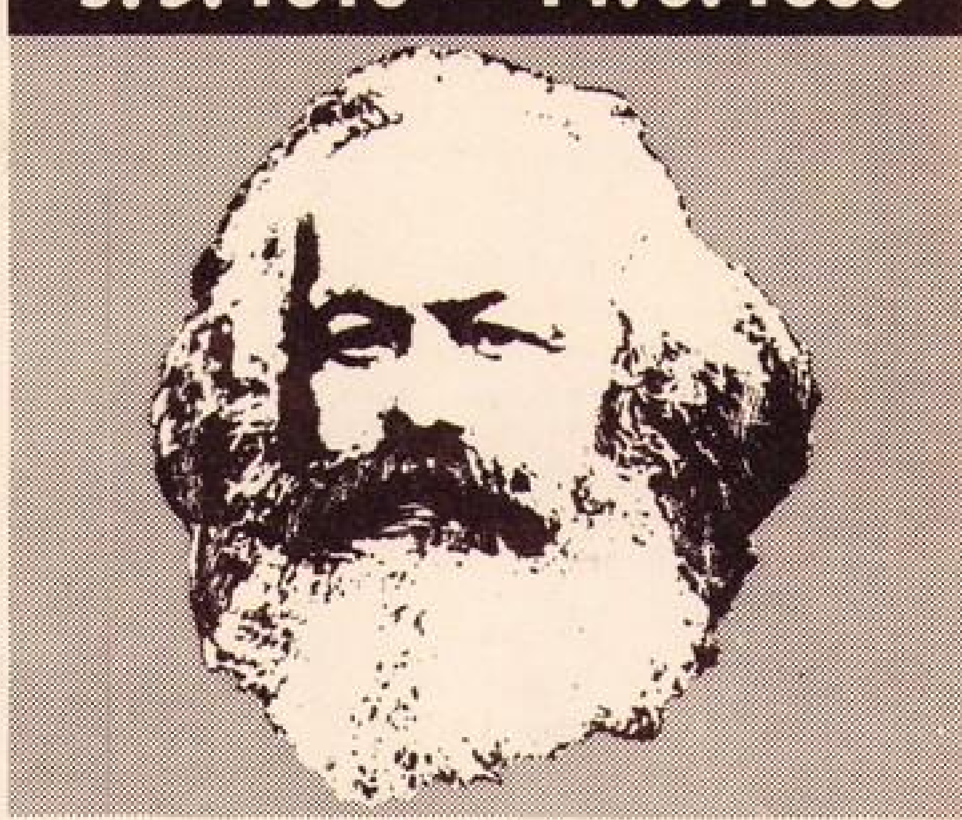
Montag, 23. Mai:
- Fortsetzung der Arbeitsgruppen zum Thema Sozialismus
- Anschließend Wahl der Zentralen Leitung

Ca. 16.00 Uhr — Schluß des Kongresses

Anträge:
Antragschluß ist auf dem Kongreß. Schickt aber bitte möglichst viele Anträge schon vorher, damit sie kopiert und den Delegierten zugestellt werden können.

Texte zum Karl-Marx-Jahr

KARL MARX
5. 5. 1818 — 14. 3. 1883



Einige Andeutungen über den Gang meiner politisch-ökonomischen Studien

Ich betrachte das System der bürgerlichen Ökonomie in dieser Reihenfolge: *Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit; Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt.* Unter den drei ersten Rubriken untersuche ich die ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen, worin die moderne bürgerliche Gesellschaft zerfällt; der Zusammenhang der drei andern Rubriken springt in die Augen. Die erste Abteilung des ersten Buchs, das vom Kapital handelt, besteht aus folgenden* Kapiteln: 1. die Ware; 2. das Geld oder die einfache Zirkulation; 3. das Kapital im allgemeinen. Die zwei ersten Kapitel bilden den Inhalt des vorliegenden Heftes. Das Gesamtmaterial liegt vor mir in Form von Monographien, die in weit auseinanderliegenden Perioden zu eigner Selbstverständigung, nicht für den Druck niedergeschrieben wurden und deren zusammenhängende Verarbeitung nach dem angegebenen Plan von äußern Umständen abhängen wird.

Eine allgemeine Einleitung, die ich hingeworfen hatte, unterdrücke ich, weil mir bei näherem Nachdenken jede Vorwegnahme erst zu beweisender Resultate störend scheint und der Leser, der mir überhaupt folgen will, sich entschließen muß, von dem einzelnen zum allgemeinen aufzusteigen. Einige Andeutungen über den Gang meiner eignen politisch-ökonomischen Studien mögen dagegen hier am Platz scheinen.

Mein Fachstudium war das der Jurisprudenz, die ich jedoch nur als untergeordnete Disziplin neben Philosophie und Geschichte betrieb. Um Jahre 1842/43, als Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, kam ich zuerst in die Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mitsprechen zu müssen. Die Verhandlungen des Rheinischen Landtags über Holzdiebstahl und Parzellierung des Grundeigentums, die amtliche Polemik, die Herr von Schaper, damals Oberpräsident der Rheinprovinz, mit der „Rheinischen Zeitung“ über die Zustände der Moselbauern eröffnete, Debatten endlich über Freihandel und Schutzzoll, gaben die ersten Anlässe zu meiner Beschäftigung mit ökonomischen Fragen. Andererseits hatte zu jener Zeit, wo der gute Wille „weiterzugehen“ Sachkenntnis vielfach aufwog, ein schwach philosophisch gefärbtes Echo des französischen Sozialismus und Kommunismus sich in der „Rheinischen Zeitung“ hörbar gemacht. Ich erklärte mich gegen diese Stümperei, gestand aber zugleich in einer Kontroverse mit der „Allgemeinen Augsburger Zeitung“ rund heraus, daß meine bisherigen Studien mir nicht erlaubten, irgendein Urteil über den Inhalt der französischen Richtungen selbst zu wagen. Ich ergriff vielmehr begierig die Illusion der Geranten der „Rheinischen Zeitung“, die durch schwächere Haltung des Blattes das über es gefällte Todesurteil rückgängig machen zu können glaubten, um mich von der öffentlichen Bühne in die Studierstube zurückzuziehn.

Die erste Arbeit, unternommen zur Lösung der Zweifel, die mich bestürmten, war eine kritische Revision der Hegelschen Rechtsphilosophie, eine Arbeit, wovon die Einleitung in den 1844 in Paris herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ erschien. Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen „bürgerliche Gesellschaft“ zusammenfaßt, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei. Die Erforschung der letztern, die ich in Paris begann, setzte ich fort zu Brüssel, wohin ich infolge eines Ausweisungsbefehls des Herrn Guizot übergewandert war. Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künsterlischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.



Friedrich Engels, mit dem ich seit dem Erscheinen seiner genialen Skizze zur Kritik der ökonomischen Kategorien (in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“) einen steten schriftlichen Ideenaustausch unterhielt, war auf anderm Wege (vergleiche seine „Lage der arbeitenden Klasse in England“) mit mir zu demselben Resultat gelangt, und als er sich im Frühling 1845 ebenfalls in Brüssel niederließ, beschlossen wir, den Gegensatz unsrer Ansicht gegen die ideologische der deutschen Philosophie gemeinschaftlich auszuarbeiten, in der Tat mit unserm ehemaligen philosophischen Gewissen abzurechnen. Der Vorsatz ward ausgeführt in der Form einer Kritik der nachhegelschen Philosophie. Das Manuskript, zwei starke Oktavbände (1), war längst an seinem Verlagsort in Westfalen angelangt, als wir die Nachricht erhielten, daß veränderte Umstände den Druck nicht erlaubten. Wir überließen das Manuskript der nagenden Kritik der Mäuse um so williger, als wir unsern Hauptzweck erreicht hatten — Selbstverständigung. Von den zerstreuten Arbeiten, worin wir damals nach der einen oder anderen Seite hin unsre Ansichten dem Publikum vorlegten, erwähne ich nur das von Engels und mir gemeinschaftlich verfaßte „Manifest der Kommunistischen Partei“ und einen von mir veröffentlichten „Discours sur le libre échange“ (2). Die entscheidenden Punkte unsrer Ansicht wurdenm zuerst wissenschaftlich, wenn auch nur polemisch, angedeutet in meiner 1847 herausgegebenen und gegen Proudhon gerichteten Schrift „Misère de la philosophie etc.“ (3). Eine deutsch geschriebene Abhandlung über die „Lohnarbeit“, worin ich meine über diesen Gegenstand im Brüsseler Deutschen Arbeiterverein gehaltenen Vorträge zusammenflocht, wurde im Druck unterbrochen durch die Februarrevolution und meine infolge derselben stattfindende gewaltsame Entfernung aus Belgien.

Die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ 1848 und 1849 und die später erfolgten Ereignisse unterbrachen meine ökonomischen Studien, die erst im Jahr 1850 in London wiederaufgenommen werden konnten. Das ungeheure Material für Geschichte der politischen Ökonomie, das im British Museum aufgehäuft ist, der günstige Standpunkt, den London für die Beobachtung der bürgerlichen Gesellschaft gewährt, endlich das neue Entwicklungsstadium, worin letztere mit der Entdeckung des kalifornischen und australischen Goldes einzutreten schien, bestimmten mich, ganz von vorn wieder anzufangen und mich durch das neue Material kritisch durchzuarbeiten. Diese Studien führten teils von selbst in scheinbar gar abliegende Disziplinen, in denen ich kürzer oder länger verweilen mußte. Namentlich aber wurde die mir zu Gebot stehende Zeit geschmälert durch die gebieterische Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit. Meine nun achtjährige Mitarbeit an der ersten englisch-amerikanischen Zeitung, der „New York Tribune“, machte, da ich mit eigentlicher Zeitungskorrespondenz mich nur ausnahmsweise befasse, eine außerordentliche Zersplitterung der Studien nötig. Indes bildeten Artikel über auffallende ökonomische Ereignisse in England und auf dem Kontinent einen so bedeutenden Teil meiner Beiträge, daß ich genötigt ward, mich mit praktischen Details vertraut zu machen, die außerhalb des Bereichs der eigentlichen Wissenschaft der politischen Ökonomie liegen.

Diese Skizze über den Gang meiner Studien im Gebiet der politischen Ökonomie soll nur beweisen, daß meine Ansichten, wie man sie immer beurteilen mag und wie wenig sie mit den interessierten Vorurteilen der herrschenden Klassen übereinstimmen, das Ergebnis gewissenhafter und langjähriger Forschung sind. Bei dem Eingang in die Wissenschaft aber, wie beim Eingang in die Hölle, muß die Forderung gestellt werden:

„Qui si convien lasciare ogni sospetto
Ogni viltà convien che qui sia morta.“ (4)

London, im Januar 1859
Karl Marx

---

(1) Gemeint ist „Die Deutsche Ideologie“ von Karl Marx und Friedrich Engels. *Die Red.*
(2) „Rede über den Freihandel“.
(3) „Das Elend der Philosophie“. *Die Red.*
(4) Hier mußt du allen Zweifelmut ertöten,
Hier ziemt sich keine Zagheit fürderhin.
(Dante, „Göttliche Komödie“) *Die Red.*

Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, Berlin 1859.
Nach: Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 336 - 340.

Erklärung des „Informationsbüro Nicaragua" e. V.

Zur aktuellen Situation in Nicaragua

Die folgend abgedruckte Erklärung des Informationsbüros Nicaragua wurde uns mit einem Begleitbrief am 11. April zugesandt. Wir denken, daß sie für unsere Leser aus mehreren Gründen interessant sein dürfte: Einmal, weil nach dem Aufruf im letzten „Roten Morgen", sich am Solidaritätstag zu beteiligen, verschiedene Anfragen eingingen, die mehr wissen wollten über diese Aktion, zu der dieses Informationsbüro aufgerufen hat. Zum anderen aber auch, weil hier sowohl die Entwicklung der Politik der USA gegenüber der sandinistischen Revolution zusammengefaßt wird, als auch die veränderte Politik der Bundesregierung nachgewiesen wird — eine Änderung, die fatal an die Haltung zum amerikanischen Überfallkrieg auf Indochina erinnert...

Die Agression gegen Nicaragua, die von den USA aus gesteuerte Destabilisierungspolitik, hat in den letzten Tagen und Wochen eine neue Qualität erreicht: Zum ersten Mal stehen anti-sandinistische Truppen so weit im Landesinnern, zum ersten Mal in solch großer Anzahl.

Zwischen Mitte und Ende März operierten Einheiten der Fuerzas Democraticas Nicaraguenses (FDN), die sich aus ehemaligen Angehörigen der Nationalgarde Somozas und von der Opposition angeworbenen und in den USA ausgebildeten Söldnern rekrutieren, in dem Gebiet zwischen der nicaraguanisch-honduranischen Grenze und Matagalpa. Sie gelangten bis ungefähr 120 km vor Managua, einzelne Gruppen sogar bis Boaca hinunter. Unzweifelhaft ist, was Junta-Mitglied Sergio Ramirez berichtet: Die Trupps sind bestens ausgerüstet mit Waffen aus den USA, sie werden direkt von dort koordiniert und erhalten volle logistische Unterstützung der honduranischen Armee.

Dies bestätigen auch die eindeutig die Presseberichte der letzten Zeit. Das US-Nachrichtenmagazin „Time" meldet in der Ausgabe vom 4. April, daß es drei verschiedene militärische Stäbe gibt, die gemeinsam die Destabilisierung von Honduras aus betreiben und die von US-Botschafter Negroponte in Honduras koordiniert würden. Einer dieser Stäbe bestehe exclusiv aus Nordamerikanern, ein zweiter aus Angehörigen der honduranischen Armee und der dritte aus ehemaligen hohen Offizieren der Nationalgarde Somozas. Die USA halten außerdem einen mit 50 Militärs besetzten und für die logistische Unterstützung der Angriffe überaus wichtigen Kommunikationsstützpunkt an der nicaraguanischen Grenze. Das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" meldet, daß die US-Regierung dem CIA aus dem nicht genehmigungspflichtigen Sonderfond des Präsidenten nicht nur 19 Millionen Dollar für Maßnahmen der Destabilisierung, sondern 31 Millionen zur Verfügung gestellt hat. Auch die „New York Times" hat die direkte Beteiligung der US-Regierung an den Aktionen gegen Nicaragua mit verschiedenen Beweisen belegt.

Die neue Qualität der Aktionen gegen Nicaragua zeigt sich militärisch auch in der verstärkten Aktivität anti-sandinistischer Kräfte, die sich in Costa Rica sammelten, so die Gruppe um Eden Pastora und Alfonso Robelo. Und es ist auch eine neue Qualität, daß sich die Fuerzas Democraticas Nicaraguenses (FDN) als oppositionelle Organisation im Ausland mit starkem Anteil somozistischer Kräfte, jetzt als der politische Kopf der militärischen Aktionen zu erkennen gibt. Das deutet auf Fortschritte der USA bei der Einigung der verschiedenen Oppositionsgruppen hin. Die FDN äußerte auf einer Pressekonferenz in Bonn, die von der CSU nahestehenden „Internationalen Arbeitsgemeinschaft ‚Freiheit und Demokratie'" organisiert wurde, daß die sandinistische Regierung spätestens in einem halben Jahr hinweggefegt sein würde. Diese diplomatischen Manöver, die zum Beispiel auch die Überlegung beinhalten, eine Exilregierung auszurufen, im Zusammenhang mit der militärischen „Befreiung" einzelner Gebiete in Nicaragua, haben das Ziel, die massiven Aktionen gegen Nicaragua in der Weltöffentlichkeit aufzuwerten und die Konterrevolution mit einer fiktiven „Massenbasis" zu versehen.

Für die Konterrevolution ist die Destabilisierung auch eine Zeitfrage. Denn in der Tat zeichnen sich deutliche Erfolge der sandinistischen Politik ab: Im Bereich des Erziehungswesens, im Gesundheitssektor, in der Agrarreform, in der Neuordnung der Verwaltung durch Regionalisierung, im gesamten sozialen Bereich sind trotz ausländischer Boykottmaßnahmen und trotz unvorhergesehener Naturkatastrophen bedeutende Fortschritte erzielt worden. Diese Beispielhaftigkeit der neuen Politik für das Volk von Nicaragua und die Völker anderer lateinamerikanischer Länder kann nicht im Interesse der USA und der rechten Diktatoren sein.

Die Strategie der Mittelamerika-Politik Reagans wurde bereits vor seiner Wahl von der ultrakonservativen Heritage-Stiftung entwickelt. Die heutigen Berater Reagans fordern die Rückkehr zu einer „traditionellen Sicht Mittelamerikas". Dies erfordere die „Beseitigung von Managua". Es wird für einen wirtschaftlichen Boykott Nicaraguas plädiert, denn „die Unterstützung des Volkes für den Sturz der sandinistischen Regierung kann in dem Maße wachsen, in dem sich die ökonomischen Probleme weiterentwickeln". Heute wird Nicaragua auf wirtschaftlicher Ebene stranguliert durch Kreditsperren, Lieferstopp für Ersatzteile, Verknappung von Importgütern und Grundnahrungsmitteln und ähnliche Maßnahmen.

Allerdings setzt man nicht allein auf das Aushungern der Revolution, denn letztlich sei es nicht möglich, „die gegenwärtige kommunistische Regierung anders als durch militärische Aktionen zu verdrängen". Diese Überlegungen sind keine graue Theorie geblieben, sondern werden brutal in die Tat umgesetzt. Die letzten Ereignisse sind eine neue Eskalationsstufe in dieser Umsetzung.

Die Nicaraguaner erklären, daß sie die Lage militärisch unter Kontrolle haben. Das mag zutreffend sein, und man bräuchte sich keine allzugroßen Sorgen zu machen, würden den Aktivitäten der „Contras" nicht weitere Schritte auf dem Weg der langfristigen Destabilisierung folgen. Sie operieren vornehmlich in den nördlichen Regionen, die dafür relativ gute Voraussetzungen bieten. Die Grenzlage ermöglicht ihnen die überlebenswichtige logistische Unterstützung aus Honduras. Hinzu kommt, daß dieses Gebiet zu Zeiten Somozas ein bevorzugtes Rekrutierungsgebiet der Nationalgarde war. Viele der heutigen „Contras" stammen daher aus dieser Gegend und haben dort noch viele Angehörige. Zum anderen hat bei dem dort ansässigen kleinen und mittleren Bauerntum die Kooperationsbewegung wenig Fuß gefaßt. Die organisierte Beteiligung, zum Beispiel in der Kleinbauernvereinigung UNAG, an dem revolutionären Aufbauprozeß zu verhindern, ist denn auch eine der hervorstechendsten Ziele der anti-sandinistischen Aktivitäten. Die Mittel sind Terror und Mord; die Folge der Unsicherheit und Angst schlägt teilweise in Passivität gegenüber den Invasoren um.

Diese Option der anti-sandinistischen Kräfte und natürlich auch der USA spiegelt sich in den Äußerungen des Vertrauten von Alfonso Robelo, Alvaro Jerez, wider, der kürzlich sagte, daß die Voraussetzungen für die Befreiung noch nicht gegeben seien, und daß dies der Volksaufstand, nicht die Intervention von außen sein dürfe.

Eine zweite Ebene des langfristigen Destabilisierungsplanes ist die militärische Option durch Honduras, einen regionalen Konflikt vom Zaun zu brechen, in dessen Zusammenhang man auch die sandinistische Regierung eleminieren kann. Die honduranische Armee wurde vergangene Woche in Alarmbereitschaft versetzt, honduranische Armeeinheiten haben sich letztlich schon mehrfach direkt an Grenzverletzungen und -übergriffe beteiligt.

Gegen diese zweite Option wenden sich die Initiativen Nicaraguas in der internationalen Diplomatie und im Sicherheitsrat der UNO. Schon im Frühjahr 1982 präsentierte Nicaragua in der UNO einen ausführlichen Friedensplan, den die USA nicht akzeptierten. Auch jetzt weigern sie sich, die Gesprächsangebote der Nicaraguaner anzunehmen und verbieten dies auch der Marionettenregierung in Honduras. Vielmehr versuchen sie, die Problematik Nicaraguas in die Reagan'sche Ost-West-Weltsicht einzuordnen und dies in diesem Sinne auszunutzen.

Die neue Bundesregierung hat schon zu erkennen gegeben, daß sie sich der Politik Reagans auch in dieser Region der Welt anschließen will. So zu interpretieren sind jedenfalls die Aussagen zur neuen Außen- und Entwicklungspolitik, nach denen „dürfe Bonn keine Entwicklungspolitik im Gegensatz zu amerikanischen Interessen, zum Beispiel in Mittelamerika, führen, sondern müsse in Absprache mit Washington amerikanische Bemühungen ergänzen. Westliche Sicherheitsinteressen seien in Nicaragua ebenso wie in Berlin berührt." („Frankfurter Allgemeine" vom 22. März 1983) Deutlich wird die Wende in der Außenpolitik der BRD auch in dem Beitrag des bundesdeutschen Uno-Botschafters van Well in der Sicherheitsdebatte über Nicaragua am 29. März 1983. Er spricht davon, daß sich die Spannungen in der Region verringern werden, „sobald Nicaragua wieder zu einer glaubwürdigen Politik der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Achtung der Menschenrechte und demokratischer Institutionen findet." Welch eine groteske Verdrehung der Tatsachen: von der Glaubwürdigkeit Honduras und der USA kein Wort.

Die Friedenspolitik Nicaraguas in Zentralamerika und die Kriegspolitik der USA in dieser Region haben Bedeutung für die ganze Welt. Die von den USA gelenkte Invasion der anti-sandinistischen Kräfte zeigt eindeutig, welche Maßnahmen die Regierung Reagan bereit ist, zu ergreifen. Es besteht die Möglichkeit, daß sich mit der Eskalation der Destabilisierung Nicaraguas die Auseinandersetzung über einen regionalen Krieg zu einem weltweiten Konflikt ausweitet. So wie die Sicherheitspolitik der USA mit der geplanten Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II in Europa ein atomares Holocaust ins Kalkül zieht, so setzt sie ihre angeblichen Sicherheitsinteressen in Nicaragua bereits schon heute auf einer anderen Ebene mit militärischen Mitteln durch. Es gilt auch unserem eigenen Interesse, Nicaragua solidarisch zu unterstützen.

Selbstbestimmung und Frieden für Nicaragua

Die Destabilisierungspolitik gegen Nicaragua hat eine neue Dimension erreicht. Inzwischen ist der „geheime Krieg" gegen dieses Land eine offene Invasion USA-bezahlter und gelenkter anti-sandinistischer Banden geworden. Ihre Stützpunkte und Trainingslager liegen in Honduras, nahe der nicaraguanischen Grenze. Von dort werden die Einfälle in nicaraguanisches Gebiet militärisch und logistisch unterstützt, dieses sogar mit Hilfe der honduranischen Armee. Das Engagement der USA und ihres Büttels Honduras birgt die Gefahr der Eskalation zu einem regionalen Krieg und darüber hinaus eines weltweiten Konfliktes.

Der Versuch Nicaraguas einer selbstbestimmten Entwicklung, losgelöst von den Interessen der Supermächte eine sozial gerechte Gesellschaft zu schaffen, soll zerstört werden. Die Zerstörung dieses Beispiels nationaler und sozialer Emanzipation, auch für die anderen Länder dieser Region, beruht auf der Unterordnung der bestehenden Probleme in den Ost-West-Konflikt durch die USA.

Wir sind erzürnt über diese Politik und

- verurteilen auf das Schärfste die von den USA finanzierte und gelenkte Invasion anit-sandinistischer Banden in Nicaragua und jede Form interventionistischer Politik
- fordern die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland auf, sofort und ohne Vorbehalte diese Aggressionen zu verurteilen und eine, den nicaraguanischen Aufbau- und Entwicklungsprozeß stützende Außen- und Entwicklungspolitik zu betreiben
- setzen uns ein, für das Selbstbestimmungsrecht und den Frieden für die Völker Mittelamerikas und der ganzen Welt.

Als Unterzeichner werden unter anderen angeschrieben: Bernt Engelmann, Günther Wallraff, Gerhard Zwerenz, Wolf Biermann, Alfred Mechtesheimer, Carola Bloch, Rudolf Bahro, Peter Schneider, Gerhard Seyfried, Hartmut von Hentig, Dieter Senghaas, Lore Lorentz, Volker Schlöndorf, Udo Lindenberg, Clarita Müller-Plantenberg, Willy Brandt, Dr. Hertha Däubler-Gmelin, Heinrich Böll, Ingeborg Drewitz, Dr. Erhard Eppler, Max von der Grün, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Uwe Holtz, Gaby Gottwald, Kurt Marti, Dr. Klaus Lefringhausen, Curt Meyer-Clason, Ulf Miehe, Prof. Dr. Jürgen Moltmann, Karl Otto Mühl, Johann Baptist Metz, Ansgar Scriver, Antonio Skarmeta, Günter Grass, Prof. Dr. Dorothee Steffensky-Sölle, Kurt Scharf, Rudolf Otto Wiemer, Kai-Friedrich Schade, Andreas Zumach, Mossem Masserat, Norbert Greinacher, Theodor Schober, Oskar Lafontaine, Jo Leinen, Helga Schuchart, Heinrich Albertz, Georg Benz, Ilse Brusis ...

Spendenkonten
- für medizinische Hilfe: medico international Konto 1800 Stadtsparkasse Frankfurt
- für Informationsarbeit und allgemeinen Wiederaufbau: Informationsbüro Nicaragua e. V. Konto 976738 Stadtsparkasse Wuppertal

Weitere Informationen sind beim Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrichstraße 10, 5600 Wuppertal 1, Tel.: (0202) 440039 gegen Unkostenerstattung zu erhalten.

Pressekonferenz in Abu Dhabi

Fez war das letzte palästinensische Zugeständnis

Abu Iyyad: Kein Zurückweichen von Fez

Abu Dhabi, 11.4. (Wafa) Abu Iyyad, Mitglied des Zentralkomitees von Fateh, erklärte auf einer Pressekonferenz in Abu Dhabi zu den jüngsten palästinensisch-jordanischen Gesprächen: „Die Möglichkeit, die wir vertan haben, ist nicht die Reagan-Initiative, sondern die Schlacht im Libanon. Nach der Schlacht im Libanon gab es zwei Pläne — den von Reagan zum Zeitpunkt unseres Abzuges und eine Woche später den Fez-Plan. Um die arabische Unfähigkeit wissend, akzeptierten wir den Fez-Plan als eine Option, aber als wir in Fez waren, begünstigten einige Araber den Reagan-Plan, da der Fez-Plan ihrer Ansicht nach kein Mittel zur Durchsetzbarkeit bot, während demgegenüber der Reagan-Plan größere Chancen für eine Realisierung böte."

Abu Iyyad stellte fest, daß der Reagan-Plan „Autonomie aber kein Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser in der Westbank, jedoch für Israel" vorschlage. „Wir, die PLO, haben gezeigt, daß wir den Frieden und eine gerechte Lösung anstreben." In Jordanien sei zur Zeit eine Parole aufgekommen, die folgendermaßen laute: „Willst du das Land oder die PLO oder die PLO ohne Land?" Diese Vorstellung habe alle Treffen zwischen Arafat und König Hussein überschattet. Abu Iyyad erklärte weiter, daß in der letzten Woche von jordanischer Seite der Vorschlag gekommen sei, ein gemeinsames Kommunique zu unterzeichnen, das den Reagan-Plan und die Resolutionen 242 und 338 enthalten hätte. Diese hätten die Grundlage sein sollen für Verhandlungen einer jordanisch-palästinensischen Delegation ohne die PLO, aber mit derem Einverständnis. Die Verhandlungen sollten unter US-Auspizien auf der Basis eines Versprechens an Hussein durchgeführt werden, moralischen Druck auf Israel auszuüben. Weder Hussein noch irgend ein anderer arabischer Part könne versichern, daß diese Verhandlungen Früchte tragen würden. „Sie sind ein Sprung in die Dunkelheit", erklärte Abu Iyyad und fuhr fort: „Bei seinem letzten Treffen mit Hussein unterbreitete Arafat einen Diskussionsvorschlag. Dieser Plan sollte diskutiert und dann der palästinensischen Führung vorgelegt werden, aber das geschah nicht. Als Arafat dann zu einem Treffen mit der palästinensischen Führung und dem Zentralkomitee von Fateh zurückkehrte, verbesserten wir diesen Text. Ich sage hier, das, was uns in dieser Hinsicht unterscheidet, ist Demokratie. Diese Frage ist nicht eine persönliche, sondern die eines ganzen Volkes. Auf dieser Basis machten wir die Verbesserungen." Er betonte, kein patriotischer Palästinenser würde den Reagan-Plan akzeptieren.

Abu Iyyad erklärte, daß die PLO nunmehr die Erfüllung der Resolutionen von Fez wünsche. Die PLO begrüße jegliche arabische Gipfelkonferenz, aber nicht, um von Fez zurückzuweichen. Zu den zukünftigen Beziehungen mit Jordanien erklärte er: „Ich glaube nicht, daß das, was uns mit Jordanien verbindet, der Reagan-Plan ist, unsere Beziehungen sind viel solider als dieser Plan." Fez sei die letzte palästinensische Konzession gewesen. Die Resolutionen des Palästinensischen Nationalrats seien der gemeinsame Faktor für die nationale Einheit der Palästinenser.

Zur Ermordung von Dr. Sartawi erklärte Abu Iyyad: „Abu Nidals Operationen haben sich bisher gegen mehr als 12 Menschen gerichtet. Diese Morde sollen den reaktionären amerikanischen Zielen in dieser Region dienen. Jeder, der sagt, Israel hat Sartawi ermordet, ist im Recht, und jeder der sagt, daß Abu Nidal Sartawi getötet hat, hat ebenso Recht. In dieser Hinsicht gibt es keinen Widerspruch in palästinensischen Erklärungen. Falls Abu Nidal nicht existieren würde, würde Israel ihn erschaffen, und wir kennen das Ausmaß der Infiltration, das Israel nicht nur mit Abu Nidal geschaffen hat."

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Ansichten

Liebe Genossen, ich schreibe **meine Ansichten zu einigen Artikeln aus dem RM Nr. 14** nieder, ohne von euch eine Antwort zu erwarten. Freuen würde ich mich selbstverständlich über eine Antwort.

Seite 1 **Hunderttausende bei den Ostermärschen.**
Meiner Meinung nach wird die Nachrüstung nur bei Streikaktionen oder zumindest Belegschaftsdemonstrationen verhindert werden. Da dies nicht in Aussicht steht, kommt es zur Nachrüstung.

Trotzdem müssen wir diese Parole: Belegschaftsaktion (Gewerkschaftsaktion) gegen die Nachrüstung und nur diese Parole in die Friedensbewegung reintragen. Die Forderung nach Austritt aus der NATO davon unberührt — aber die Forderung kann auch **nur** durch Belegschafts/Gewerkschaftsaktion durchgesetzt werden. Entsprechend ist die laue Kritik an Wulf-Mathies falsch.

Sie muß frontal kritisiert werden, denn nur frontal gegen ihre Auffassung kann die Friedensbewegung größere Erfolge erringen.

Es ist auch falsch zu sagen „Der Erfolg (im Friedenskampf) sichert allerdings nur die kämpfende Bevölkerung, die auf ihre eigene Kraft vertraut". In der jetzigen Situation, ist die kämpfende Bevölkerung eine kleinbürgerliche außerbetriebliche Protestbewegung. Nur die Einbeziehung der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse in den Friedenskampf sichert Erfolge.

Seite 1 Sprangers Hetze
Genau so bringen Blockade- und ähnliche Aktionen nicht viel, außer wenn es ein Kampf der in der Nähe der militärischen Anlagen wohnenden Bevölkerung, und damit der dort lebenden Arbeiter und Bauern ist. Diese Einschätzung fehlt zugunsten einer neutral bis positiven Berichterstattung über diese Aktion.

Was nicht heißen soll, daß ich gegen solche Aktionen bin, wenn sich eine Gruppe von Menschen dazu entschlossen hat, aber unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, die Arbeiterklasse und arme Landbevölkerung in den Kampf zu führen und uns nicht an aussichtslosen Aktivitäten zu beteiligen.

Die Frage ist, was bringt mehr, eine Million Demonstranten auf einer Friedensdemo oder eine Arbeitsniederlegung der Belegschaften einer Branche, einiger Großbetriebe oder einer Region?

Schlußfolgerung: Im Mittelpunkt unserer Propaganda muß die Einbeziehung der Gewerkschaften und der Belegschaften in den Friedenskampf stehen und nicht die Erläuterung unserer Forderung nach einem NATO-Austritt.

H. aus Köln

Volkszählung

RM 14/83

Ich kenne zwar das gesamt KPD-FB zur Volkszählung nicht, aber zu den im RM abgedruckten Passagen ist mir einiges aufgefallen.
1.) Vorderseite des FBs: Es ist wohl realistischer davon auszugehen, daß die Volkszählung stattfindet, trotz Verfassungsklagen, Protesten etc. Also können wir sie kaum noch verhindern, aber alles daran setzen, dafür zu sorgen, daß das Ding ein Flop wird.
2.) Es wäre schön, wenn der RM als Zentralorgan der KPD die Volkszählung nicht nur kommentieren würde, sondern einen eigenen klaren Standpunkt hätte und daraus u.a. Aktionsformen entwickelte bzw. schon vorhandene konkret unterstützen würde.

Nach dem Artikel im RM 14 wüßte ich nicht, was richtigerweise zu machen wäre? Ganz boykottieren? Nur einen Teil der Fragen, nach eigenem Ermessen nicht beantworten? Oder etwa zwar dagegen sein, aber unter dem Druck der angedrohten Repressalien doch „zähneknirschend" ausfüllen? Und wenn die ganze Republik „zähneknirschend" ausfüllen würde, das wäre den Initiatoren der Volkszählung egal, Hauptsache, es wird ausgefüllt (freuen würden sich vielleicht die Zahnärzte).

Abgesehen von der wackeligen gesetzlichen Grundlage, auf der die Volkszählung basiert und somit juristische Einwände zuläßt, verfolgt sie ja handfeste politische und wirtschaftliche Ziele, die es notwendig machen, sich zu wehren. Etliche Daten über jeden von uns sind schon bekannt und beim Einwohnermeldeamt, Schule, Betrieb, Versicherungen etc. zu bekommen, also ist es überflüssig, diesbezügliche Fragen zu beantworten. Alle anderen Fragen gehen zu weit, werden also auch nicht beantwortet. Die einzige konsequente Form des Widerstandes, die es so breit wie möglich anzustreben gilt, ist der totale Boykott, um u.a. unser Nein zum Überwachungsstaat zu manifestieren!
3.) Ihr fordert auf: „Leisten wir Widerstand!" Wo sind bitte eure Vorschläge?
4.) Ihr seid ja mal wieder irre früh dran, wenn ihr am 16.4. mehr darüber berichten wollt, wie der gemeinsame Widerstand zu organisieren ist, und am 18.4. machen sich in allen Städten der BRD die ersten Zähler auf den Weg von Tür zu Tür.

Gruß
M. B. aus Düsseldorf

P.S.: Habe gerade „Panorama" bezüglich Beate Hasenjürgen gesehen. Denkt mal an PAISY, den neuen Personalausweis und was eh alles schon bekannt ist. — Alles klar?

Die Leiden des Jungen aus Werther

Zur „geballten" Kritik des Lesers J.S. aus Werther von 268 Zeilen im **RM Nr. 14** eine „geballte" Antwort von 29 Zeilen: Daß 98 Prozent der Studenten 1978 die KPD/ML nicht kannten, berührt mich kaum, genau so viele kannten Ernst Thälmann nicht.

Berührt hätte mich allerdings, wären es 98 Prozent der Hoesch- oder HDW-Kollegen gewesen. Nun, das war damals nicht der Fall und ist es heute, infolge der konsequenten Politik der KPD, die sich zu Recht ihr revolutionäres Getöse abschminkte, erst recht nicht. Und daß besagte Kollegen die KPD für eine Reformpartei, eine Partei der Klassenversöhnung halten könnten, glaubt J.S. ja wohl selbst nicht.

Und im übrigen: Wo hat die KPD „eine Einheitsfront mit der SPD als Partei" gefordert? Lügen werden auch dadurch nicht glaubwürdiger, daß man sie fett druckt. Mir scheint, der junge (oder auch ältere) Werther leidet an einer Krankheit, die man als revolutionäre Ungeduld oder auch Radikalinskikismus bezeichnet.

H.L. aus Hannover

Interesse

Liebe Genossen!

In „Radio Tirana", dem Sender unserer Vor- und Mitkämpfer für den wahren Sozialismus (nicht etwa den „real existierenden"), hörte ich am 9.4. einen Artikel aus dem „Roten Morgen", Zentralorgan der KPD, zum Thema: „Volkszählung — Volksaushorchung".

Diesen Artikel fand ich ausgezeichnet. Da der „Rote Morgen" das Zentralorgan der KPD ist und man somit die Meinung der KPD zu allen aktuell-politischen Themen erfährt und sich auf dieser Basis gute Diskussionen entwickeln, möchte ich den „Roten Morgen" abonnieren (von der hervorragenden politischen Einstellung mal ganz abgesehen).

Da ich ihn allerdings erst noch etwas genauer kennenlernen möchte, möchte ich euch bitten, mir den neuesten „Roten Morgen" als Probezeitung zu senden. Nach Erhalt überweise ich dann entweder den Einzel- oder den Abonnentenbetrag.

Tja, dann bis zum nächsten Brief; und — trotz 6. März — „Wer wird denn gleich in die Luft gehen?!" Also, weiter so mit eurer hervorragenden Arbeit, ich werde mich, wo möglich, daran beteiligen.

C. D. aus Hamburg

Leserbriefe

stellen natürlich, wie der Name sagt, die Meinung des Lesers dar. Wir halten es für richtig, die politisch wichtigeren oder aus anderen Gründen interessanteren Leserbriefe abzudrucken (wobei wir uns das Recht auf Kürzung vorbehalten, es allerdings bisher nur einmal angewandten). Natürlich veröffentlichen wir solche Briefe auch dann, wenn sie nicht unserer Meinung entsprechen, weil dies auf jeden Fall der politischen Diskussion förderlich ist. Viele Leser haben uns nun des öfteren gefragt, warum wir keine Antworten dazu abdrucken. Nun, wenn es wirklich wichtig ist, oder wenn sich bei einem Problem eine Reihe Stoff angesammelt hat, tun wir das, aber als Ausnahme, weil wir der Meinung sind, daß sofort immer zu antworten (abgesehen davon, daß es manchmal schwierig ist) — öffentlich wohlgemerkt — weder für den Sinn dieser Seite noch für den Tatendrang der Leserbriefschreiber besonders gut wäre. **Allerdings antworten wir jedem Schreiber mit einem Brief der Redaktion. Wer Interesse an der Antwort auf einen bestimmten Brief hat, die nicht veröffentlicht wurde, kann sich bei der Redaktion eine Fotokopie des „allgemeinen Teils" bestellen.**

Marx-Veranstaltung in Köln

Aus Anlaß des 100. Todestages von Karl Marx organisierten die Kölner Genossen eine Gedenkveranstaltung. 33 Teilnehmer, darunter viele neue Gesichter, obwohl nicht übermäßig dafür geworben wurde, zeigten, daß hier ein Interesse besteht.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch zwei Vorträge: Der erste, der direkt Leben und Werk von Karl Marx würdigte und zusammenfassend darstellte, der zweite, der sich mit der aktuellen Bedeutung des Marxismus befaßte.

Der Vortrag über die Marxsche Aktualität umfaßte wiederum zwei Teile. Dabei wurde zuerst auf die heutige Lage eingegangen, auf die Entwicklung von Wirtschaftskrise, politischer Reaktion und den Widerstand der Arbeiter gegen diese kapitalistischen Angriffe. Der zweite Teil befaßte sich dementsprechend mit dem Ausweg aus dieser Lage, wie ihn der Marxismus zeigt. Daß die Arbeiterklasse selbst die Macht haben muß, wie Karl Marx die grundlegenden Bestandteile der Diktatur des Proletariats gesehen hat, vor allem am Beispiel der Pariser Kommune von 1871.

Daran schloß sich eine sehr aufführliche Diskussion an, die fast die gesamte Bandbreite aktueller Fragen umfaßte. Natürlich konnte dies alles nicht zu Ende diskutiert werden, dazu war der Rahmen einer solchen Veranstaltung viel zu klein.

Aufgeworfen und andiskutiert wurden beispielsweise Themen wie, ob nicht ohnehin eine „Freizeitgesellschaft" bevorstehe, in der fast nur noch Roboter arbeiten, wie eine gesellschaftliche Revolution zustande kommt, ob dies automatisch geschieht, was dazu getan werden kann oder muß, und in breitem Ausmaß wurde auch über den Sozialismus selbst gesprochen.

Ob der Übergang zum Kommunismus, zur Abschaffung des Staates konkret denkbar sei, war ebenso eine Frage, wie selbstverständlich immer wieder die nach einer Entartung des Sozialismus, wie man diese Gefahr verhindern kann, wo man deutlich merken konnte, daß die Zustände in den Staaten des „realen Sozialismus" viel Skepsis hervorrufen.

Die Fragen waren zahlreich und weitgehend, so daß die Kölner Genossen den Vorschlag machten, im Mai und Juni ein Seminar zu veranstalten, das sich mit diesen angesprochenen und noch weiteren Fragen beschäftigen soll.

Noch am Veranstaltungsabend meldeten sich 14 Teilnehmer für dieses Seminar, inzwischen sind es, ohne öffentliche Werbung dafür schon eine Reihe mehr, was ein weiterer Beweis für das Interesse an diesem Thema so grundsätzlicher Natur ist.

Abschließend erhielten die Teilnehmer einen kleinen Sonderdruck von Lenins „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus" um eine biographische Darstellung von Karl Marx selbst erweitert.

Für Leser im Raum Köln: Der 1. Termin dieses Seminars findet am Mittwoch, den 4. Mai um 19.00 Uhr in der Lesestube Neue Zeit (Marienstraße 37a, Köln-Ehrenfeld) statt.

Dort soll neben einer Themen- und Terminfestlegung für den weiteren Verlauf damit begonnen werden, über das Thema „Gibt es die Fabrik ohne Arbeiter?" zu diskutieren. Dazu soll die Schrift „Lohnarbeit und Kapital" von Karl Marx als Arbeitsunterlage dienen.

ZU FRÜH GEFREUT ?

Gestern, am 11. April, ist für uns die Schule ausgefallen, ausnahmsweise, wie Frau Kesenheimer ausdrücklich per Durchsage verlauten ließ. Der Grund dafür ist ein Besuch vom Oberschulamt, das in den letzten Wochen auch schon andere Schulen beehrt hat, um - und hier kann einem die Freude über den gestrigen Unterrichtsausfall vergehen - die Lehrer auf die neuen Werte und sonstigen Lehrplanänderungen einzuschwören.

Was das heißt, was das für jeden von uns zukünftig bedeutet, kann man an den Äußerungen Mayer-Vorfelders, des Kultusministers von Baden-Württemberg (CDU), festmachen:" Und wir sollten uns nicht bemühen das Hemd naßzuschwitzen, um mit den Punks und Freaks und was da herumläuft, in eine Diskussion zu kommen. Die sind nicht diskussionsbereit, wir Politiker waren es immer." (1)
Man sollte jedoch wegen so radikaler Ausdrücke nicht übersehen, wer mit dem abfälligen "was da herumläuft" alles gemeint ist: es genügt nämlich schon, zu einer Prüfung in Turnschuhen zu erscheinen, weil man damit die "Würde einer Prüfung" (1) verletzt. Ein Realschüler wurde wegen Turnschuhtragens von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen. (2)
Was heißt für Mayer-Vorfelder also "diskussionsbereit" ? Den Lehrern, Eltern und vor allem Schülern werden die neuen Lehrpläne einfach vorgelegt, ein eigentliches Widerspruchsrecht haben sie nicht, denn die entsprechenden Bücher sind bei den Schulbuchverlagen zu diesem Zeitpunkt schon im Druck.(2)
Auch Buchzensuren gehören zu Mayer-Vorfelders Diskussionsbereitschaft. Einen Heinrich Böll, Erich Fried oder Bert Brecht werden wir wohl bald nicht mehr in den Lesebüchern finden. Ein gut beurteiltes Lesebuch wurde deshalb nicht zugelassen, weil der Kraftausdruck "Arsch" darin vorkam. In dieselbe Reihe paßt die sogenannte "Friedenspädagogik", die erst gar keinen Freiraum für unterschiedliche Meinungen läßt, weil der Lehrer den Schülern die Notwendigkeit der Bundeswehr und der Zugehörigkeit zur NATO vermitteln muß.
Was das für uns Schüler heißt, kann man an einem Beispiel aus Bayern sehen: Eine Abitursfrage für Geschichte lautete im letzten Jahr, warum der Natodoppelbeschluß nötig sei. Er wurde also garnicht mehr in Frage gestellt, die Möglichkeit zu einer echten Stellungnahme war **bereits unmöglich.**

"In dieser Landesverfassung steht, wie die Jugend zu erziehen ist: In Ehrfurcht vor Gott, im Geist christlicher Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen, zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, in sittlicher und politische. Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlich demokratischer Gesinnung." (1)
So will uns Herr Mayer-Vorfelder erzogen sehen, in Ehrfurcht vor Gott, weil es in der Landesverfassung steht. Aber was ist mit dem Recht auf Religionsfreiheit, das uns im Grundgesetz zugestanden wird?
Leider nichts: Nachdem ein Lehrer in seiner Hochzeitsanzeige schrieb: "Fehlet der Pfaffensegen auch dabei, die Ehe ist gültig nicht minder", wurde er strafversetzt und bekam ein Disziplinarverfahren.

Dagegen wenden wir uns und wir wenden uns auch gegen eine Erziehung zum autoritätshörigen und unkritischen Menschen.

Wir wollen nicht den Zwecken irgendeiner Bundesregierung dienen, deshalb sind wir gegen die Abschaffung von Kritik an Institutionen und für die freie Meinungsäußerung.

DIE NEUE POLITIK IST GEGEN UNS SCHÜLER GERICHTET UND NICHT IN UNSEREM INTERESSE

Schülerprotest in Karlsruhe

Dem Brief liegt ein Flugblatt bei (siehe Kasten — RM), das wir, der Aktionsausschuß, am Dienstag, den 12. April, verteilt haben. Anschließend regten wir zu Diskussionen über unser Flugblatt und die Lehrplanveranstaltung am Vortage an. Außerdem hatten wir einige Stellschilder an den Eingängen zum Schulgelände aufgestellt und während der großen Pause zwei Transparente aus Klassenzimmern gehängt, die wir jedoch selber wieder abhängten, da es der Direktion unbemerkt blieb und wir nicht unnötig Ärger bekommen wollten. Ich glaube, diese Aktion hat sich gelohnt, sie verursachte relativ viel Aufsehen.

Dabei ernteten wir sowohl Zustimmung als auch solche Äußerungen wie „extremistisch". Natürlich soll es nicht beim Flugblattverteilen bleiben, und wir planen Veranstaltungen zu diesem Thema.

Ich dachte wir, daß es euch vielleicht interessieren würde, was Schüler gegen die verschärfte Politik der Bundesregierung unternehmen. Dann könnte ich euch ja weiterhin informieren. (Prima Idee. Danke! — RM)

Abschließend möchte ich noch erwähnen, daß unsere Kunstlehrer eine Resolution gegen die Lehrplanänderung in bezug auf Kunst unterschrieben haben, denn abgesehen vom Wegfall des Kunstunterrichts in der 9. Klasse soll Kunst in der 12. und 13. Klasse als Leistungskurs nur noch mit Mathematik als zweitem Leistungskurs kombinierbar sein, und das heißt: Es wird sich wohl kaum einer für diese Kombination und damit für Kunst finden.

Übrigens, der Aktionsausschuß ist eine zur Zeit aus elf Leuten bestehende Schülergruppe, die sich vor ca. anderthalb Jahren am Humboldt-Gymnasium in Karlsruhe gebildet hat, um auch solche Themen wie NATO-„Nachrüstungsbeschluß", drohende Kriegsgefahr oder eben die Wende in der Schulpolitik in die Schule zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen
C., Karlsruhe

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 16, 22 Nisan 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

KPD Delegasyonu Arnavutluk'u ziyaret etti

Arnavutluk Emek Partisi Merkez Komitesi'nin davetiyesi üzerine Ernst Aust yoldaş başkanlığında bir KPD delegasyonu Arnavutluk'u ziyaret etti. KPD delegasyonu orada, AEP Politbüro üyeleri ve Merkez Komitesi sekreterleri olan Ramiz Alia ve Simon Stefani yoldaşlarla ve AEP MK Yurtdışı Bürosu Müdürü Agim Popa yoldaşla görüştü. Görüşmelerde her iki tarafı ilgilendiren çeşitli sorunlar üzerine tartışıldı. Dostça bir hava içerisinde yapılan görüşmeler proletarya enternasyonalizmi ruhunun damgasını taşıyordular.

1 Mayıs çekişmeleri

Bonn'daki DGB örgütü Çalışma Bakanı Blühm'ün 1 Mayıs konuşmacısı olarak çağrılmasını reddetti. Buna karşılık Hıristiyan Demokrat İşçiler Birliği, CDA bakanlarla birlikte ayrı bir 1 Mayıs mitingi yapacaklarını açıkladılar. Öyleyse Bonn'da iki miting mi yapılacak? Bunun DGB'yi bölme adımlarının bir başlangıcı olduğunu söylüyor Kuzey Ren Westfalye basını.

Bonn'daki "DGB yöneticilerine", yeni kömür ocaklarının kapatılmasını ilkin talep eden Ren bölgesi CDU Başkanı Worms'u Marl'da yapılacak olan 1 Mayıs mitingine çağıran İGBE sendikası Başkanı Adolf Schmidt'in "uzak görüşlülüğü" karşı örnek olarak gösterilmektedir.

DGB şimdiye değin uyguladığı "hükümet 1 Mayıs"ları pratiği ile kendisini bu duruma getirdi. Eğer bugüne değin ülkenin bir çok yerinde sürekli bakanlar hükümetlerinin işçiler için 'eylemlerini' övme olanağı elde ettilerse, şimdi yeni hükümet de bu olanaktan faydalanmak istiyor.

Ve DGB, "demokratik seçimle başa gelen hükümete" karşı duramayacağını sık sık açıklamakla bu olumsuz duruma kendi kendini itti. Nitekim onun Bonn'daki hükümete karşı bir şey yapmak istemediğini, içinde bir çok genel tahlikeden bahsedilen, ama Bonn Hükümeti'nin politikasının tehlikeli olduğu üzerine hiç bir şey söylenmeyen 1 Mayıs çağrısı bir kez daha vurgulamaktadır.

Tüm bu gerçeklerden sonra, 1 Mayıs mitinglerinde hükümet temsilcilerinin konuşabilip konuşamayacakları, vs. üzerine formalite icabı bir tartışma başlatmaya çalışılırsa, bunda DGB bahsettiğimiz nedenlerden dolayı kötü bir mevzide bulunmaktadır.

Bugün onların konuşup konuşamayacakları üzerine formalite icabı bir tartışma sürdürmek yerine, işverenlerin saldırılarına ve bunu izleyen Bonn'daki önlemlere karşı direniş cephesini örgütleme sorunu gündemde duruyor. Ve onların konuşmalarını engelleme de bu çerçevede ele alınmalıdır. Nitekim işverenlerin saldırılarına ve hükümet politikasına karşı tavır almak isteyen DGB içindeki güçler bu adımlarında gerek DGB merkezi yönetimi, gerekse, örneğin İGBE yönetimi tarafından ve sağcı sosyal demokratlar tarafından engellenmekteler.

Diğer yandan işverenlere ve hükümete karşı tavır almak isteyen güçler, bilindiği gibi sendikaları bölmek isteyen güçler değildir. Bu görev her şeyden önce CDU'ya, özellikle de CSU'ya ve sendikal ihraçları sürdürenlere düşüyor. Soruna ancak bu şekilde yaklaşıldığında, yani ne Blühm ne Worms'ün ne de Jochen Vogel veya Helmut Schmidt'in konuşması kabul edilmediğinde doğrudur. Ancak buna rağmen ücretlerin dondurulmasını talep eden Blühm'ün özel bir sorunu oluşturduğunu kimse reddetmiyor.

BDA, yabancıların sayılarının derhal azaltılmasını talep ediyor

KÖLN. — Kuzey Ren Westfalye Ticaret ve Sanayi Odaları'ndan (İHK) sonra şimdi de Alman İşverenler Birliği, BDA hükümete bir rapor sunarak, yıllardan beri burada çalışan biz yabancıların "geri dönüşlerinin teşvik edilmesi için kesin bir politikanın izlenmesini" talep etti.

BDA'dan önce de, KRW İHK kuruluşu, eyalet hükümetine bir rapor sunarak yabancıların, özellikle de biz Türkiyelilerin sayılarının çok etkili bir şekilde azaltılmasını, çocukların ve eşlerin buraya getirilmesinin önlenmesini talep etmişti. Nitekim İHK'nın bu talebinden kısa bir süre sonra da Federal Hükümet 7 yıl içinde yabancıların sayısını 2 milyon azaltmak istediğini açıkladı. Ve onlar, bunu biz yabancılara çeşitli baskılar yaparak gerçekleştirmekte kararlı olduklarını söyleyecek kadar ileri gittiler.

Ancak görüldüğü gibi, Batı Alman kapitalistleri hükümetin biz yabancılara karşı şimdiye değin aldığı ve almak istediği önlemleri yeterli görmüyor, daha katı ve daha hızlı bir şekilde önlemlerin alınmasını, burada yaşayan biz yabancıların, özellikle çalışmayan aile fertlerinin ve işsiz kesimimizin derhal gönderilmesini talep ediyorlar. Biz yabancılara karşı alınmak istenen tüm önlemlerin, örneğin çoculara konulmak istenen 6 yaş sınırının derhal kanunlaştırılmasını, ilticacıların sayılarının derhal azaltılmasını vs. istiyorlar.

Çünkü onlar bugüne değin bizi sömürerek sırtımızdan muazzam kârlar edindikleri gibi, şimdi kriz döneminde de, bizim kazandığımız hakları kullanmadan geri göndererek ya da üç beş kuruşluk "teşvik primi" ile avutarak ek kârlar sağlamayı amaçlıyorlar.

Bu anlamda gerek hükümetin yabancı düşmanı politikasına gerekse işverenlerin saldırılarına karşı Alman ve yabancı işçilerin ortak mücadele sürdürmelerinin, omuz omuza direnişe geçmelerinin önemi daha da artıyor. Ve bugün yabancı düşmanlığına ve hükümetin yabancı düşmanı politikasına karşı mücadele, biz yabancıların eşit hakları elde etmesi uğruna mücadelesiyle bağı içerisinde ele alınmalı ve sendikaların eşit haklar uğruna taleplerimize sahip çıkmalarını sağlamalıyız.

ABD'nin yeni planları somutlaştırıldı:

Türkiye'de yeni NATO üsleri yapılmak isteniyor!

Bu hafta başında Amerikan Hükümeti kongrede resmi olarak, Türkiye'ye yapılan askeri yardımların hemen hemen iki katına çıkartılması önergisini verdi. Buna göre gelecekte her yıl faşist Kenan Evren'in birliklerinin teçhizatlandırılması için 750 milyon Dolar verilmesi öngörülüyor. Diğer yandan aynı anda Türkiye'de beş yeni Amerikan üssünün daha yapılması kararlaştırıldı.

Görüldüğü kadarıyla bu kararların ve önlemlerin alınmasında, Türkiye'deki iç durumun, Türkiye'yi artık kesinkes hem Orta Doğu hem de ABD birliklerine karşı hala güvenilmeyen Yunan kitle hareketinin olduğu Güney Avrupa bölümü için NATO'nun ileri karakolu yapmada hiç bir sınır ve engelle karşılaşmayacak kadar ABD'nin anlamında sağlamlaşmış olduğundan hareket edilmektedir.

Sözüm ona askeri yardımın yükseltilmesi ile ABD — toplam olarak verilen 'yardımları' ele aldığımızda — şimdiye değin ana finansman olan Federal Almanya'yı geride bırakmaktadır. Kenan Evren faşist cuntasının Türkiye'de baskınlar düzenlemesi, işkence yapması, basına sansür koyması, toplu idam kararları vermesi, askeri mahkeme hükümlerinin sürmesi, grev ve sendikaların yasaklanmış olması Reagan'i ne ilgilendirir ki? Batı Bloğu'na dahil olan diğer ülkelerde olduğu gibi buradaki gelişmeler de Amerikan Hükümeti'ni ilgilendirmemektedir. Hatta Batı Avrupa'da faşist Evren cuntasına yoğun eleştirilerin yöneltilmesi, bu ülkelerdeki hükümetlerin sürekli sözümona "demokratikleşme" vs. gibi manevralara başvurma zorunda kalmaları da Reagan Hükümetini ilgilendirmiyor. Faşistlerin silahlandırılması, silahlanma Reagan Hükümeti için karanlık bir nokta değil, tam tersine izlediği politikanın bölünmez bir parçasıdır.

Federal Hükümet şimdiye değin olduğu gibi, ABD Hükümeti'nin bu adımını da selamladı ve Türkiye'deki faşist cuntanın daha da güçlendirilmesine gelecekte de katılmak istemektedir. Federal Hükümet'in faşist cuntaya tüm yardımlarının durdurulması talebinin şimdi gür bir şekilde vurgulanmasının ve bu doğrultuda mücadele sürdürülmesinin önemi daha da gereklidir. Çünkü yapılan yardımlarla bir yandan faşist cuntanın saltanatı tamamen sağlama alınmak istenirken, diğer yandan ise Türkiye Sovyetler Birliği'ne, her şeyden önce de Orta Doğu'ya karşı NATO'nun ve onun başını çeken ABD emperyalizminin saldırgan politikasının sağlam bir ileri karakoluna dönüştürülmek isteniyor.

Hamburg'ta eylem günü

Türkiye'de bir maden katliamı daha

9 işçi öldü, 6'sı yaralandı

Ereğli'nin Armutçuk kömür üretim bölgesindeki Kandilli Ocağı'nda meydana gelen ve 103 işçinin hayatını yitirmesi ve 86 işçinin yaralanması ile sonuçlanan grizu patlamasının ardından kısa bir süre geçmeden bir yenisi onu izledi: İhsaniye Ocağı'nda meydana gelen grizu patlamasında 9 işçi öldü, 6 işçi ise ağır yaralandı.

Bu grizu patlamasından tam 35 gün önce de Kandilli ocağında grizu patlaması meydana gelmişti. Daha eski patlama üzerine sözümona soruşturmalar, bilirkişi raporları üzerine tartışmalar devam ederken, 12 Mart'ta Zonguldak'ın Kozlu üretim bölgesine bağlı İhsaniye Ocağı'nda bir yeni grizu patlaması daha oldu. Bu patlamada da 9 maden işçisi hayatını yitirdi, 6'sı ise ağır yaralandı.

Şimdiye değin Zonguldak kömük havzası Kozlu üretim bölgesinde 22 kaza meydana gelmesine ve bu kazalarda toplam olarak 312 işçi hayatını yitirmesine, 38 bin 34 işçi yaralanmasına rağmen, Türkiye'deki yetkililer hiç bir koruma önlemi almadılar. Bırakalım eski grizu patlaması olaylarının ardından maden ocaklarında güvenlik önlemleri almalarını bir yana, son grizu patlamasından bu yana bile maden ocaklarında koruma önlemlerini yoğunlaştırmadılar. Gerek maden işverenleri gerekse de hükümet yetkilileri patlamaların tüm sorumluluğu işçilerin üzerine yıkarak ya da göstermelik önlem alma çabalarına girişerek sorunu geçiştirmeye çalışmaktalar.

Çünkü maden patronlarını ilgilendiren şey, işçilerin can güvenliği ve sıhhatlerinin korunması vs. değil, tam tersine onları dün olduğu gibi bugün de ilgilendiren bir tek şey, kârlarının garanti edilmesidir. Ve onlar bu kârları uğruna gerekirse işçileri ölüme de koşturmaktalar. Şu an ise faşist cunta da onların bu isteklerinin bekçiliğini yapıyor.

16 Nisan Cumartesi günü Hamburg'ta düzenlenen eylem gününün merkezinde, HDW personelinin yönetimin "planına" karşı mücadelesi bulunuyordu. Bununla ilintili olarak, tüm bu direnişi, 21 Nisan'da yapılması öngörülen sözümona tersane konferansına yöneltmek isteyen İG Metall ve SPD içindeki güçlerin işinin umdukları gibi basit olmayacağı açığa çıktı. Hamburg belediye Başkanı Dohnanyi miting alanında konuşma yaptığında, konuşması eyleme katılanlar tarafından ıslık tufanına tutuldu. Ve onun konuşmasını ıslık tufanına tutanlar yalnızca örgütlü bulunan solcular değildi. Görüldüğü kadarıyla bugüne değin tersane politikasını birlikte biçimlendiren bu baylardan bağımsız olarak mücadeleyi sürdürme eğiliminin ve politikacıları gerekli önlemleri almaya zorlamanın bir çokları tarafından kavrandığı söz konusudur.



Tersane sanayisinin devletleştirilmesi talebi üzerine

HDW patronları Bonn'daki koyu koalisyonun seçimi kazanmasının hemen ardından, işyerlerini yok etme planlarını piyasaya sürdüler. Bu planlara karşı mücadele için partimiz KPD diğer şeylerin yanı sıra HDW'nin devletleştirilmesi talebini ileri sürdü. Ancak bu talebin ileri sürülmesinden sonra kimileri HDW'nin zaten devletleştirilmiş olduğunu ve bunun bir şey getirmeyeceğini söylediler.

Kuşkusuz ki, ileri sürülen bu tanıtın, tersane işçilerinin işyerlerini koruma mücadelesinin izlemesi gereken yol tartışıldığında gözönünde bulundurulması gerekir. Ne var ki, bu tersanenin devletleştirilmesine karşı bir talep değildir.

Elbette HDW "devletleştirilmiştir". Ama bu devletleştirmenin tipik bir kapitalist biçimidir. Ve bu tamda büyük sermayenin istediği bir eylem biçimidir. "Yani zararların kamulaştırılması, kârların ise bireysel mal edinilmesi." Böylesi durumlarda bu tür biçimler şimdiye değin defalarca söz konusuydu.

Kaba bir deyimle söyleyecek olursak, HDW tersanesi diğer tersaneler için hurda malzemelerin atılacağı alan olarak hizmet etmektedir. Bunun için en iyi örnek HDW Hamburg'-tur. Aynı para için, yani vergi paralarından bir yandan HDW'de rasyonalleştirilirken, diğer yandan ise aynı işletmenin tamirat bölümünde, Blohm u. Voss'ta kapasite genişletilmektedir.

Görüldüğü gibi bu gelişme, bu tür kapitalist kriz branşlarında, tüm branşın, tüm kısımlarının devletleştirilmesini talep etmenin gerekli olduğunun en açık ispatıdır. Yoksa her zaman böylesi branşlarda bu tür bir gelişme söz konusu olacaktır.

Ancak, yalnızca devletleştirme talebi değil, aynı zamanda bu talebi tamamlayarak, doğrulayarak, karşı tarafın hareket alanını daraltmak ya da tamamen elinden almak için işyeri garantisi ve çalışma saatinin kısaltılması talepleri vs.'de birlikte ileri sürülmelidir.

İşçilerin ve memurların gelişmeler üzerine etkilerini genişletmek ve garantilemek için personel için denetleme talebini ileri sürmenin de bu talebe dahil olduğu açığa çıkmaktadır.

Bazı solcuların bu talebe karşı söyledikleri bir tarafa bırakarak, sorunu somuta indirgediğimizde, yani kapitalistlere indirgediğimizde, onların çelik sanayisinde olduğu gibi üste ele aldığımız anlamda bir devletleştirmenin karşısında oldukları görülür.

Ayrıca tersanenin özel sahipleri, Hamburg SPD senatosunun 21 Nisan'da yapmak istediği tersane konferansını kesinleşmiş gerçeklerle karşı karşıya koyacak kadar ileri gittiler ki, SPD tarafından işyerlerinin yoğun bir şekilde yok edilmesi planına karşı en iyi durumda oldukça frenlenmiş bir direniş beklenebilir.

Onların tersanelerin onarılması planları eskidir. Bunlar 1970'de yapılan resmi tersane araştırmalarının tarihini taşımaktadır ve bu bugüne "aktarılmıştır." Bonn'daki dönüşüm böylesi işveren planlarını teşvik etmektedir. Çünkü şimdiye değin çelik sanayisinde yaşama geçirilen masraflı önlemlerden kaçınılmak isteniyor. Bu alanlarda "sosyal esneklği" sağlamak için sosyal demokrat hükümetin verdiği milyonlarca devlet paralarının bugün başka yerlere akmasını istemiyor sermaye. En fazlasından bunların küçük bir kısmının işçilere tazminat olarak vs. ödenmesinden yana sermaye. Bu ise şimdi en azından asgarisine indirilmek, siyasi dikkate almaların bir tarafa bırakılması isteniyor. Nitekim bugün bunun siyasi şartları mevcuttur.

Tersane sahipleri bunun için çok yalın ve açık bir dil konuşuyorlar: Tersane krizini atlatmanın biricik yolu, "tek işletmeli bir çözümde" yatmaktadır. İşte işverenlerin tavrı budur. Bu ise işçilerin bölünmesinden, sorunun kapsamının küçük gösterilmesinden, ve siyasetin soruna karıştırılmamasından başka bir şey değildir.

Bu planlarını gerçekleştirmek için tersane sahipleri şantaja başvurarak şöyle diyorlar: Personel HDW'nin 1983 yılı planını kabul etmezse, o zaman bu daha katı ve hızlı bir şekilde yapılır.

İşte bu gerçekler ışığında diğerlerinin yanı sıra partimiz KPD'nin de tersane işçilerine önerdiği şekilde, devletleştirme talebi uğruna mücadele, sürdürüldüğünde, bu, sermayenin ve gericiliğin ince hesaplarının üzerine kalın bir çizgi çeker.

Tersane patronlarının işyerlerini yok etme planlarına karşı KPD'nin HDW Hamburg işyeri gazetesi "Frischer Wind"in 22 Mart 1983 tarihli sayısında şunlar talep ediliyor: "Tersane sanayisi devletleştirilmelidir. İşte bu tüm personelleri birlikte mücadeleye çekmenin kıskacıdır. Ne varki bu devletleştirmenin ancak:

★tüm işyerleri garantilendiğinde;

★tüm tersane bölgeleri korunduğunda;

★tüm gemi yapımı yerleri tam yedek işyerleri yaratılıncaya dek korunduğunda;

★tersanelerde tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası mümkün kılındığında;

★ücret ve sosyal hakların kısıtlanması durdurulduğunda;

★60 yaşında tam emeklilik maaşı garantilendiğinde;

★personellere denetleme hakkı tanındığında;

anlamı olabilir.

Gemi yapımı sanayisi bir siyasi sanayidir. Özellikle bu Kuzey Almanya'da büyük öneme sahiptir. Bundan ötürü onun devletleştirilmesi gereklidir ve sorumlu politikacılar taleplerimizi yerine getirmeye zorlanmalıdırlar. Çünkü onların bunu kendiliğinden yapmayacaklarını HDW'de çok iyi biliyoruz!

İş, sosyal haklar, ücretlerin garanti edilmesi ve 35 saatlik iş haftası için tüm tersane işçileri ortak mücadeleye!"

Tersanelerdeki bugünkü durumun ön tarihçesi üzerine

1. BÖLÜM

Bir "resmi araştırma" ve sonuçları...

Belirleyici rota daha 1960'lı yıllarda tespit edildi

Dokuz büyük tersaneden iflas (Schlieker/Hamburg), satın alma (Stücklen/Hamburg), ve birleştirme (Howaltswerke ve Deutsche Werft AG) sonucunda beş büyük tersane oluşturuldu. 1960 yılında hemen hemen 60 bin işçi, hizmetli ve çırak büyük tersanelerde iş ve çıraklık yeri bulabilirken, bu sayı 1973 yılında yüzde 30'dan daha az olup, yalnızca 40 bindi.

Tersanelerin yöneticileri bu şekilde giderek genişleyen gemi yapımı piyasasındaki iyi mevzilerini özellikle Japonya ve İsveç'e karşı korumaya ve muazzam kârlarına istikrarlık kazandırmaya çalıştılar.

1,2 milyarı aşkın miktarda para yardımları ile devlet, vergi paralarından 1983 yılına kadar tersane sanayisinin bu "uyum sağlama önlemlerini" finanse etti.

Gemi piyasasında büyük kriz '70'li yılların ortasında başgösterdi.

Dünya ticaretinin '70'li yılların ortalarına kadar giderek genişlemesine özellikle petrol nakliyatı yol açtı. Bu ise, petrol gemisi yüksek konjonktürüne katılabilmek için gemi yapımı kapasitelerinin muazzam, spekülatif bir şekilde genişletilmesini beraberinde getirdi. Bu gelişmeye uyum sağlayabilmek ve gelecekte de gemi yapımında yüksek kârları kazanabilmek için Federal Hükümet, Batı Alman gemi yapımı sanayisinin nasıl gelişmesi gerektiğinin tespit edildiği bir resmi araştırmanın yapılmasını sağladı.

Yalnızca Emden'deki büyük tersanelerde (Thyssen-Nordseewerke, Bremen'deki bir büyük tersanede (Vulkan ya da AG Weser) ve Kiel'de ise HDW'de büyük gemi yapımının sürdürülmesi öngörülüyordu bu araştırmanın sonucunda. Hamburg'ta ise tamiratın ve diğer parça yapımının yanı sıra ek olarak özel gemi yapımını sürdüren yalnızca **bir** tersanenin olması.

Bu "uyum sağlama önlemleri" için Batı Alman devleti 1973'ten 1982'ye kadar 5 milyar Mark'tan fazla tersane yardımı verdi!

"Resmi tersane araştırması"nda yapılan, gemi yapımı piyasasının düzenli bir şekilde yüzde 5 ile 6 arasında büyüyeceği tahminlerinin aksine, dünya çapındaki gemi yapımı piyasasında, sözümona petrol şokunun ve 1974/75'deki dünya çapındaki konjonktür gerilemesinin yol açtığı ağır bir kriz yaşanıyordu.

Yeni gemi, özellikle petrol gemisine olan, sıçramalı bir şekilde geri giden talepten dolayı rekabet oldukça kızıştı.

Özellikle bu, kapasitelerini oldukça sınırlayan Japonya'yı etkiledi. Aynı şekilde Batı Alman gemi yapımı sanayisi de kârlarını sağlama almak amacıyla büyük petrol gemisi yapımı için büyütülen kapasitelerini sınırlamak zorunda kaldı. Krizin yükleri gene personelin üzerine yıkıldı. Yalnızca büyük tersane olan HDW, 1970'ile 1975 yılları arasında yarım milyar Mark gizli kâr etmesine rağmen, gene personel "azaltıldı", üretim tesisleri birleştirildi ve kapatıldı. 1973 yılından 1980 yılına kadar beş büyük tarsanede 10 bini aşkın işyeri yok edildi.

(Yazı, KPD'nin Batı Alman gemi yapımı sanayisindeki gelişme üzerine açıklamasından alındı)

1. BÖLÜM

Çelik sanayisinin devletleştirilmesi bir çözüm müdür?

Ocak 1983'te çelik kapitalist uzmanları çelik sanayisindeki krizin atlatılması üzerine yeni planlarını ileri sürdüler. Binlerce işyerinin, çelik merkezlerinin yok edilmesini öngören bu kapitalist planlara karşı direnişe çağrı yapan işyerindeki sendikal örgütler ve partimiz KPD çelik sanayisinin işyeri garantisi temelinde devletleştirilmesini talep ettiler. Çelik sanayisi devletleştirmenin işyerlerini korumada bir çözüm olup olmadığı özellikle de Türkiyeli okurlarımız için açık olmadığından ve bu nedenle de faydalı olabileceğinden dolayı bu sorunu kısaca ana hatları ile bir kez daha ele alacağız.

Ancak bu talebe değinmeden önce çelik sanayisindeki duruma göz atmak faydalı olacaktır.

Bugün çelik sanayisi bulunduğu bölgeler açısından büyük bir öneme sahiptir. Bugün kapitalistlerin bu çelik krizini atlatma çözümlerinin bu bölgeler için hangi sonuçları doğuracağını, Ruhr bölgesi örneğinde ele alalım.

1980 yılında Ruhr bölgesinde 5 milyon nüfusun yalnızca 1,8 milyonu çalışıyordu. 200 binin üzerinde emekçi resmi olarak işsizliğe kayıtlı bulunuyordu. İşsizlik istatistiğinde Dortmund, Gelsenkirchen ve Duisburg gibi çelik şehirleri başı çekiyorlardı, çekiyorlar. Bu şehirler bir yandan çelik sanayisinde büyük bir işyeri payının olduğu şehirler olurken, diğer yandan ise Thyssen, Krupp, Hoesch ve Mannesmann çelik tekellerinin işyerlerini yok etme saldırılarından en fazla etkilenen şehirlerdir. Bu şehirlerde yalnızca 1977 yılı ile 1981 yılı arasında 30 bini aşkın işyeri yok edildi. Çelik sanayisindeki krizden dolayı bugün yalnızca burada bulunan işyerleri de tehlikede değildir.

Bugün çelik sanayisindeki gelişmelere doğrudan bağlı bulunan sanayi dallarından biri maden ocakları ve kok kömürü fabrikalarıdır.

Örneğin Ruhrkohle AG'de üretilen toplam kok kömürün yüzde 85'inin alıcısı yerli ve yabancı çelik sanayisidir. Ruhrkohle AG'de çıkartılan toplam kömürün — kömür çıkartımına hesaplanan kok kömürü payı da dahil — yüzde 50'si doğrudan çelik sanayisine satılmaktadır. Bu hesaplamaya kömürden sağlanan ve çelik sanayisine verilen cereyan dahil değildir. Ruhrkohle kömür üretiminden elde edilen cereyanın üçte birini çelik sanayisi kullanmaktadır. Görüldüğü gibi çelik sanayisindeki gelişmeler doğrudan maden sanayisindeki gelişmeleri de etkilemektedir.

Ne var ki çelik ve maden sanayisindeki gelişmelerden bu iki dalda çalışan 320 bin işçi ve hizmetlinin ötesinde diğer dallarda çalışan emekçilerde etkilenmektedir. Yapılan bir araştırmaya göre, bu sanayi da-



Çelik işçilerinin uzmanların çelik sanayisini onarma planlarına karşı 18 Şubat'ta düzenledikleri eylemi.

lığının, parça satan işletmelerle ticaret, ulaşım, ve idare ile kaynaşmış olmasından dolayı, bu daldaki bir işyerine adı geçen sanayi dallarında bir ile iki arasında işyerinin bağlı bulunduğu belirtilmektedir. Diğer bir deyişle, sanayi işyerlerinin yarısı ve Ruhr bölgesindeki tüm işyerlerinin yüzde 40'ı çelik sanayisindeki gelişmelere bağlıdır.

Ortaya koyduğumuz bu gerçekler ışığında, çelik tekellerinin ve onların arkasında bulunan onların arkasında bulunan büyük bankaların işyerlerini yok etmeye ilişkin olarak açıkladıkları ve planladıkları önlemlere karşı direnişin yalnızca çelik işçilerinin çıkarına olmadığını, aynı zamanda çelik bölgelerindeki tüm emekçi halkın çıkarına olduğunu ve bu anlamda da kapitalistlerin planlarının çelik işçilerinin ve emekçi halkın direnişi temelinde durdurulması gerektiğini görürüz. Çelik tekellerinin işyerlerini kökünden yok etme planlarının gerçekleşmesi demek, bu şehirlerin harebeye dönüşmesi demektir.

1957 yılından 1978 yılına kadar işten atılan 350 bin yerli ve yabancı çelik işçisi kısmen diğer sanayi dallarında bir işyeri bulabilirken, bugün ise tekel patronlarından yeni işyerleri yaratmaları hiç bir şekilde beklenemez. Örneğin 1982 yılında yapılan yatırımların yüzde 74'ü rasyonalleştirmeye, yani işyerlerinin yok edilmesine yatırıldı. Çelik patronlarının yeni planları bozguna uğratılmadığı takdirde, önceden tahmin edildiği gibi, örneğin Dortmund'da işsizlik oranı yüzde 20'yi bulacaktır.

AET çelik sanayisinde Aralık 1974 yılından Ağustos 1982 yılına kadar büyük tekellerde çalışan 800 bin işçi ve hizmetlinin sayısı yuvarlak olarak 300 bin azaltılarak Mart 1983'e kadar 530 bine düşürüldü. Bu sayıların ardında binlerce insanın işsiz kalması ve sefalete düşmesi yatmaktadır. Örneğin yalnızca İngiltere'de 3 yıl zarfında 135 bin çelik işçisi işten atıldı. Federal Almanya çapında ise 1974 yılından bu yana 20 yüksek fırın, 100 çelik işletmesi fırını, 50 hadde fabrikası kapatıldı. Bazılarının ise üretimi "geçici olarak" durduruldu.

Çelik krizine nasıl gelindi?

Daha '70'li yılların başından beri, yaklaşık olarak değişmeyen kapasite ve (1974 hariç) sabit toplam üretim temelinde Avrupa demir-çelik sanayisinde (ESİ) gerçek yatırım harcamaları çok hızlı bir şekilde azaltıldı. Bizce bunun nedeni şudur: ESİ toplam sanayinin üretim hacmindeki payına kıyasla (aynı şekilde ESİ'de çalışanların toplam sanayide çalışanların sayısına da kıyasla) ESİ'nin meydana koyduğu brüt yatırım servetin payı oldukça büyüktür. Bu ise kısmen çelik üretiminin maddi yapısından kaynaklanmaktadır.

Diğer yandan buna, '60'lı yılların sonunda başlayan ve '70'li yılların seyrinde ESİ'yi de tamamen etkileyen genel kapitalist krizin derinleşmesi de dahildir.

İlkin 1945 yılından sonra kömür ve çelik bölümünde "piyasada bulunmayan mal eksikliği"nin, ortak piyasanın yaratılmasıyla (Montanunion) bu mallar için giderilmesi öngörülüyordu. Özellikle de yeniden inşaa edilen Batı Alman kapitalizmine Montanunion, diğer seylerin yanı sıra muazzam kâr şartları sunuyordu.

1960'larda kadar ESİ'nin satış muamelelerinin toplam sanayi satış muameleleri ile olan ilişkisi, ESİ'nin brüt yatırım servetinin toplam sanayinkisi ile olan oranı uygunluk içeriyordu.

(Devamı gelecek sayıda)

Nüfus sayımı geçici olarak ertelendi

27 Nisan 1983'te yapılması öngörülen nüfus sayımı, Federal Anayasa Mahkemesi (BVG) tarafından şimdilik askıya alındı. Bu, nüfus sayımına karşı Federal Almanya çapında yükseltilen yığınsal protestonun bir başarısıdır.

İçişleri Bakanı Zimmermann, CDU/CSU'nun eyalet yönetimleri ve Federal Hükümet yapılması öngörülen nüfus sayımına karşı haklı olarak sesini yükseltenleri sürekli cinai kişiler olarak göstermeye ya da en azından bunların tümünün devletin düşmanları olduğunu inandırıcı kılmaya yeltendiler. Onlar "sıradan insanları" yıldırmak, demokratik protesto hareketini bölmek için bu karalamaların yanı sıra, çeşitli ceza ve baskı tehditleri de savurmaktan geri kalmadılar.

Ne varki tüm tehdit ve karalamalara rağmen, binlerce insan bunlara boyu eğmedi. Diğer sorunlarda genelinde aktif olmayan insanların bir çoğu sesini yükselterek, nüfus sayımının insanların özel konumlarının açığa çıkartılması temelinde sürdürülemeyeceğini açıkladılar. Devletin bu denli ileri gitme hakkının olmadığını vurguladılar. Verilerin istatistik amaçlar temelinde kullanılacağı maskesiyle tek tek insanların özel konumlarının açığa çıkarılmak istendiğine işaret ettiler. Ayrıca verilerin gizli tutulacağı da bir düzmeceden başka bir şey değildir. Nitekim nüfus sayımında elde edilen verilerin tüm resmi dairelere verilebileceği gibi, aynı şekilde bunları elde etmek isteyen bazı "sivil" kurumlara da verileceği nüfus sayımı kanununda öngörülüyordu. Böylece daha bugünden bu verilerin kötüye kullanılması planlanmıştı. Örneğin hiç kuşku götürmez bir şekilde biz yabancılar hakkında elde edilecek veriler, daha sonra bize karşı somut olarak kullanılırdı. Görüldüğü gibi verilerin kötüye kullanılmasının yolu açıktır.

Bunun içip partimiz, KPD de nüfus sayımının engellenmesi gerektiği çağrısını yapmıştı.

Halkın çeşitli kesimlerinden yükseltilen yığınsal protesto politikacıları zor durumda bırakmıştı. Böylece onların bireylerin özel yaşamı üzerine olan tüm verileri toplama arzuları ilk planda boşa çıkmış oldu. Diğer yandan işverenlerde nüfus sayımının çok hızlı bir biçimde gerçekleştirilmesini talep etmiştiler. tabi ki, onlar bu adımı atmadan önce bir boykot tehditi savurdular ve bu tehditlerinde başarılı da oldular: İşyerlerindeki sayımda işverenlerin satış muamelelerinin ne kadar olduğu sorusu, soru kağıdından çıkarıldı (ki, onların kârlarının ne kadar olduğu sorusu ise hiç yöneltilmemişti).



Çeşitli sendikal örgütler de nüfus sayımına karşı direnişe katıldılar, bazı örgütler ise doğrudan boykota çağrı yaptılar, (örneğin İG Bau sendikasının Dortmund Kaza Birliği gibi) Hatta bazı sendikal gruplar üyelerine hukuku himayeyi garanti altına alma adımları bile attılar. Çeşitli sendikaların yayın organlarında, özellikle "metall" ve "druck und papier"de nüfus sayımına karşı açıklayıcı ve protesto yazıları yayınlandı. Sendikaların protestolarının özellikle, işçi ve memurların, işyerlerinde Personel Enfermasyon Sistemi (PAİSY) uygulandığında edindikleri olumsuz tecrübelerle bağı kuruldu. Onlar bu sisteme karşı mücadelelerinde, işverenler tarafından bilgilerin genelin çıkarı için değil, tam tersine kendi kârlarının artırılması için fişlendiği izlenimini çok canlı bir şekilde kendi tecrübeleri ile yaşadılar, yaşıyorlar. Bu sistem sonucunda kimin daha sık hasta olduğu, randımanının ne kadar olduğu basitçe açığa çıkarılıp ve buna göre kendisine karşı adım atılmaktadır. Ve bu devlet de, yani kapitalistlerin devlet cihazı da bu soruna farklı yaklaşmakmaktadır. Nitekim elde edilen veriler düzenin daha da sağlamlaştırılması, bireylere, halk sınıf ve tabakalarına, işçi ve sendika hareketine karşı somut adım ve önlemlerin alınması için kullanılacaktır.

Fakat politikacılara bakılarsa, onlar nüfus sayımı ile ulaşımdaki, konut ve diğer alanlardaki eksiklikleri giderme amacını güttüklerini belirtiyorlar. Sormak lazım, sürekli kısıtlama yaptıkları alanlarda emekçi halkın lehine neyi gidermek istiyorlar acaba bu baylar? Aslında onlar, örneğin konut sorununa indirgeyecek olursak, kira yardımlarını nasıl daha iyi bir şekilde kısıtlayabileceklerini, kiraları nasıl yükseltebileceklerini vs. sağlamak istiyorlar!

Ne varki Federal Anayasa Mahkemesi'nin kararı ile nüfus sayımı kanunu henüz geçersiz kılınmamıştır. Karar açıklandığında, Karlsruhe'de hakimlerin zaman darlığı olmadan nüfus sayımı kanunun anayasaya aykırı olup olmadığını incelemek istedikleri belirtildi. Nüfus sayımı kanunun şimdiki haliyle yerli ve yabancı yurttaşların en temel haklarını çiğnediği tartışma götürmez bir gerçektir. Nüfus sayımı kanunu esaslı olarak değiştirilmediği sürece direniş sürmelidir ve bu direniş mahkemenin vereceği karardan bağımsız olarak da yürütülmelidir.

Nüfus sayımı ile amaçlanan, bunun tehlikelerinin neler olduğu üzerine yabancılar, özellikle de Türkiyeliler arasında da aydınlatma faaliyetleri sürdürmeliyiz. Ve bu faaliyetimizin esas noktası Bonn'daki koyu koalisyonun biz yabancılara karşı izlediği politika oluşturmalıdır. Nüfus sayımının tehlikeleri ve bireyler hakkında yapılan diğer kayıtlar üzerine aydınlatma faaliyetlerimizi, yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyle bağı içerisinde ele almalı ve devletin elde edeceği verilerin bu politikaya hizmet edeceğini vurgulamalıyız.

Bochum:
NPD Kongresi'ne karşı direniş!

12 Mayıs'ta NPD Bochum'da Eyalet Parti Kongresi'ni yapmak istiyor. Gerek bu bölgeden gerekse tüm Kuzey Ren Westfalye Eyaleti'nde yerli ve yabancı anti-faşistler Nazilere hakkettiği cevabı vermek için direnişe hazırlanıyorlar.

Nazilerin Bochum'da kongrelerini yapmak istedikleri bir tesadüf sonucunda açığa çıktı. Almanya Milliyetçi Partisi NPD ile belediye arasında salonun kira kontratı çoktan imzalanmıştı. Nazi buluşması Stadthalle'de yapılmak isteniyor.

Bu adım, Wattenscheid'deki NPD merkezi anti-faşistler tarafından kuşatıldığında, NPD karşıtı olarak kendini gösteren Bochum belediye Başkanı Eickelbeck'in geleneklerine ışık tutmaktadır.

Atılan bu adımla Eickelbeck, NPD'nin zararsız olduğunu göstermeye çalışırken, İçisleri Bakanı Schnoor ise NPD de legal bir partidir ve böylece özgürce toplanma hakkı vardır diyor.



Evet doğru. NPD legal bir partidir, ancak Schnoor'un ona karşı gerçekten bir şeyi olmuş olsaydı, o zaman onun yasaklanması için bir adım atardı. Ne var ki o bunu şimdiye değin yapmadı. O aynı zamanda, ilişki adresinin NPD'nin Bochum'daki merkezinin olduğu ırkçı "Yabancılar durdurulmalı Halk İnsiyatifi"ni de yasaklayabilirdi. Fakat bunu da yapmadı.

Bundan ötürü Bochum'lu anti-faşistler direnişi örgütlemeyi kendi ellerine aldılar. Faşistlerin kongrelerinin arifesinde bir yürüyüşün yapılması, gece başlayarak, Nazilerin kongresi açılıncaya kadar Stadthalle'nin önünde bir ihtar eyleminin yapılması öngörülmektedir. Yapılabilecek diğer eylem biçimleri üzerine henüz tartışılmaktadır.

Temel faaliyetlerinden birini yabancı özellikle de biz Türkiyelilere karşı kışkırtma oluşturan faşist NPD'nin kongresine karşı direnişte Bochum'lu anti-faşistlerin bizim geniş desteğimize ihtiyaçları var. Eylemin yapılacağı gün tüm Kuzey Ren Westfalye eyaletinden yerli ve yabancı anti-faşistler olanakları dahilinde NPD eyalet kongresine karşı eylemlere katılmalıdırlar.

Bir çok sanayi dalında ücret anlaşmaları imzalandı
"Gizlice anlaşmalar mı?"

Paskalya (Ostern) tatilinden bu yana ard arda sessiz bir şekilde metal,basım, banka, sigorta ve diğer sektörlerde toplu sözleşmeler imzalandı. İmzalanan bu toplu sözleşmelerin hepsi hemen hemen aynı içeriği taşımaktalar; yani İG Metall'ın toplu sözleşme sonucu olan yüzde 3,2 ücret zammı rotasında bulunmaktalar.

Özellikle de Basım ve Kağıt sendikası (IG Druck u. Papier) için durum oldukça kötü olmalı. Çünkü, merkezi yayın organında bir gün öncesinde büyük sözlerle gerçek ücretlerin garanti edilmesinin gerekli olduğu talep edilirken, ikinci günü yüzde 3,2'lik toplu sözleşme imzalandı. Bu bir çelişki değil mi? Elbette. Basım ve Kağıt İşçileri Sendikası Yönetim Kurulu üyesi Detlev Hensche, yapılan sözleşmenin sorumlusunun İG Metall olduğunu, çünkü İG Drupa'nın daha yüksek bir talebi gerçekleştirmek için küçük olduğunu ileri sürerek sözleşmeyi savunmaya yeltense dahi bu açıkca görülebilen bir çelişkidir. Fakat diğer yandan onun ileri sürdüğü tanıtı da tamamen bir kenara itemeyiz.

Ancak buna rağmen, eğer İG Drupa sendikası İG Metall olmadan bir toplu sözleşme mücadelesi veremeyeceği tahlilini yapıyorsa, o zaman neden bağımsız bir sendika olarak faaliyetini sürdürdüğü sorusu gündeme geliyor. Nitekim geçmişte değişik anlaşmalar yapılmıştı. DGB içerisinde sol kanat olarak gösterilen İG Drupa yönetimi gerçekten kendisine şan kazandırmadı. Çünkü yapılan anlaşmayla gerçek ücretlerin korunduğundan zerre kadar söz edilemez.

Aynı zamanda bankalarda çalışan hizmetliler için de gerçek ücretlerin garanti altına alındığından söz edilemez ki, — eğer bazı sendika ağalarının düşük ücret anlaşmalarının yapılmasına gösterdikleri tanıtlarına geri dönecek olursak — bankaların maddi durumlarının oldukça iyi olduğunu vurgulamak gerekir. Üstelik bugün işletmelere karşılık zarar ettiklerinden söz etmeyenler tamda bankalardır. Şef katlarında kazançlarının çok iyi olduğundan bahsedilmektedir. Gerçi bu tanıtın bizim sendikal mücadelemiz açısından büyük bir önemi yoktur. Çünkü biz ileri süreceğimiz taleplerimizi işverenlerin kârlarının az ya da çokluğuna göre belirlemeyiz. Ancak bunu gerekçe gösteren sendika ağaları tamda yüksek ücret anlaşmasını banka dalında yapmalıydılar. Ama gel görki, bunun nebzesine dahi rastlanılmamaktadır.

Diğer yandan görüldüğü kadarıyla henüz toplu sözleşmelerin imzalanmadığı diğer sanayi dallarında da, yani çelik ve kamu hizmetlerinde de aynı yönde bir eğilim mevcuttur. Bu durumun böyle olduğunu yalnızca kapitalistlerin ve yetkili politikacıların yaptığı açıklamalar değil, aynı şekilde özellikle toplu sözleşme turu için gelecek görüşmelerin ileri bir tarihe, Nisan sonuna atılması da gösteriyor. Nitekim içtenlikle daha ileri bir tarihe atılmak istenen adi ücret anlaşmalarının 1 Mayıs'tan kısa bir süre önce yapıldığı ilk değildir...

Ayrıca bazı sendika ağalarının sözümona fiyatların düştüğü üzerine yeni haberleri nasıl kullandıkları da ilgi çekicidir. Örneğin bunlardan hareket ederek gerçek ücretleri garantiledikleri sözlerini etmeye başladılar. Ne varki onlar bunu yaparken, DGB yöneticileri tarafından bile resmi istatistiklere inanılmadığını, onların, bunların gerçek durumu şirin göstermeye hizmet ettiği açıklamalarını unutuyorlar.

Tüm bu gerçekler bu yıl ücret ve maaş zammı konusunun hangi sessizlikle kapatılmak istendiğini gösteriyor. Böylece 1980 yılından bu yana dördüncü bir kez daha gerçek ücretler düşürülmüş olmaktadır.

Yapılan tüm ücret anlaşmaları kapitalistlerin esas itibarıyla nefes alabileceklerini, hedeflerine biraz daha yaklaştıklarını gösteriyor.

Her ne kadar diğer sendika yöneticileri için af etme gerekçesi oluşturmasa dahi, İGM yönetiminin sıkı ilişkisi temelinde gerçekleştirilen İG Metall'ın Kuzey Ren Westfalye'deki pilot anlaşması, gerçek ücretleri garantileme hareketinin belkemiğini kırdı. Kuşkusuz ki, bazı çevrelerin daha başından beklemediği, 700 bin yerli ve yabancı işçinin uyarı grevlerine katılmaları bu hareketin olduğunun en açık kanıtıdır.

Her şeye rağmen, metal sendikacıları İGM Yönetiminin bu rolünü gelecek İG Metall kongresi için unutmamalılar ve bunun hazırlığında alanı ona ve onun yol arkadaşlarına bırakmamalıdırlar.

Edinilen tüm bu tecrübeler diğer yandan şu noktayı da tüm açıklığıyla bir kez daha gözler önüne seriyor: Kararlı bir sendikal politikanın, sınıf çıkarlarını esas alan bir sendikal politikanın ancak ilgi duyanların tümünün geniş bir birliği sağlandığı zaman geniş etki yaratma şansı vardır. Ve bu ise diğer yandan sendika yönetimlerinin belirlediği çerçevenin dışına çıkmakla mümkündür. Loderer ve şürekasının hedeflerini gerçekleştirmek için istediğini yaptığını, kendilerinin diğer bölgelere dikte ettirdikleri pilot ücret anlaşması da gereğinden fazlasıyla bir kez daha gösterdi.

1 Mayıs toplantılarına katılalım!

Bremen

28 Nisan, Perşembe günü, saat 20'de
Gaststätte "zum Roten Falken", Woltmershausen, Westerberg

Köln

29 Nisan, Cuma günü, saat 19.30'da
Gaststätte "Kölsche Boor", Eigelstein 121-123
"2 Mayıs 1933-Geçmişin hataları daha fazla tekrarlanmamalı!"
Film gösterisi, konuşma, tartışma, kültürel gösteriler.

Stuttgart

1 Mayıs, Pazar günü, saat 16.00'da
Gaststätte "Friedenau", Stuttgart Ost, Rotenbergstr. 127.

Hannover

29 Nisan, Cuma günü, saat 19.30'da
Gaststätte "Gleenewinkel" Röthnerholzweg
BWK ve KPD'nin ortak 1 Mayıs toplantısı

Dortmund

30 Nisan, Cumartesi günü saat 19.00'da
Gaststätte Haus Göbbeln, Schützenstr. 46
"Ekonomik kriz, dönüşüm, direniş"
Konuşmacı: **Horst-Dieter Koch, KPD Politbüro üyesi;** Dortmund'dan haberler, gericiliğe karşı mücadele üzerine tartışma turları (turlar için çeşitli devrimci örgütlerin temsilcileri çağrıldı.).

16.-30 Temmuz 1983'te yapılacak olan

KJD'nin yazlık çadır kampına katıl!



Temmuz ayının ortasından sonuna kadar Hallig Hooge'de Almanya Komünist Gençliği'nin, KJD'nin yazlık çadır kampı yapılacak. Yalnızca suların kabarma zamanında sahil kısmı su altında kalan küçük ada, "Hallig'lerin kıraliçesi" olarak adlandırılmaktadır!

Sadece 150 kişinin yaşadığı ve halkın bugüne değin işlerini polissiz yürüttüğü— zorlukları kendi aralarında çözmekteler- adada iki hafta boyunca renkli, ilgi çekici, bir program sunulacak. Şüphesiz ki bu sık sık ada halkı ile birlikte yürütülecektir.

Şimdiye değin diğer şeylerin yanı sıra şunların yapılması öngörülüyor:- hava durumuna göre- çok yüzme, adada geziler, çağanoz avlama kayığı ile gezi, Hooger gençliği ile futbol karşılaşmaları, kum bankına geziler, hayvanları seyretme, ada koruma istasyonuna ziyaret ve tartışma, film gösterileri, ateş yakma, şarkı söyleme, hikaye anlatma, ana karaya günlük geziler, Frizon özgürlük hikayelerinin anlatılması ve Schleswig Holstein KPD örgütünün HDW'den Brokdorf'a kadar eyaletin ve insanlarının tanınması için geniş kapsamlı programı.



Ayrıca ASG Ückendorf on gün boyunca Taekwon-Do antrenmanı yaptıracak

Tüm tutarı: Yalnızca 230 DM'dir. Buna tüm feribot gezilerinin tutarı, çadır yeri vergileri, ılıcalarda alınan vergi, en kaliteli yemek masrafları dahildir. Kamp yapmak için gerekli olan her şeyi, örneğin çadır vs. birlikte getirin.

O halde zaman geçirmeden KJD, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30 adresine kayıt yaptırın. Kendiniz ve dağıtmak için katolog isteyiniz.

DAFG'nin Skanderberg-Reisen GmbH ile ortak çalışma temelinde düzenlediği

Arnavutluk'u tanıma gezileri

"Arnavutluk tüm küçük ülkelerin kaderini paylaşan küçük bir ülkedir: Hak ettiği ölçüde ilgi görmeme." 40 yıl önce formüle edilen bu izlenim maalesef bugünde henüz doğrudur ki, Arnavutluk değişken kaderinden ve özel konumundan ötürü Avrupa'nın kültür tarihinden hiç bir şekilde ayrı düşünülemez, ve o bugün de kayda değer bir gelişme yolu izlemektedir.

AlmanArnavutluk Dostluk Derneği (DAFG), Alman halkıyla Arnavutluk halkı arasında çok yönlü ilişkiler geliştirmeyi, insancıl buluşmalarla karşılıklı anlayışı tevşik etmeyi, Arnavutluk'un tarihi, bugünü hakkında ve kültürü üzerine bilgi vermeyi kendisine görev edindi. Bizde henüz oldukça az tanınan, fakat hiç bir şekilde uzak olmayan bu ülkeye geziler, özel karşılaşmalar bunun için eni iyi ve basit araçtır. Seyahat büroları aracılığıyla organizasyon gelişmesinde ve Arnavut taraflarımızla ortak çalışmada 10 yılı aşkın bir tecrübeye sahibiz.

DAFG Seyahat Grupları'mız yalnızca dernek üyelerine değil, aynı zamanda bizim hedef tespitlerimizi destekleyen tüm ilgililere kendi bakış açılarıyla bir izlenim edinmeleri, Arnavutluk'u tanımaları olanağını teklif etmek istiyoryar, belki sizin için de Arnavutluk'u tanıma yalnızca bir gezi macerası olmaz...

Biz, konularının ağırlık noktalarının tespit edildiği özel gezilerin yanı sıra, yazın ülkenin tanınması için genel programlar da sunuyoruz. Bu geziler önemli şehirler ve tarihi eserler ile birlikte tek tek bölgeleri kapsamaktalar. Ziraat ve sanayi işletmeleri, sosyal-kültür tesisleri, müzeler, sergiler ve kültür tesisleri ziyaret edilmektedir. Arnavutluklu uzmanlarla konuşma turları ve tartışmalar da programa dahildir. Film ve folklör gösterileri ziyaret edilebilir. Tek tek geziler arasındaki dinlenme günleri yeni edinilen izlenimleri tartma olanağını sağlıyor.

Hazırlık için ihtiyaca göre DAFG Yerel Grupları tanıtma geceleri düzenliyorlar.

DAFG'nin 1983 yılı Arnavutluk gezileri

DAFG ile birlikte Arnavutluk'a giden birisi plaj ve güneşin ötesinde şeyler de görmek istiyor. Ülkeyi ve halkını, kültürünü ve ülkenin inşaasındaki kazanımlarını tanımak ve Avrupa'nın eski yoksul evinin kurtuluşundan bu yana nasıl geliştiğini, sosyalist toplum düzeninin pratikte nasıl olduğunu tanımak isteyenlere, Alman, ülkeyi tanıyan gezi yönetimi ve Arnavutça tercümanlarla birlikte seçilmiş gezi programları sunuyoruz.

28.6.-19.7.83, 3 haftalık gezi

Durres'te, Tiran'da, Kruja'da, Bera'da gezilerin yapılması öngörülmektedir ve çeşitlilik olarakta Ksamil, Butrint, Borsh (Arnavutluk'un nehir bölgesi), Gjirokastra'ya ziyaretlerle birlikte yaklaşık bir haftalığına Saran'daya gezi (İyon denizi kenarında) Programla birlikte gezi tutarı: **1573,50 DM**

12.7.- 26.7.83, 2 haftalık gezi

Durres'te, Tiran'da, Peza'da gezilerin yapılması öngörülmektedir. 2 günlük gezi: Berat, Fieri/Apollonia, Vlora'ya ve 3 günlük gezi; Elbasan, Pogradec, Korça'ya, programla birlikte gezi tutarı: **1263,50 DM**

26.7.-16.8.83, 3 haftalık gezi

Durres'te, Tiran'da, Kruja'da, Berat, Peza ya da Kavaja'da gezilerin yapılması öngörülmektedir ve çeşitlilik olarak, Kuzey Arnavutluk'un dağlık bölgelerinden geçerek şimdiye değin pek nadiren ziyaret edilen ve yeni şehir olan Kukes'e 3 günlük gezi (Fierze hidroelektrik barajının kenarında) programla birlikte gezi tutarı: **1573,50 DM**

Tüm yaz gezileri için **seyahat yolu** (değişmeler olabilir) gidiş Frankfurt/M'den (Uçuş öğleden sonra geç saatte) Belgrad'a (geceleme), buradan Tiran/Rinans'a; Dönüş; Tiran/Rinans'tan Belgrad'a buradan Frankfurt/Main'e. (Varış öğlene doğru)

Erken yer ayırttırma indirimi:
Belirtilen fiyatlar 30 Nisan 1983 tarihine kadar kayıt yapıldığı tardirde geçerlidir. Daha sonra yapılan kayıtlar için şahıs başına 50 DM alınacak.

Arnavutluk Halk Dansları Takımı F. Almanya turuna çıktı

Federal Almanya'ya ilk kez gelen Arnavutluk Devlet Halk Şarkıları ve Halk Dansları takımı şimdiye değin çeşitli şehirlerde büyük ilgi toplayan gösterilerde bulundu. Organizatörlüğünü Münih'teki Kamuoyu Çalışması ve Toplantılar Bürosu'nun yaptığı takım diğer gösterilerini ise şu şehirlerde sürdürecek:
Wolfsburg: 22 Nisan, Cuma günü saat 20'de, Stadthalle'de
Hamburg: 23 Nisan, Cumartesi günü saat 16 ve 20'de, Audi Max'da
Bremen; 24 Nisan, Pazar günü saat 16 ve 20'de, Gr. Glockensaal'da.
Hannover: 25 Nisan, Pazartesi günü saat 20'de, Niedersachsenhalle'de
Giriş: 30,80 DM, 27,50 DM, 24,20 DM

Biletler gösterilerin yapılacağı tarihlerde doğrudan gişeden temin edilebilir.

Fiyatlar (Mark'a göre) 30.4.83'e kadar kayıt yapıldığı takdirde.		
2 yataklı oda, otel sınıfı: B	programsız	programlı
2 haftalık gezi	1083,50	1263,50
3 haftalık gezi	1363,50	1573,50

Zamlar (Şahıs ve hafta başına)	otel sınıfı A	B
İki yataklı oda, duş/WC (Otel B'de iki kişilik Fransız yatağı)	120,00	70,00
Tek yataklı oda, duş/WC	200,00	160,00
Tek yataklı oda (sıcak sulu)	--	90,00
Bir haftalık uzatma (Tüm tarihlerde mümkün değil)	--	300,00

Aile indirimi: 2çocuk için ücretsiz

İki büyüğün eşliğinde 12 yaşına kadar olan öz çocuklar ücretsiz seyahat yapmaktalar. 3 yaşından küçük olan çocukların uçakta oturma yeri hakkı yoktur. (Bagaj hakkı yoktur) 8 yaşından küçük olan çocuklar için; çocuk porsiyonu, çocuk yatağı. Sürekli anne ve babalarının odalarında kalma, gezi programı yoktur. Bu teklif üç yaz tarihleri için geçerli ve yer sayısı sınırlıdır.

Çocuklar için program zammı 0 100,00

Diğer çocuk fiyatları hakkında soru üzerine bilgi verilir. Ebeveynler için plaj gezisi: Bak yukarıya! Fiyatlara program dahil değildir.

Haklar:

Tüm fiyatlar Frankfurt/M.'den gidiş dönüş temelinde geçerlidir. Bunlar:
★JAT hat uçaklarıyla uçuşu. Otobüs seferini. Programı. Otel sınıfı B'de 2 yataklı odalarda kalmayı (sıcak sulu, kat duşları). Tam pansiyonu. Vize ve tüm geriye dönüş masrafı sigortasını bagaj sigortasını.harçları. Arnavutça tercümanı ve DAFG Gezi Yönetimini (programlı geziler için) içeriyor.

Fiyatlara, folklör veya diğer kültür gösterilerinin ziyareti için giriş biletleri ve yol masrafları dahil değildir.

Lütfen bana:

(Uygun bulduğunuzu işaretleyiniz)

O Arnavutluk ve halkı üzerine bilgi materyalleri, (10 DM'yi çekle vs. önceden havale edin)
O ...... tane gezi şartları ile birlikte kayıt fişleri.
O DAFG ve üyelik imkânları üzerine bilgiler gönderiniz.

Ben özel olarak ....
.... ilgi duyuyorum.

Şu adrese gönderiniz: DAFG — Sekretariat, Postfach 19 -7622, 2000 Hamburg 19